

Friedrich-Schiller-Universität Jena
Fakultät für Sozial- und Verhaltenswissenschaften
Institut für Soziologie

**Die Linke. Deutungsmuster der regionalen Elite in Thüringer Wahlhochburgen
im Vergleich mit der CDU – eine qualitative Untersuchung.**

Magisterarbeit zur Erlangung des akademischen Grades
MAGISTER ARTIUM (M.A.)

eingereicht von Raphael Bernhardt
geboren am 12.05.1985 in Mühlhausen

Erstgutachter: Prof. Dr. Michael Hofmann
Zweitgutachter: Prof. Dr. Michael Behr

Abgabedatum: 13.09.2010 in Jena

Inhaltsverzeichnis

Abbildungsverzeichnis.....	IV
Abkürzungsverzeichnis	VI
1. Einführung	1
2. Theoretische Grundlagen.....	4
2.1 Entstehung der Partei Die Linke	4
2.2 Befunde und Thesen	5
2.2.1 Thesen zur PDS	5
2.2.2 Empirische Befunde zur PDS	7
2.2.3 Abgrenzung der CDU zur Linkspartei.....	13
2.3 Politische Kultur und Deutungsmuster	14
2.3.1 Politische Deutungskultur.....	14
2.3.2 Deutungsmusterkonzept.....	16
2.4 Begriffsdefinition Elite	19
3. Forschungsfragen.....	20
4. Design, Methode und Untersuchungsinstrument	22
4.1 Gütekriterien qualitativer Forschung	22
4.2 Datenerhebung	24
4.2.1 Experteninterview – Methode der Datenerhebung	24
4.2.2 Leitfaden – Instrument zur Datenerhebung	26
4.2.3 Stichprobenbeschreibung.....	27
4.3 Auswertung.....	29
4.3.1 Auswertung von Experteninterviews.....	29
4.3.2 Transkripton (-sregeln)	31
4.3.3 Typenbildung und typologische Analyse	32
5. Ergebnisse.....	43
5.1 Fallbeschreibung	43
5.1.1 Fall 1: „Äh das größte Problem, [...], sind die Finanzen [...].“	43
5.1.2 Fall 2: „Vor dem Schreibtisch sieht die Welt anders aus, als hinterm Schreibtisch.“	47
5.1.3 Fall 3: „Diese Gleichmacherei, die gibts auf der Welt nicht!“	53

5.1.4	Fall 4: „Eine Partei ist ja nur ein Mittel dazu [...] um die eigenen Ziele umzusetzen.“	58
5.1.5	Fall 5: „Also ich war ... äh stand schon sehr für diesen ... Sozialismus.“	63
5.1.6	Fall 6: „[...] wenn es mal die ... Geschichte erlaubt ... bringe ich mich für meine Heimatstadt [...] ein.“	69
5.2	Deskriptive Analyse (Feldanalyse)	75
5.2.1	Wege der Abgeordneten in die aktuelle Position	75
5.2.2	Politische Grundprobleme und Aufgabenfelder	85
5.2.3	Parteiarbeit und Verhältnis zu den Bürgern	95
5.3	Typologien	103
5.3.1	Typologie 1: Entwicklung und Anwendung ideologisch politischer Einstellungsmuster (Politikertypen)	103
5.3.2	Typologie 2: Deutungsmuster bei der Aufgabenbewältigung (Handlungstypen)	110
5.4	Interpretationen und Thesen	114
5.4.1	Erfolgreiche Politiker	114
5.4.2	Vergangenheit und Traditionen	115
5.4.3	Einschätzung bekannter Befunde	118
6.	Zusammenfassung und Ausblick	123
	Anhang	128
	Literaturverzeichnis	136

Abbildungsverzeichnis

Abbildung 1: Stichprobenbeschreibung – Partei, Position und Wahlergebnisse.....	28
Abbildung 2: Codierparadigma nach Strauss	34
Abbildung 3: Beispielhafte Materialzusammenschau	41
Abbildung 4: Visualisierung der Codierung pro Text im Code-Matrix-Browser	42
Abbildung 5: Kontext, Bedingungen und Handlungsstrategien von B1 auf dem Weg zur Wahl zum Bürgermeister	44
Abbildung 6: Kontext, Bedingungen und Handlungsstrategien von B2 auf dem Weg zum Bürgermeister und Sozialdezernent	48
Abbildung 7: Kontext, Bedingungen und Handlungsstrategien von B3 auf dem Weg zur Wahl zur Landtagsabgeordneten	54
Abbildung 8: Kontext, Bedingungen und Handlungsstrategien von B4 auf dem Weg zum Landtagsabgeordneten	59
Abbildung 9: Kontext, Bedingungen und Handlungsstrategien von B5 auf dem Weg zur Landtagsabgeordneten	65
Abbildung 10: Kontext, Bedingungen und Handlungsstrategien von B6 auf dem Weg zum langjährigen Bürgermeister	70
Abbildung 11: Merkmalskombination „DDR-Kritik“	80
Abbildung 12: Merkmalskombination „Heimatbewusstsein“	82
Abbildung 13: Merkmalskombination „Sozialisation und Ziele“	84
Abbildung 14: Merkmalskombination „Problemverständnis“	89
Abbildung 15: Merkmalskombination „Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Organisationen“	92
Abbildung 16: Merkmalskombination „Bewusstsein bei der Zielverwirklichung“ ..	95
Abbildung 17: Merkmalskombination „Parteiverbundenheit“	97
Abbildung 18: Merkmalskombination „Freundschaften“	99
Abbildung 19: Merkmalskombination „Führungsbewusstsein“	101
Abbildung 20: Typologie 1a aus den Merkmalen „Sozialisation und Ziele“ und „Freundschaften“	104
Abbildung 21: Typologie 1b aus den Merkmalen „Typologie 1a“ und „Parteiverbundenheit“	105
Abbildung 22: Typologie 1c aus den Merkmalen „Typologie 1b“ und „Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Organisationen“	105

Abbildung 23: Typologie 1 – Entwicklung und Anwendung ideologisch politischer Einstellungsmuster aus den Merkmalen „Typologie 1c“ und „DDR-Kritik“	105
Abbildung 24: Typologie 2a aus den Merkmalen „Führungsbewusstsein“ und „Heimatabewusstsein“	110
Abbildung 25: Typologie 2b aus den Merkmalen „Problemverständnis“ und „Bewusstsein bei der Zielverwirklichung“	111
Abbildung 26: Typologie 2 – Deutungsmuster bei der Aufgabenbewältigung, aus den Typologien 2a und 2b.	111
Abbildung 27: Materialzusammenschau und Überblick zu den Merkmalsausprägungen der Befragten	134

Abkürzungsverzeichnis

Bgm.....	<u>B</u> ürger <u>m</u> eister
CDU	<u>C</u> hristlich <u>D</u> emokratische <u>U</u> nion
DDR.....	<u>D</u> eutsche <u>D</u> emokratische <u>R</u> epublik
MdL	Landtagsabgeordneter (<u>M</u> itglied <u>d</u> es <u>L</u> andtages)
SED.....	<u>S</u> ozialistische <u>E</u> inheitspartei <u>D</u> eutschland
SPD	<u>S</u> ozialdemokratische <u>P</u> artei <u>D</u> eutschland
WASG.....	<u>W</u> ahlalternative <u>A</u> rbeit und <u>S</u> oziale <u>G</u> erechtigkeit

1. Einführung

Im Jahr 1990 bekam die Linke Liste/PDS¹ bei den Landtagswahlen in Thüringen mit 9,7 Prozent die geringsten Stimmanteile in den neuen Bundesländern². Auf Landesebene konnte sich die Linkspartei im Laufe der Zeit jedoch als feste Größe neben der CDU (Christlich Demokratische Union) und der SPD (Sozialdemokratische Partei Deutschland) etablieren. Bereits bei den Landtagswahlen 1999 und 2004 in Thüringen lag die Gunst der Wähler für die PDS vor der SPD und auch der CDU näherte man sich an. Die CDU bekam bei den Landtagswahlen im Jahr 2004 43,0 Prozent und die PDS 26,1 Prozent. Inhaltlich steht die CDU für Wirtschaftskompetenz und die PDS für soziale Gerechtigkeit. Insgesamt wird die PDS als politisch-ideologischer Gegenpol der CDU aufgenommen.³

Bei den Landtagswahlen 2009 hatte die Partei Die Linke, als Nachfolger der PDS⁴, mit 27,4 Prozent⁵ bundesweit in Thüringen die meisten Landesstimmen bekommen. Dieser Wahlerfolg ist meiner Meinung nach erklärungsbedürftig. Die Wahlforschung versucht zumeist die Antwort bei den Wählern zu finden und die öffentliche Wahrnehmung der Politiker beschränkt sich häufig auf Skandale und parteiübergreifende Debatten. Diese Studie soll einen Einblick in die persönlichen Motivationen und parteiinternen Strukturen der Linkspartei (und der CDU) geben. Das Wählerverhalten und die gesellschaftlich gewachsenen Strukturen innerhalb der Wahlkreise haben zwar einen großen Einfluss auf die endgültigen Wahlergebnisse. Meines Erachtens gibt es in den Wählerhochburgen dennoch zusätzlich spezielle Strukturmerkmale der Parteien sowie Deutungsmuster (synonym auch Einstellungsmuster genannt) der regionalen Elite, welche einen Einfluss auf die gewachsene Zustimmung zur Partei haben.

Wichtige Fragen lauten: Gibt es spezielle Deutungsmuster, welche sich in den Wählerhochburgen ausformen und somit für diese allgemein gültig sind und

¹ Die Partei Linke Liste/ PDS war nach der Wende die erste Vereinigung der Linken aus Ost und West zu einer gemeinsamen, demokratischen und sozialistischen Partei in Deutschland im Jahr 1990.

² Moureau, Patrick (1992): PDS: Anatomie einer postkommunistischen Partei. Bonn : Bouvier. S. 121

³ Schnirch, Carina (2008): Die PDS als Kommunalpartei. Ein ost- westdeutscher Vergleich. Marburg : Tectum Verlag. S. 84-85

⁴ Die Linke ist ein Zusammenschluss aus der Linkspartei.PDS (ehemals PDS) und der WASG

⁵ Thüringer Landesamt für Statistik (2009): Landtagswahlen 2009 in Thüringen - endgültiges Ergebnis. Landesergebnis. URL: <http://www.wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wJahr=2009&zeigeErg=Land> (Zugriff am: 26.11.2009)

unterscheiden sie sich zwischen der CDU und den Linken? Inwiefern können bestimmte Typen von politischen Einstellungsmustern den Erfolg einer Partei erklären? Ziel wird es also sein, solche Merkmale bzw. Deutungen zu explorieren und gegenüberzustellen. Im Detail werden Fragen über die Karrierewege, politischen Grundeinstellungen und die Netzwerke der Abgeordneten bzw. in der Partei allgemein gestellt. Dazu wurden im Vorfeld jeweils ein Landtagsabgeordneter (MdL) und ein Bürgermeister (Bgm.) aus drei verschiedenen Wahlhochburgen (zweimal Die Linke und einmal CDU) als Experten befragt. Die Landtagsabgeordneten haben in diesen Wahlkreisen (Wahlhochburgen) hohe Stimmanteile bekommen und die Kreisstädte besitzen einen (beigeordneten) Bürgermeister der jeweiligen Parteien. Ausdrücklich erwähnt werden soll noch einmal, dass das Interesse dieser Studie auf den Strukturmerkmalen und Deutungsmustern der Partei-Elite in den Wahlhochburgen und nicht auf denen der Bevölkerung bzw. Wähler liegt.

Die Texte aus den Experteninterviews werden qualitativ ausgewertet und entscheidende Informationen mit Hilfe von Typologien veranschaulicht. Auf der Grundlage der gebildeten Typen werden Erklärungsansätze und Hypothesen erstellt bzw. überprüft. Diese können den Erfolg der Linkspartei ein Stück weit beschreiben und die Deutungsmuster der regionalen Elite in Thüringen etwas näher bringen.

Zuvor werden im zweiten Kapitel dieser Arbeit wichtige Begriffe und theoretische Grundlagen geklärt. Nach einer kurzen geschichtlichen Einführung zur Entstehung der Linkspartei werden bekannte Befunde anderer Studien zur PDS bzw. Linkspartei vorgestellt und wichtige Konzepte und Begriffe definiert. Dieser theoretische Teil führt zu den eigentlichen Forschungsfragen hin. Im dritten Kapitel werden diese noch einmal explizit aufgeführt.

Nach einem kurzen Überblick über die Gütekriterien der qualitativen Sozialforschung werden im vierten Kapitel ausführlich die Methode, das Design und das Untersuchungsinstrument dieser Studie vorgestellt. Zuerst findet eine ausführliche Beschreibung der Vorgehensweise zur Datenerhebung statt. Sowohl die Methode (das Experteninterview) als auch das Instrument (der Leitfaden) werden neben der Stichprobe beschrieben. Danach werden die Vorgehensweise zur Auswertung der Experteninterviews und die detaillierten Regeln zur Transkription aufgeführt.

Das fünfte Kapitel enthält die Ergebnisse dieser Untersuchung. Hier werden am Material ausführlich die methodischen Punkte aus dem Methodenteil nachvollzogen und die Ergebnisse mit dem theoretischen Teil verknüpft. Dabei findet eine

Gliederung in vier Unterpunkte statt. Im Kapitel 5.1 befindet sich zu jedem Fall eine ausführliche Einzelbeschreibung jedes einzelnen Experten (Fallanalyse). Danach werden die Aussagen der Experten deskriptiv analysiert und Merkmalsräume als Grundlage einer Typologie gebildet (Feldanalyse). Anschließend werden Typologien erstellt und ausführlich beschrieben. Diese werden als Grundlage genommen, um Interpretationen und Hypothesen aufstellen bzw. überprüfen zu können.

Im Schlusskapitel werden noch einmal methodische und empirische Schlussfolgerungen diskutiert sowie kritische Einwände dieser Studie angegeben. Im Anhang befinden sich der ausführliche Leitfaden, die Zusammenschau der Codier-Ergebnisse und die vollständig transkribierten Interviews auf CD. (Diese sind nicht zur Veröffentlichung geeignet und befinden sich lediglich an den Exemplaren für das Prüfungsamt. Öffentliche Ausgaben müssen aufgrund der Anonymität der Experten ohne vollständige Interviewtexte auskommen).

Aus Gründen der leichteren Lesbarkeit wurden in dieser Arbeit auf geschlechtsspezifisch differenzierte Formulierungen (z.B. Teilnehmer/Innen) verzichtet. Entsprechende Begriffe gelten im Sinne der Gleichbehandlung für beide Geschlechter.

Die Ergebnisse in dieser Studie werden teilweise mit Zitaten aus den geführten Interviews belegt. Daraus ergibt sich eine Vielzahl längerer Zitate. Aufgrund der besseren Lesbarkeit sind die Zitate, welche über eine Länge von mehr als 2 Zeilen gehen, gesondert formatiert.

2. Theoretische Grundlagen

Bevor konkret auf bekannte Befunde anderer Studien und Autoren sowie notwendige Definitionen für diese Arbeit eingegangen wird, soll ein kurzer Überblick über die Geschichte der Partei Die Linke gegeben werden. Die Linke wird nachfolgend zum Teil als Linkspartei umschrieben, wobei damit (wenn nicht explizit erwähnt) nicht allein die Linkspartei.PDS oder die ostdeutsche Linkspartei, sondern die gesamtdeutsche Linke zusammen mit der WASG (Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit) gemeint ist.

2.1 *Entstehung der Partei Die Linke*

Die Partei Die Linke wurde am 16. Juni 2007 gegründet und besitzt derzeit ca. 78.000 Mitglieder, davon ca. 7.000 in Thüringen.⁶ Sie entstand als Zusammenschluss der ostdeutschen Linkspartei und der 2005 gegründeten WASG. Dabei ist die ostdeutsche Linkspartei aus der SED (Sozialistische Einheitspartei Deutschland) hervorgegangen und hieß bis 2005 PDS (Partei des Demokratischen Sozialismus). Zwei Drittel der Mitglieder stammen aus Ostdeutschland.⁷

Als 1989 die Herrschaft der Einheitspartei zusammenbrach und Erich Honecker zurücktrat, gab es für die Partei zwei Optionen. Es bestand die Möglichkeit sich entweder aufzulösen oder grundlegend zu erneuern. Die Partei entschied sich für die zweite Option. Sie wandte sich vom Stalinismus ab und bekannte sich zum demokratischen Sozialismus. Dabei traten weniger als fünf Prozent der ehemaligen SED-Mitglieder der neuen PDS bei. Das Label, Nachfolgepartei der SED zu sein, haftete der PDS jedoch weiterhin an. Erster Vorsitzender der Partei war Gregor Gysi. Die PDS beteiligte sich seit der Wiedervereinigung sowohl an Bundestags-, Landtags- und Kommunalwahlen im Osten als auch seit 1994 an Landtagswahlen in allen westlichen Bundesländern sowie an Europawahlen. Die soziale Verankerung und Bedeutung der Partei in Ostdeutschland zeigt sich sehr stark durch die vielen Amtsträger in der Kommunalpolitik. Seit 2005 nannte sich die Partei Linkspartei.PDS.

⁶ Vgl.: Die Linke (2010): Mitgliederzahlen September 2009. Stand: 30. September 2009. URL: http://die-linke.de/partei/fakten/mitgliederzahlen_september_2009 (Zugriff am: 07.07.2010)

⁷ Vgl.: Jesse, Eckhard (2010): Was ist DIE LINKE?. URL: http://www.bpb.de/themen/17GT8Y,0,0,Was_ist_DIE_LINKE.html (Zugriff am: 07.07.2010)

Im Westen Deutschlands entstand bereits 2004 durch den Zusammenschluss der bayerischen Gewerkschaftsgruppierung „Initiative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit“ und der nord-westdeutschen „Wahlalternative“ der Verein „Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit e.V.“. Die Wahlalternative Arbeit und Soziale Gerechtigkeit (WASG) wurde dann als Partei 2005 von Gewerkschaftlern und SPD-Mitgliedern entgegen der Schröder-Regierung gegründet. Bei den Bundestagswahlen 2005 öffnete die Linkspartei.PDS ihre Listen für die WASG-Kandidaten und man schloss ein Bündnis für die Wahl. Nach Verhandlungen trat auch SPD-Vorsitzender Oskar Lafontaine der WASG bei. Nach einer anschließenden Urabstimmung der Mitglieder beider Parteien im Mai 2007 wurde im Juni der Zusammenschluss zur neuen Partei Die Linke beschlossen. Gemeinsame Vorsitzende wurden Lothar Bisky und Oskar Lafontaine.⁸

Die SED und die DDR (Deutsche Demokratische Republik) hatten demnach einen gewissen historischen Einfluss auf die Partei. Inwieweit dieser Einfluss auch auf die einzelnen Personen Auswirkungen hatte, wird unter anderem in dieser Studie beleuchtet. Daraus ergibt sich die Frage, ob in Ostdeutschland und vor allem in Thüringen die SED die Einstellungen und Deutungsmuster der Politiker nachhaltig beeinflusst haben könnte. Um diese Zusammenhänge jedoch überprüfen und besser verstehen zu können, sollen im nachfolgenden Abschnitt bekannte Befunde aus weiteren empirischen Studien und Thesen anderer Autoren über die PDS erläutert werden.

2.2 Befunde und Thesen

2.2.1 Thesen zur PDS

Mögliche Anknüpfungspunkte für die anschließende Auswertung sind bekannte Thesen von Michael Gerth, welche er für die PDS entworfen hatte. Weiterhin dienten sie zur inhaltlichen Vorbereitung des Leitfadens dieser Studie. Die Fragestellungen im Leitfaden zielen teilweise auf die hier formulierten Thesen ab und fließen in die Auswertung des Ergebnisteils ein.

Die erste These nennt Gerth **Bindungsthese (Klientelpartei)**. Die PDS gilt laut dieser These als Auffangbecken ehemaliger SED-Mitglieder. Die Mitglied- und

⁸ Vgl.: Taken, Jens/ Simoleit, Julia (2010): Die Geschichte von DIE LINKE. URL: http://www.bpb.de/themen/6RCZIY,0,0,Die_Geschichte_von_DIE_LINKE.html (Zugriff am: 07.07.2010)

Wählerschaft der PDS kann nach Gerth als relativ homogen betrachtet werden. Dabei stellt sie die Interessen ihrer abgrenzbaren Klientel über das Gemeinwohl. Gerth vermutet, dass die Partei bevorzugt Interessen ehemaliger SED-Mitglieder vertritt und an dieses Klientel gebunden ist. Die Klientel der Partei besteht zum größten Teil aus Angehörigen der jüngeren Dienstklasse der DDR, welche die PDS als Instrument zur Integration in die bundesdeutsche Gesellschaft nutzen. Aus der PDS heraus können sie sich der Meinung nach symbolisch abgrenzen und so eigene Bedingungen erzwingen. Programmatisch vertritt die PDS zum Teil rechtliche, materielle oder ideelle Probleme ehemaliger SED-Mitglieder.⁹ Daraus ergibt sich folgende Fragestellung für die Experten dieser Studie: Gab es politische Erfahrungen in der DDR?

Die **Outputthese (Protestpartei)** besagt, dass die Transformation Ostdeutschlands nach dem Systembruch erheblichen Einfluss auf die persönlichen Biographien der Bürger hatte. Sowohl die Mitarbeiter der SED, Staatsicherheit und anderer Organe als auch technische, wissenschaftliche und soziokulturelle Angestellte waren stark davon betroffen. Bei diesen Personen kann sich nach der Transformation ein Gefühl des „persönlich empfundenen Nachteils“ ergeben haben. Auch wenn sich im Laufe der Zeit die Lebenslage positiv geändert und man sich ökonomisch erholt hat, muss sich die subjektiv empfundene Benachteiligung nicht zwangsläufig geändert haben. Die PDS hatte lange Zeit die Oppositionsrolle bevorzugt.¹⁰ Und auch Die Linke sieht sich laut Gerth in der Tradition der Protestpartei gegen aktuelle Zustände bzw. als Partei der Schwachen und Benachteiligten. Aus dieser These ergibt sich die Frage: Was ist das wichtigste Problem in Thüringen und wo liegen die Verbindungen zu anderen Organisationen? Dadurch soll ermittelt werden, ob das Hauptanliegen im Protest liegt und die Verbindungen ausschließlich zu den sozial Benachteiligten gepflegt wird.

Mit der **Kulturthese (Heimat- bzw. Milieupartei)** beschreibt Gerth die PDS als Verkörperung einer spezifischen ostdeutschen politischen Kultur. Die Milieupartei bezeichnet hier eine politische Partei, welche sich aus politisch-sozialen Subkulturen bzw. sozialmoralischen Milieus herausgebildet hat. In solch einer Partei fixieren sich politisch mobilisierte Gesinnungsgemeinschaften und ritualisieren bzw. verewigen sich die Konflikte. Die politischen Aktivitäten richten sich dabei auf den Erhalt

⁹ Vgl. Gerth, Michael (2003): Die PDS und die ostdeutsche Gesellschaft im Transformationsprozess. Wahlerfolge und politisch-kulturelle Kontinuitäten. Hamburg : Kovac. S. 27-31

¹⁰ Vgl. ebd.: S.31-34

dieser Milieus. Milieubindungen sind auch zu beachten, wenn an Stelle traditioneller Bindungen neue Netzwerke der Kommunikation und der politischen Subkulturen treten. Laut der Kulturthese bilden die Mitglieder der PDS ein soziokulturelles Milieu im engeren Sinn mit gemeinsamen Wertorientierungen und Traditionen, sozialen und wirtschaftlichen Lagen innerhalb bestimmter Regionen. Es könnte aus der SED-Zeit ein spezifisches Mikromilieu mit spezifischen Bindungen entstanden sein, was sich heute weiterhin tradiert.¹¹ Diese These führt zu folgenden Fragestellungen: Wie sind die Verbindungen mit den anderen Personen in der Partei? Gibt es politische Freundschaften mit gemeinsam geteilten Bindungen und Werten? Dadurch soll ein Stück weit überprüft werden, ob die Mitglieder der Partei solch eine Netzwerkstruktur mit entsprechenden Bindungen gebildet haben.

Da diese Studie in erster Linie darauf abzielt, explorativ Deutungsmuster der Politiker zu ermitteln, werden im folgenden Abschnitt einige quantitative Strukturmerkmale und empirische Befunde aufgeführt.

2.2.2 Empirische Befunde zur PDS

Zuerst werden die **Parteiinhalte und die dominante Idee der Linkspartei** dargelegt. Die Bezeichnung Gerth's, die PDS als politische Heimatpartei zu umschreiben, trifft von den empirischen Fakten insofern zu, dass sie besonders den älteren SED-Generationen das Gefühl politischer Vertrautheit gab. Diese Vertrautheit weisen andere Parteien wie z.B. die CDU von sich. „Im Mikromilieu ehemaliger SED-Genossen wird nicht nur das eigene Lebenswerk positiv gesehen [...] sondern hier können auch die bisherigen Weltbilder weitgehend beibehalten werden.“¹² Gero Neugebauer und Richard Stöss meinen zu erkennen, dass die PDS eine regionale Milieupartei der politischen Klasse bzw. der Dienstklasse der DDR ist. Die PDS bedient die politische Kultur, welche im ostdeutschen Makromilieu vorherrscht, sowohl programmatisch als auch rhetorisch und symbolisch. Teilweise wird die PDS auch als (ostdeutsche) Volkspartei beworben. Neugebauer meint diesbezüglich, dass die PDS zwar nahezu alle soziostrukturellen Gruppen angemessen repräsentiert, jedoch ausschließlich die Konfessionslosen anspricht.¹³ „Für das Volk der ehemaligen DDR ist demnach die PDS Volkspartei (und die eigentliche politische

¹¹ Vgl. ebd.: S. 49-50

¹² Ebd.: S. 51

¹³ Vgl. ebd.: S. 51-53

Repräsentation) im Sinne eines spezifischen Milieus.“¹⁴ Für eine Protestpartei spricht, dass der Anteil der Protestwähler in Ostdeutschland hoch ist. Die etablierten Parteien fallen dabei als Protestmittel weg, was den hohen Wähleranteil der PDS aber, wie Gunnar Hinck meint, auch den starken Anteil rechtsextremistischer Parteien mit erklärt.¹⁵ Die Äußerungen der PDS werden in Ostdeutschland dabei selten als radikal angesehen, sondern eher als Ausdruck ihrer politischen Kultur.

Carina Schnirch beschreibt die PDS folgendermaßen: Sie repräsentiere relevante Teile der ostdeutschen Bevölkerung im Hinblick auf Interessenvertretung und Repräsentanz von Wert- und politischen Orientierungen und habe somit Züge einer ostdeutschen Volkspartei angenommen. Da jedoch spezifische ostdeutsche Interessen vertreten werden, könne man sie auch als Regionalpartei bezeichnen. Schnirch charakterisiert die PDS weiterhin als Milieupartei, da vorhandene Entfremdungs-, Ohnmachts- und Ungerechtigkeitsgefühle unter der ostdeutschen Bevölkerung durch die PDS am auffälligsten verkörpert, gebündelt und artikuliert würden. Durch die populistischen Züge in Bezug auf die Unzufriedenheit mit Entwicklungen, Zuständen und etablierten Normen im Staat und der Gesellschaft sowie die Unzufriedenheit mit dem politischen Personal und den Spielregeln des Parteienstaates könnte man ihr jedoch auch das Prädikat einer Protestpartei zusprechen. Vor allem die populistische Aufarbeitung um das Thema einer Sozialstaatsreform nutzte die PDS. Aber auch die Thematisierung von Problemen sozial Benachteiligter sei fester Bestandteil, auch auf kommunaler Ebene, so Schnirch.¹⁶ „Die PDS vertritt mit ihren Forderungen den ‚kleinen Mann‘, der durch die etablierten Parteien sonst nicht wahrgenommen wird. (‚Wir machen Politik für den Alltag und nicht den Wahltag.‘ – Auszug Kommunalwahlprogramm 2004 der PDS Erfurt)“.¹⁷

Die dominanten Ideen der PDS und deren Deutungskultur können nach Gerth als antikapitalistisch, antiliberal und antiparlamentarisch bezeichnet werden. Die kapitalistischen Produktions-, Verteilungs- und Konsumtionsmodelle werden von ihm als Ursache der globalen Existenzkrise der Menschheit erklärt. Volkssouveränität sei aufgrund eines ökonomischen Diktates nicht möglich. Durch die Zurückweisung individualistischer Bedürfnisse sollen seiner Meinung nach soziale Gleichheit und ein Gemeinschaftsdenken geschaffen werden. Weiterhin spricht er von einer

¹⁴ Ebd.: S. 54

¹⁵ Ebd.: S. 43

¹⁶ Schnirch, Carina (2008): Die PDS als Kommunalpartei. a.a.O.: S. 66-67

¹⁷ Ebd.: S. 67

völligen Ablehnung friedensschaffender Militäreinsätze (prinzipieller Pazifismus). Die westliche Demokratie würde als Erfüllungsgehilfin des Kapitals abgewertet und man sehe sich in der Opposition zu den herrschenden politischen Verhältnissen, also zum Kapital, Markt und Staat. Die Überwindung des Kapitalismus schließe die Überwindung des parlamentarischen Systems ein, so Gerth.¹⁸

Über das **Programm** der Partei schreibt Schnirch, dass die Partei sich als Anwalt der Ostinteressenten mit sozialistischer Perspektive sieht. Die Regionalisierung der Wirtschaft, die Beseitigung des Rechtsextremismus durch Beseitigung von Benachteiligungen und die Verminderung der Arbeitslosigkeit seien weitere zentrale Anliegen. Mit den Verbrechen des Sozialismus werde sich auseinandergesetzt, man würde sich zur Marktwirtschaft hinwenden und sei um eine demokratische Konzeption des Sozialismus bemüht (in Abgrenzung zum Stalinismus und Zentralismus, aber mit Bezug auf Leistung und Selbstwertgefühl aus der Zeit der DDR).¹⁹ Auf kommunaler Ebene wird laut Schnirch die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen thematisiert und als Lösung ein erhöhter Gestaltungsspielraum für die Einwohner gefordert. Private Aufgaben sollen rekommunalisiert werden. Eine weitere Privatisierung werde abgelehnt. Es werde sich für eine Bürgergesellschaft stark gemacht, in der sich die kommunale Daseinsvorsorge zur Sicherung der Lebensqualität nach den Bedürfnissen der sozial Schwächsten richtet. Die langjährigen Erfahrungen der Partei in den kommunalen Vertretungsgesellschaften würde dabei eine hohe Kompetenz und hohe Sachorientierung bedingen. Die Interessen der Linkspartei wären laut Schnirch divergent zur CDU. Diese präferiere beispielsweise die Privatisierung öffentlicher Leistungen und lehne eine Gewerbesteuer für Freiberufler ab.²⁰

Die **Verhältnisse zu anderen Parteien und Organisationen** sind auf kommunaler Ebene, im Vergleich zu höheren Ebenen, kaum von Kritik an beispielsweise anderen Parteien geprägt. Schnirch vertritt die These, dass dabei vor allem die persönlichen Kontakte zwischen den kommunalen Abgeordneten eine Rolle spielen.²¹ Auf kommunaler Ebene sei die Arbeit mehr durch Kooperationsarbeit zwischen Personen in Bezug auf das Thema geprägt als durch die Parteizugehörigkeit. In den neuen Bundesländern sehen 45,6 Prozent der Befragten das Verhältnis zwischen PDS und

¹⁸ Vgl. Gerth, Michael (2003): Die PDS und die ostdeutsche Gesellschaft im Transformationsprozess. a.a.O.: S. 199-201

¹⁹ Vgl. Schnirch, Carina (2008): Die PDS als Kommunalpartei. a.a.O.: S. 86-89

²⁰ Vgl. ebd.: S. 91-93

²¹ Vgl. ebd.: S.168

CDU als teils gut / teils schlecht an, 26,7 Prozent sehen ein gespanntes Verhältnis und 25,2 Prozent beschreiben, dass eine Zusammenarbeit nur mit einzelnen Personen stattfindet. Lediglich ein Prozent der Befragten bei Schnirch fühlen sich der CDU politisch nahe und genauso wenig (1,0 Prozent) ignoriert sie einfach. Es besteht größtenteils ein Kontakt zwischen den verschiedenen Fraktionen auf kommunaler Ebene (rechtsextreme Parteien sind ausgenommen), welcher weder durch einen „bedingungslosen Frieden“ noch durch das „Ausstechen des Anderen“ dominiert wird, sondern in einer themenbezogenen Kompromissfindung stattfindet. Die Zusammenarbeit zwischen PDS, CDU und SPD wird von den Befragten oft als normal angesehen.²²

Bei der Einschätzung des Einflusses anderer Institutionen auf die Politik geben auf der Kommunalebene in Ostdeutschland über 50 Prozent der PDS-Mandatsträger an, den Einfluss der Wirtschaftsverbände für genau richtig zu halten und ca. 30 Prozent empfinden ihn sogar als zu gering. Das Verhältnis der PDS zur Wirtschaft kann meines Erachtens als eher positiv eingeschätzt werden. Lediglich ein Großteil der PDS-Führungskräfte aus der Verwaltung (59,5 Prozent) und 56,1 Prozent der Bürgermeister bzw. Landräte sehen ein zu hohen Einfluss durch die Wirtschaftsverbände. Mit über 70 Prozent Zustimmung denkt die Mehrheit, dass die Gewerkschaften und Bürgerinitiativen zu wenig Macht haben. Der Einfluss von Presse oder Kirche wird hingegen als angemessen eingeschätzt.²³ Die Verwurzelung der PDS und die politische Ausrichtung lassen sich an der Kontakthäufigkeit der Mandatsträger zu spezifischen Organisationen erkennen. Am häufigsten wurden Kultur- und Sportvereine, Bürgerinitiativen, Frauen- und Jugendverbände sowie Arbeitslosenverbände kontaktiert. So hat die PDS Zugang zu den unterschiedlichsten Schichten der Gesellschaft.²⁴

Die Repräsentanz der westdeutschen **Mitglieder** innerhalb der Parteiführung im Vergleich zum Mitgliederanteil ist überdurchschnittlich.²⁵ Im Osten ist die PDS mitgliederstärkste Partei (am 30.09.2009: 77.645 Mitglieder; in Thüringen: 6.830 Mitglieder).²⁶ Der Anspruch, als Arbeiterpartei durchzugehen, ist aufgrund soziostruktureller Zusammensetzungen der Mitglieder nicht gegeben. Bereits zu Zeiten

²² Vgl. ebd.: S. 194-199

²³ Vgl. ebd.: S. 200-201

²⁴ Vgl. ebd.: S. 205

²⁵ Vgl. ebd.: S. 90

²⁶ Partei Die Linke (2009): Mitgliederzahlen September 2009. URL: http://die-linke.de/partei/fakten/mitgliederzahlen_september_2009/ (Aufgerufen am 17.12.2009)

der SED diente der Anteil der Arbeiter eher als dekorative Funktion. Dominant sind die Gruppen der Angestellten und der Intellektuellen. Daraus lässt sich schließen, dass die SED die Partei der DDR-Dienstklasse anstatt die Partei der Arbeiter war.

Bezüglich des Alters ist die Partei ein politischer Vertreter der immer älter werdenden DDR-Eliten. Es ist eine starke Überalterung festzustellen. Bei den Mitgliedern der PDS können im Durchschnitt höhere Bildungsabschlüsse festgestellt werden als bei anderen Parteien und auch die Frauenquote war mit 45,7 Prozent im Jahr 2002 die Höchste. Die Funktionselite wird dominiert durch Gruppen, die aus der Intelligenz der DDR kommen sowie durch höher gebildete Angestellte und qualifizierte Arbeiter.²⁷

Sowohl die Wähler als auch die Mandatsträger sind konfessionell ungebunden. Der Großteil der PDS-Mandatare²⁸ sind Angestellte (34,3 Prozent in Ostdeutschland) und nur sehr wenige Arbeiter. Der Anteil der Rentner ist unter den Mandatsträgern mit 33,1 Prozent deutlich geringer als bei den Mitgliedern. Die hohe Anzahl der Landtagsmitglieder lässt auf eine Professionalisierung der kommunalen Politik schließen. Der geringe Anteil der Hauptschulabsolventen bei den Mandatsträgern (4,5 Prozent) im Vergleich zu den restlichen Mitgliedern und zu Westdeutschland und der hohe Anteil von Studienabsolventen (61,2 Prozent der kommunalen Mandatsträger) lässt darauf schließen, dass die Verbindung der PDS zur traditionellen Linken in Ostdeutschland eher schwach ausgeprägt ist und die Rekrutierung daraus eher selten stattfindet. Die Mehrzahl der ostdeutschen PDS-Politiker hat ein technisches Studium, einen pädagogischen Abschluss oder eine Laufbahn in der Militärwissenschaft absolviert und beinahe 70 Prozent der befragten kommunalen Elite bei Schnirch gaben an, dass sie in der SED Mitglied waren.²⁹

Auch Schnirch beschreibt die **Herkunft der Elite** der PDS oder Linkspartei als Sammelpunkt, Aktionsbasis, Heimat und Arbeitsplatz für einen Teil der einstigen SED-Nachwuchselite. Der eigentliche Funktionskörper der PDS bestehe hauptsächlich aus der um 1950 geborenen Nachwuchsgeneration der SED. Der Zeitgeist der Jugendlichen stand zur damaligen Zeit, mit Einstellungen gegen das System und den Vietnamkrieg, sehr links. Sie kamen meist aus der Arbeiterschicht oder aus kleinbürgerlichen Verhältnissen. Nach 1989 verließen die meisten Mitglieder die Partei. Manche von ihnen haben es mittels der PDS/Die Linken wieder in politische

²⁷ Vgl. Schnirch, Carina (2008): Die PDS als Kommunalpartei. a.a.O.: S. 96-101

²⁸ Ein Mandatar ist eine Person oder ein Institut, welches ein Mandat annimmt.

²⁹ Vgl. ebd.: S. 149-156

Positionen geschafft. Dort werden ihre Biographien, die FDJ- und SED-Laufbahnen nicht entwertet, sondern die Organisations- und Führungserfahrung dazu genutzt, sie innerhalb des PDS-Milieus in gehobene Kaderpositionen zu stecken.³⁰ Doch nicht alle führenden Positionen können durch ehemalige SED-Elitekräfte besetzt werden. Weitere „Füllpersonen“ für das Vakuum nach dem erzwungenen Abgang der SED-Elite waren laut Hinck die Seiteneinsteiger. Ein Seiteneinsteiger stammt oft aus den Resten der bürgerlichen Milieus der DDR: Ärzte, Musiker, Pfarrer, manchmal auch Anwälte. Heute ist dieser sogenannte Seiteneinsteiger stark in der Politik vertreten. Kirchlich geprägte Bürgerrechtler der Wendezeit sind hingegen nur noch selten in ostdeutschen Funktionseliten zu finden.³¹ Hinck bezeichnet die gesamte ostdeutsche Elite als eine Art Notgemeinschaft, da der Großteil eigentlich nicht in diese Position wollte bzw. es nie angestrebt habe. Er meint, dass diese Personen durch Zufall, Glück oder eine günstige Gelegenheit aufgestiegen seien. Ein Bewusstsein dafür, was die Stellung für die Gesellschaft bedeutet, habe sich jedoch nicht entwickelt. Einige Aufsteiger würden ihre Karriere sogar als private Erfolgsgeschichte deuten, sich vorwiegend mit sich selbst beschäftigen und auf ihrer Position verharren, anstatt als Elite etwas voranzubringen.³²

Die **Erfolgskriterien** beschreibt Schnirch mit folgendem Zitat: „Die Nähe zu den Bürgern mit ihren Problemen, die Vertretung der ostdeutschen Interessen und die Erfahrungen und die Kompetenz im kommunalpolitischen Bereich sind Ursache für den Erfolg.“³³ Ein Interviewter von Schnirch aus Erfurt sagt: „Der Erfolg resultiert aus der Erfahrung des Sozialismus. Viele alte Genossen haben, zu ihrem Leidwesen, die Erfahrung machen müssen, dass sie eben versucht haben, ohne ‚das Volk‘ dessen Gutes zu wollen und daraus haben sie gelernt, dass man auf die Menschen zugehen muss.“³⁴ Jürgen Danyel spricht von einem SED-Habitus, welcher den Bezug zu den Menschen verdeutlicht und sich gegen die Beamtenmentalität der Politiker richtet. Denn Führungspositionen wurden in der SED oft an antifaschistisch engagierte Personen vergeben, ungeachtet ihrer beruflichen Laufbahn. Es wurden also keine

³⁰ Vgl. Hinck, Gunnar (2007): Eliten in Ostdeutschland. Warum den Managern der Aufbruch nicht gelingt. Berlin : Chrisoph Links Verlag. S. 22-23

³¹ Vgl. ebd.: S. 32-33

³² Vgl. ebd.: S. 34-37

³³ Schnirch, Carina (2008): Die PDS als Kommunalpartei. a.a.O.: S. 218

³⁴ Ebd.: S. 219

Schreibtischbürokraten rekrutiert, sondern „Ideologen“.³⁵ Die SED-Propaganda richtete sich gegen das Berufsbeamtentum. Sie definierte das gesamte Normen- und Wertgefüge, mit dem die Führungsqualität von Eliten beschrieben wurde, um. Die Vertreter der neuen Macht entwickelten einen dementsprechenden Habitus.³⁶ Dieser Habitus könnte sich in ähnlicher Form bis heute durch die Parteistrukturen und informelle Weitergabe durch die Personen selbst erhalten haben. Denn auch heute lassen sich Leitsätze wie: „die eigenen Belange zurückstellen können“, „Ärmel hochkrempeln“, „anderen Mut machen“, „die einfache Sprache des Volkes zu sprechen“, „sich nicht in Amtsstuben hinter den Schreibtischen verschanzen“ usw. bei den Linken wiederfinden.

Da in dieser Studie Politiker der CDU als Vergleich zu den linken Politikern gewählt wurden, soll im nächsten Abschnitt eine Abgrenzung zu dieser Partei erfolgen.

2.2.3 Abgrenzung der CDU zur Linkspartei

Wie oben bereits erwähnt, stehen sich die CDU und Die Linke inhaltlich konträr gegenüber. Da der Erfolg der Partei hier jedoch nicht anhand des Inhaltes des Parteiprogramms, sondern mit Hilfe der Deutungs- und Einstellungsmuster gemessen werden soll, wird eine ebenso erfolgreiche Partei in Thüringen benötigt, die im Sinne der Fallkontrastierung (siehe Methodenteil) der Linkspartei gegenübersteht. So könnte angenommen werden, dass die Mitglieder der CDU wahrscheinlich durch andere Umstände in die Politik gekommen sind und sich dabei andere Einstellungsmuster ausgeprägt haben. Auf einem rechts-links Kontinuum würde man sie im Vergleich zur Linkspartei mittig rechts und Die Linke (mittig) links einordnen können. Es handelt sich somit für Ostdeutschland nicht um extrem entgegengesetzte Parteien, welche dennoch inhaltlich unterschiedliche politische Ausrichtungen haben. Demzufolge kann überprüft werden, ob die Unterschiede zwischen den Parteien auf der Ebene der Politiker vorhanden sind oder diese lediglich eine untergeordnete Rolle spielen. Denn, aufgrund der geringen räumlichen Nähe kann bei gleichen Deutungsmustern nicht zwangsläufig von Erfolgsfaktoren auf Grundlage der Parteimitglieder und ihrer Einstellungsmuster ausgegangen werden als vielmehr von einem Erfolg der Partei bezüglich des inhaltlichen Programms an sich. Die

³⁵ Vgl.: Danyel, Jürgen (1999): Die unbescholtene Macht. Zum antifaschistischen Selbstverständnis der ostdeutschen Eliten. In: Hübner, Peter (Hrsg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR. Köln u.a.: Böhlau Verlag. S. 76-77

³⁶ Vgl. ebd.: S.76-77

Wahlhochburgen unterscheiden sich dabei in folgender Hinsicht: Die CDU-Hochburg zeichnet sich dadurch aus, dass sich in diesem Gebiet lange christliche Traditionen vorfinden lassen und die CDU seit der Wende unangefochten sowohl im Landtag als auch in den meisten Orten den Bürgermeister stellt. Als Hochburg der Linkspartei dient eine Bezirkshauptstadt der DDR, welche aufgrund der verschiedenen administrativen Stützpunkte der SED, Staatsicherheit, NVA usw. stark durch die DDR und die Partei geprägt ist. Sie verzeichnet somit stets hohe Wahlerfolge der Linkspartei. Als weitere Hochburg dient ein Wahlkreis, in dem die CDU lange Zeit die Vormachtstellung hatte, aber Die Linke seit einem gewissen Zeitraum an Stimmen zulegen konnte und dort sowohl den Oberbürgermeister als auch einen Landtagsabgeordneten stellt.

Mit dem Wissen über die Partei, den Befunden und Thesen zur PDS besteht eine inhaltliche Grundlage für die empirische Untersuchung. Zusätzlich sollen in den folgenden Abschnitten wichtige konzeptuelle Begriffe (Elite, Deutungskultur und Deutungsmuster) geklärt und definiert werden.

2.3 Politische Kultur und Deutungsmuster

2.3.1 Politische Deutungskultur

Bereits Gerth erwähnt in seinem Buch über die PDS und die ostdeutsche Gesellschaft im Transformationsprozess, dass der Aufstieg der PDS als Nachfolgeorganisation der SED zu einer politischen Partei mit hoher Zustimmung erklärungsbedürftig ist. Er betrachtet die PDS als Verkörperung der dominanten Deutungskultur der DDR, einer Art Erneuerungsinsel der damals vorherrschenden politischen Kultur. Es entsteht die Frage, inwiefern der Wahlerfolg der PDS einen Ausdruck spezifischer Deutungskultur darstellt.³⁷ Gerth geht von der These aus, dass eine spezifische ostdeutsche politische Kultur existiert und besonders die PDS davon profitiert, wobei die Partei im Umkehrschluss ihre Programmatik und ihre Aussagen dieser spezifischen Kultur annähert. Dieses Kulturverständnis bezieht sich auf die Annahme, dass ostdeutsche tradierte Elemente mit einer politisch kulturellen Differenz gegenüber westlichen Demokratievorstellungen existieren.³⁸

³⁷ Vgl.: Gerth, Michael (2003): Die PDS und die ostdeutsche Gesellschaft im Transformationsprozess. a.a.O.: S. 12-13

³⁸ Vgl. ebd.: S. 18-21

Deutungskultur heißt in dieser Studie, dass die Abgeordneten bestimmte Deutungsmuster besitzen, welche einen Teil der politischen Kultur, durch beispielsweise politische Entwürfe, widerspiegeln. Im Folgenden wird erklärt, wie genau die Begriffe „politische Kultur“ und „Deutungsmuster“ zu verstehen sind. Nach Gabriel A. Almond umfasst der Begriff **Politische Kultur** alle in einer Gesellschaft vorhandenen politisch relevanten Werte, Einstellungen und Haltungen gegenüber verschiedenen politischen Objekten und Situationen. Es wird dabei zwischen kognitiven, affektiven und evaluativen Orientierungen unterschieden, welche sowohl den Objekten des politischen Systems als Ganzes sowie auch den Input-, den Output-Strukturen und dem politischen Akteur selbst gegenüberstehen. Politische Kultur kann insgesamt als ein gemeinsames Produkt kollektiver historischer Erfahrungen der Gesellschaft eines politischen Systems und der persönlichen Lebensgeschichten seiner Mitglieder gesehen werden. Dabei hat diese Einfluss auf konkrete politische Strukturen, welche wiederum Voraussetzung für die Art der aktuellen politischen Kultur sind.³⁹ Karl Rohe unterscheidet bei seiner Definition von Politischer Kultur zwischen Weltbild (dem politischen Denken) und einer ungeschriebenen Verfassung (dem öffentlichem Reden und Handeln). Demnach gibt es ein kollektives Verständnis, was Politik ist, sein kann und sein soll. Weiterhin unterscheidet Rohe zwischen einer politischen Soziokultur (Denk-, Rede- und Handlungsgewohnheiten, Mentalitäten usw.) und den Deutungskulturen (Ideen und politische Entwürfe als äußere Größe bzw. nicht verinnerlicht). Die Deutungskulturen bleiben dabei stets in Bewegung und bilden bestimmte Angebote zur Interpretation. Sie bleiben jedoch immer eine äußere Größe, auch wenn eine Deutungskultur bereits zur herrschenden Meinung geworden ist.⁴⁰ Sie sind das, was die politische Soziokultur ändern kann, sich als äußeres dabei jedoch mit der Zeit auch ändert. Ziel wird es in dieser Arbeit unter anderem sein, diese Deutungen als äußere Größe über das Deutungsmusterkonzept zu ermitteln. Es gibt meiner Ansicht nach eine vorherrschende politische Kultur in Ostdeutschland und Thüringen. Die äußerlichen Ideen zur Deutung der Welt beruhen auf dieser dominanten Kultur und Deutungen sollen ermittelt werden. Eine Ursache für die fortbestehenden Deutungen kann in den personellen Kontinuitäten liegen. Diese sind z.B. bei der CDU weniger stark ausgeprägt als bei der PDS. Die CDU hatte sich ursprünglich als bürgerliche Partei selbständig und

³⁹ Vgl. ebd.: S. 18-21

⁴⁰ Vgl. ebd.: S. 21-23

direkt nach dem Zweiten Weltkrieg formiert und auch später ein gewisses selbständiges Eigenleben an der Basis ihrer Wohngebietsgruppen bewahrt.⁴¹ Die PDS hingegen konnte sich durch ihre personellen Kontinuitäten besser auf gesamtostdeutsche Deutungsmuster einlassen. Nach Gerth existiert eine homogene ostdeutsche Deutungskultur, welche sich aus Elementen der dominanten politischen Kultur der damaligen DDR speist und sich somit noch deutlich von der Westdeutschen abhebt. Die Einstellungen und Werte basieren dabei auf politisch kulturellen Kontinuitäten bzw. Fortbeständen. Die PDS verkörpert in besonderer Weise diese kulturellen Kontinuitäten und stellt mit ihrer Deutungskultur eine Erneuerunginsel für die Ostdeutschen dar. Entscheidend für den Fortbestand dieser Erneuerunginsel ist hier die Deutung der Vergangenheit, mit der Rolle der Parteiherrschaft der SED in der DDR. Die PDS kann somit erst aufgrund ihrer Vorgeschichte und den daraus entstandenen Strukturen und Verteilungen der Mitglieder das Bild eines Fortbestandes alter Werte und Einstellungen prägen.⁴² Ob von den Politikern der Linkspartei heute noch genau dieses gesamtostdeutsche Denken fortbesteht und durch sie weiterhin die ostdeutsche Politik getragen wird, soll unter anderem in dieser Studie ermittelt werden. Aufgrund der persönlichen Wege der Abgeordneten in ihre jetzige Position, ihrer Aktivitäten in der DDR und ihrer Ansichten über politische Hauptprobleme lassen sich meines Erachtens solche Deutungsmuster der Experten mit eventuellen Kontinuitäten ermitteln. Um das Vorgehen besser nachvollziehen zu können, wird das Deutungsmusterkonzept nachfolgend noch einmal erläutert.

2.3.2 Deutungsmusterkonzept

„Dieser Begriff [Deutungsmuster] bezieht sich zunächst einmal auf das ‚ensemble‘ von sozial kommunizierbaren Interpretationen der physikalischen und sozialen Umwelt.“⁴³ Es ist ein Pool von Interpretationen der Umwelt, welche über soziale Arten der Kommunikation „zugänglich“ und vermittelbar sind, eine Art Regelwerk, wie man die Welt wahrnimmt und in ihr handelt. Es gibt Anleitungen im Alltag, was in einer bestimmten Situation zu tun ist, über die man nicht ständig nachdenken

⁴¹ Vgl. Hinck, Gunnar (2007): Eliten in Ostdeutschland. a.a.O. S.23-24

⁴² Vgl. Gerth, Michael (2003): Die PDS und die ostdeutsche Gesellschaft im Transformationsprozess. a.a.O.: S. 25-26

⁴³ Ebd.: S. 5

muss. Dieses Handeln ist dann aber nicht trieb- oder motivgesteuert, sondern man bezeichnet es als regelgeleitet.⁴⁴

Weiter können Deutungsmuster als entwicklungs offene Weltinterpretation mit generativem Status gesehen werden. Sie erzeugen Verhalten, welches dem Subjekt vorher nicht bekannt sein muss und welches es nicht explizit begründen kann, nach dem es sich aber zu richten hat. Diese „Verhaltensvorschrift“ kann sich mit der Zeit und den Erfahrungen, die man durch regelgeleitetes Handeln vermittelt bekommt, noch ändern.⁴⁵ Oevermann beschreibt die Annäherung an den Deutungsmusterbegriff in zwei Stufen: „Unter Deutungsmuster verstehe ich in erster Annäherung das ‚ensemble‘ von Wissensbeständen, Normen, Wertorientierungen, und Interpretationsmustern, das [...] einen epochenähnlichen Zeitabschnitt in der Entwicklung einer Gesellschaft [...] prägt.“⁴⁶ Soziale Normen und Wertorientierungen sind demnach auch Elemente des Deutungsmusters. In zweiter Annäherung besitzt dieses „ensemble“ eine Struktur, eine innere Logik besitzt, welche nach impliziten Konsistenzregeln rekonstruiert werden kann. Die Konsistenzregeln geben dann die Gesinnung der Epoche bzw. die historische Identität an und somit die Geltung, Akzeptabilität und Angemessenheit von Meinungen, Handlungen, Einstellungen, Erwartungen usw.⁴⁷ Die zweite Annäherung nach Oevermann, also die innere Logik bzw. Struktur der Deutungsmuster, soll in dieser Studie durch die offene Fragestellungen (mit narrativen Charakter) bei der Erhebung und durch hermeneutische Prinzipien bei der Auswertung ermittelt werden. Nach den Gesinnungen der Epoche, in welcher die Deutungsmuster entstanden sind, wird die Angemessenheit von Meinungen und Einstellungen begründet. Wenn es also eine dominante Deutung der Abgeordneten gibt, welche die politische Kultur der ostdeutschen Bevölkerung widerspiegeln könnte, wird sie sich in den Deutungsmustern zeigen.

Weiterhin handelt es sich beim Deutungsmusterkonzept um Werte, Interpretationen und Wissen, welche eine Epoche in der Gesellschaft prägen und somit die politische Kultur über die Zeit hinweg tragen können. Für Oevermann sind beispielsweise Habitusformationen ebenfalls tief liegende, automatisch ablaufende, dem Bewusstsein nicht zugängliche Handlungsabläufe, die das Verhalten und Handeln eines

⁴⁴ Oevermann, Ulrich (1973): Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern, Ders.: Die Struktur sozialer Deutungsmuster – Versuch einer Aktualisierung. In: Sozialer Sinn 1/2001, Band 2. S. 6

⁴⁵ Vgl. ebd.: S. 7- 8

⁴⁶ Ebd.: S. 9

⁴⁷ Vgl. ebd.: S. 9 - 10

Individuums prägen. Ähnlich wie Deutungsmuster dienen sie der Krisenlösung und erzeugen Urteile, ohne es dem Subjekt ausdrücklich begründbar zu machen. Sie unterscheiden sich strukturell kaum.⁴⁸ Deutungsmuster können aber eher bewusst gemacht werden und lassen sich leichter verändern. Außerdem sind Habitusformationen viel stärker mit der individuellen psychischen Entwicklung verknüpft. Deshalb variieren diese auch viel stärker beispielsweise innerhalb eines Milieus und fallen mit der Grenze eines Milieus oder dem Ende einer historischen Epoche zusammen.⁴⁹

Soziale Deutungsmuster können zum einen nach ihrer historisch-zeitlichen Geltung eingeteilt werden. Z.B. unterscheidet sich ein Deutungsmuster in den sechziger Jahren von einem heutigen. Zum anderen können diese im Hinblick auf die Kategorien von Menschen, die sie teilen, untergliedert werden. Bestimmte Menschengruppen haben auch ihre jeweiligen Deutungsmuster und ihre individuellen Einstellungen. Dabei gilt die Annahme, dass: "Je länger ein Deutungsmuster schon gilt und je mehr Gesellschaftsmitglieder es teilen, desto fragloser tritt es in Erscheinung".⁵⁰ Individuelle Einstellungen, Erwartungen oder Glaubensvorstellungen sind konkrete Teile eines Deutungsmusters, wobei diese Einstellungen vom Deutungsmuster bestimmt werden. Um auf ein Deutungsmuster schließen zu können, werden sie konkret untersucht. Sie lassen sich aber nicht eins zu eins von den Umweltbedingungen des Handlungssubjektes ableiten. Denn Personen, die sich in ähnlichen Umweltbedingungen befinden, müssen nicht zwangsweise gleiche Einstellungen ausbilden. Bei der Entwicklung individueller Einstellungen spielen immer intersubjektiv gültige Regeln der Deutung von Sachverhalten eine wichtige Rolle, welche zusätzlich beachtet werden müssen. Die soziologische Analyse erfasst Deutungsmuster weitgehend empirisch durch individuelle Einstellungen. Hier werden sie aber als Struktur der Deutungsmuster angesehen, welche dem Handlungs-subjekt objektiv als soziale Tatsache gegenübertreten. Diese soziale Tatsache wird zwar vorerst auch aus individuellen Einstellungen erschlossen, doch im Nachhinein erklären die sozialen Tatsachen diese Einstellungen.⁵¹

⁴⁸ Vgl. ebd.: S. 45 - 46

⁴⁹ Vgl. ebd.: S. 47

⁵⁰ Plaß, Christine / Schetsche, Michael (2001): Grundzüge einer wissenssoziologischen Theorie sozialer Deutungsmuster. In: Sozialer Sinn 3/2001, Band 2. S. 517

⁵¹ Vgl. Oevermann, Ulrich (1973): Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern. a.a.O.: S. 19 - 20

2.4 Begriffsdefinition Elite

Als Elite werden hier diejenigen Personen bezeichnet, die regelmäßig direkten Einfluss auf gesamtgesellschaftliche Entscheidungen ausüben und somit über gesellschaftliche Macht verfügen. Synonym wird auch von Führungsgruppen oder Funktionsträgern gesprochen. In der Elitenforschung wird oftmals von einer bipolaren Gesellschaftsstruktur ausgegangen, welche die zwei Pole Elite und Nicht-Elite (Masse) beinhaltet. Das Zusammenspiel von Eliten und Bevölkerungen wird hier jedoch als vielfach differenzierter angesehen.⁵² „Im Bereich der Führungsgruppen entspricht daher der gesellschaftlichen Sektorisierung (z.B. in Politik, öffentliche Verwaltung, Wirtschaft, Massenmedien) die Ausdifferenzierung in funktionale Sektor- oder Subeliten.“⁵³ Eine gebräuchliche Identifizierungsmethode ist der Positionsansatz. Dieser verfolgt die Annahme, dass Macht in pluralistisch verfassten Demokratien in der Regel an die Inhaberschaft einer Führungsposition geknüpft ist. Elitemitglieder werden demnach über ihre Führungspositionen in ihrem gesellschaftlichen Bereich bestimmt.⁵⁴ Elite wird in dieser Studie also im Sinne von Funktions- oder Positionseliten verstanden und nicht im Sinne von per Selbstdefinition einer Elite zugehörig fühlenden Gruppe, welche beispielsweise auf elitäre Schulen gehen und in „besseren“ Kreisen verkehren. Es geht um Personen in einer zeitlich begrenzten Position, verbunden mit Macht und Entscheidungsbefugnissen (z.B. Behörden, Ministerien, Parteien usw.).⁵⁵

Im Zusammenhang mit den Forschungsfragen dieser Studie wird Elite als regionale Elite definiert. Es handelt sich dabei um Personen in mittleren bzw. gehobenen Positionen der regionalen Politik, wie beispielsweise Bürgermeister oder Landtagsabgeordnete. Diese haben in ihrem Gebiet eine funktionelle Verantwortung, die mit einem hohen Status besetzt ist. Diese Personen besitzen eine gewisse Erfahrung, welche sie durch Engagement in verschiedenen Positionen seit längerer Zeit gesammelt haben. Sie besitzen weiterhin ein breites Netz persönlicher Beziehungen, das weit über die Region hinaus reicht. Auf diesen Grundlagen wird im dritten Kapitel noch einmal ausführlich auf die Forschungsfragen eingegangen.

⁵² Vgl. Kaina, Viktoria/ Sauer, Martina (1999): Ostdeutsche Eliten und gesamtdeutsche Führungsschicht im gesellschaftlichen Integrationsprozeß. Ergebnisse der „Potsdamer Elitestudie 1995“. In: Hübner, Peter (Hrsg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR. Köln u.a.: Böhlau Verlag. S.90

⁵³ Vgl. ebd.: S. 90

⁵⁴ Vgl. ebd.: S. 90-91

⁵⁵ Vgl. Vgl. Hinck, Gunnar (2007): Eliten in Ostdeutschland. a.a.O.: S. 12

3. Forschungsfragen

Ganz allgemein und umfassend könnte die Frage dieser Untersuchung folgendermaßen lauten: Gibt es Deutungsmuster bzw. daraus resultierende Vorgehensweisen der Politiker, welche den Erfolg der Partei mit erklären können? Gerade auf kommunaler und Landesebene spielen persönliche Kontakte und Sympathien der Wähler zu den Einstellungen der Politiker eine größere Rolle als auf höheren politischen Ebenen. Die Einstellungen, wie man Politik ausübt oder wie inhaltliche Fragen bewertet werden, haben Einfluss auf den Erfolg der entsprechenden Personen und somit auf die Partei, welche sie vertreten. Diese Einstellungen sollen in dieser Studie beschrieben und der Erfolg der Linkspartei zum Teil damit begründet werden. Zusätzlich wird auch überprüft, inwieweit die Partei mit ihren Vorstellungen das Denken der Abgeordneten prägt.

Aus dem theoretischen Teil dieser Arbeit und den bisherigen Erkenntnissen geht hervor, dass der Erfolg der Linkspartei erklärungsbedürftig ist und dass es sowohl parteistrukturelle Merkmale gibt, die als Erklärung dienen können, als auch Deutungskulturen, welche von „der Partei“ vertreten werden. In dieser Arbeit wird die Annahme zu Grunde gelegt, dass nicht allein das Gefüge der Partei mit seinem Grundsatzprogramm diese Deutungskultur prägt, sondern gerade auf der Kommunal- und Landesebene die Deutungsmuster der einzelnen erfolgreichen Politiker entscheidend sind. Um den Erfolg der Linkspartei ermitteln zu können, wird auch geschaut, inwieweit diese Deutungsmuster sich von denen erfolgreicher CDU-Politiker unterscheiden. Es wird sozusagen die fragwürdige Annahme überprüft, ob die Einstellungen und Deutungsmuster der befragten Politiker Rückschlüsse auf den Erfolg der Partei geben und wie sie dies tun. Dazu werden beispielsweise Thesen und Ergebnisse aus den oben beschriebenen Studien mit den Ergebnissen dieser Untersuchung verglichen.

Explizit ergeben sich daraus die Fragen: Haben die Einstellungen der einzelnen befragten Politiker einen Einfluss auf die endgültigen Wahlergebnisse (den Erfolg) und wie groß ist dieser? Ist das Wahlverhalten der Wähler auf die Personen in der Partei zurückzuführen? Geht es auf Kommunal- und Landesebene mehr um die Menschen als um die Partei? Wie sind die Deutungsmuster der befragten Abgeordneten und wie grenzen sich die der Linkspartei zu denen der CDU ab? Gibt es spezielle

Deutungsmuster, welche sich in den Wählerhochburgen ausformen und somit allgemein gültig für diese sind?

Im Detail ergeben sich dazu unter anderem die Fragen des Leitfadens, wie man in die aktuelle Position gekommen ist, welche Hauptprobleme man politisch sieht, wie die Netzwerke sind, wie die politische Betätigung in der DDR war und wie die Parteistrukturen eingeschätzt werden. Aussagen über Netzwerke, den Einfluss westdeutscher Politiker oder zum Anteil bestimmter Berufsgruppen innerhalb der Partei können Rückschlüsse auf die gesuchten Fragen geben. Eine genaue Erläuterung der Konstruktion des Untersuchungsinstrumentes befindet sich im Kapitel 4.2.2.

Als Grundlage zur Beantwortung dieser Fragen ist zuerst eine Typologie auf Basis der Äußerungen und Einstellungen der regionalen Elite zu erstellen. Die entwickelten Typen sollen Aufschluss über die Deutungskultur in den Hochburgen und Parteien geben sowie zur Beantwortung der eben gestellten Fragen beitragen. Die Fragestellungen können durch ein Experteninterview gut abgedeckt werden. So lassen sich die Deutungsmuster der einzelnen Experten explorieren. Dabei stehen die Befragten als Repräsentanten ihrer Zunft und für andere Kommunalpolitiker in Thüringen. Desweiteren lassen sich durch die Befragung von Experten auch allgemeine Fachinformationen über bedeutende Fragestellungen erfassen.

Durch wenige ausgewählte Fragen, welche sich aus den bisherigen Befunden im theoretischen Teil ergeben haben und im Leitfaden wiederfinden lassen (siehe Anhang 1), wird auf die Deutungsmuster der Befragten zu bestimmten Themengebieten Bezug genommen. Die Fragen sind dabei offen, so dass keine klaren inhaltlichen Antworten vorgegeben. Das Gesagte, was dem Experten selbst zum Thema als wichtig erscheint, kann so explorativ ermittelt werden kann.

Diese Untersuchung zielt somit darauf ab, Einstellungen und Deutungen der regionalen Elite herauszuarbeiten und darüber eine Typologie von Politikern und eine Typologie ihrer Handlungsmuster zu erstellen. Mittels dieser Typologie kann der Erfolg der linken Politiker ein Stück weit beschrieben werden.

Im nächsten Kapitel werden ausführlich das Design und das Untersuchungsinstrument zur Datenerhebung dieser Studie als auch die Methode zur Auswertung und Beantwortung der Forschungsfragen vorgestellt.

4. Design, Methode und Untersuchungsinstrument

Bevor die konkreten Instrumente und Methoden vorgestellt werden, wird im folgenden Abschnitt auf Gütekriterien der qualitativen Forschung und deren Einhaltung in dieser Studie eingegangen.

4.1 Gütekriterien qualitativer Forschung

Es gibt Maßstäbe, mit denen die Qualität der Forschung gemessen werden kann. Während in der quantitativen Forschung Gütekriterien standardisiert gebraucht werden, variieren die Vorstellungen von den Gütekriterien in der qualitativen Forschung sehr stark nach ihrem inhaltlichen Gehalt. Sie werden meist in Abhängigkeit vom Gegenstand, der Fragestellung und der Methode entwickelt. Die **Validität** wird in dieser Studie aufgrund des explorativen Faktors durch die Generalisierung (externe Validität) und durch die Nähe zum sozialen Feld gewährleistet, da die Texte aus den transkribierten Interviews als Grundlage dienen und Kategorien an diesen Texten gebildet wurden.⁵⁶ Die **Objektivität** (Plausibilität, Glaubwürdigkeit) ergibt sich nach Lamnek bereits durch die stetige Überprüfung der vorläufigen Ergebnisse. Dieser Punkt ist der qualitativen Forschung inhärent und muss nicht durch einen extra Schritt wiederholt werden. Es geht nicht um exakte Vergleichbarkeit, sondern um eine fallgerechte Beschreibung und dass die Kategorien und Hypothesen einer ständigen Überprüfung an der sozialen Wirklichkeit (am empirischen Datenmaterial) unterzogen werden. Die Vergleichende Analyse in dieser Studie garantiert somit die Objektivität.⁵⁷ Die **Repräsentativität** qualitativer Studien ergibt sich aus der Generalisierbarkeit und der Fallkontrastierung, welche im Folgenden noch ausführlicher erläutert werden.⁵⁸

Die vier wichtigsten Gütekriterien der qualitativen Sozialforschung lassen sich jedoch unter die Begriffe Offenheit, Regelgeleitetheit, intersubjektive Nachvollziehbarkeit und Generalisierung fassen.

Die **Offenheit** bedeutet, dass qualitative Forschung nicht streng an Hypothesen festhalten darf. Wenn im Forschungsprozess neue Aspekte des Gegenstandes sichtbar werden, müssen diese berücksichtigt werden. Dafür sind während des

⁵⁶ Lamnek, Siegfried (2005): Qualitative Sozialforschung, 4. Auflage. Weinheim, Basel : Beltz Verlag. S. 150

⁵⁷ Ebd.: S. 178

⁵⁸ Ebd.: S. 184-185

gesamten Forschungsprozesses die theoretischen Strukturierungen zu erweitern, zu modifizieren oder auch zu revidieren. Dies ist, wie sich nachfolgend in dem Abschnitt zur Datenauswertung zeigen wird, durch das Vorgehen beim Codieren und der Hypothesenbildung klar gegeben. Trotzdem müssen theoretische Vorstrukturierungen und Hypothesen weiterhin Bestandteil qualitativer Forschung sein (empirische Verankerung), denn sie fassen das gesamte bisherige Wissen über den Untersuchungsgegenstand zusammen und strukturieren dieses. An die theoretischen Vorannahmen muss in jedem Fall angeknüpft werden. Dieser Punkt ergibt sich durch die Orientierung am Leitfaden in der Auswertung.⁵⁹

Ein weiterer wichtiger Punkt ist die sogenannte **Regelgeleitetheit**. Die Qualität der Interpretationen wird durch das schrittweise, sequentielle Vorgehen abgesichert. Die Analyseschritte werden vorher festgelegt, das Material in sinnvolle Einheiten unterteilt und systematisch vorgegangen.⁶⁰ Die Auswertung der Experteninterviews dieser Studie beruht auf der Grundlage dreier standardisierter Vorgehensweisen, welche an das vorliegende Material angepasst werden. Dabei trägt die Auswertung mit Hilfe der Software MaxQDA als auch die ausführliche Beschreibung der einzelnen Schritte zur Regelgeleitetheit bei.

Desweiteren muss das Vorgehen des Forschers so präsentiert werden, dass es stets **intersubjektiv nachvollziehbar** ist. Der Forscher sollte für Leser und andere Forscher den Forschungsprozess Schritt für Schritt dokumentieren und so die Möglichkeit geben, hervorgegangene Ergebnisse nachzuvollziehen. Das Verfahren wird in dieser Studie von der Datenerhebung bis zur Auswertung Schritt für Schritt dokumentiert, um die intersubjektive Nachvollziehbarkeit zu gewährleisten.⁶¹

Die **Generalisierung (Externe Validität)** bzw. Verallgemeinerung dient dazu, die Grenzen des Geltungsbereiches einer im Forschungsprozess entwickelten Theorie zu prüfen. Bei der qualitativen Forschung geht es um das Typische und im Unterschied zur quantitativen Forschung soll das Allgemeine im Besonderen gefunden werden.⁶² Die Generalisierung wird in dieser Studie durch die Typenbildung und den Versuch der Beantwortung der Forschungsfragen mittels Hypothesen gewährleistet.

Im nächsten Abschnitt werden die ausführlichen Schritte der Datenerhebung beschrieben.

⁵⁹ Ebd.: S. 27-28

⁶⁰ Mayring, Philipp (1990): Einführung in die qualitative Sozialforschung : eine Anleitung zu qualitativem Denken. München : Psychologie Verlags Union. S. 140-146

⁶¹ Lamnek, Siegfried (2005): Qualitative Sozialforschung, a.a.O. S. 146-147

⁶² Ebd.: S. 12

4.2 Datenerhebung

4.2.1 Experteninterview – Methode der Datenerhebung

Schon Michael Thomas Greven fragt sich in seinem empirischen Essay über Parteimitglieder, was die Position einer Partei bestimmt. In der allgemeinen Auffassung wird den Parteien oft ein Subjekt-Status zugeordnet, so als wäre die Meinung bzw. die Auffassung der Partei bekannt. Um ein Profil einer Partei erstellen zu können, muss jedoch auch das Bewusstsein der Parteimitglieder erfasst werden.⁶³

„Das Bewußtsein der Parteimitglieder, die regelmäßig vernachlässigte subjektive Seite der Partei, ist [...] für ihre Identität kein irrelevanter Faktor, sondern selbst von objektiver Bedeutung.“⁶⁴ Durch die Befragung mit Hilfe eines Experteninterviews können nicht nur objektive Strukturmerkmale erfragt, sondern dieses subjektive Bewusstsein (Deutungsmuster; Einstellungsmerkmale) ermittelt werden.

“One of the most important functions of an elite interview is to try to assist the political scientist in understanding the theoretical position/s of the interviewee; his/her perceptions, belief and ideologies. Such information can rarely be gleaned from examining books, documents or records. By their very nature, elite interviews provide a subjective account of an event or issue.”⁶⁵

Die Gegenstände des Experteninterviews sind Wissensbestände im Sinne von Erfahrungsregeln, die das Funktionieren sozialer Systeme bestimmen.⁶⁶ Das Experteninterview ermöglicht besonders in der Explorationsphase eine konkurrenzlose dichte Datengewinnung gegenüber anderen aufwendigeren systematischen Untersuchungen, Feldstudien oder teilnehmenden Beobachtungen. Weiterhin kann es als Abkürzung aufwendiger Beobachtungsprozesse dienen, wenn man den Experten als Kristallisationspunkt praktischen Insiderwissens sieht und somit stellvertretend für eine Vielzahl an zu befragenden Akteuren.⁶⁷ Aus diesen Gründen bietet sich das Experteninterview als Methode an, da gerade die befragten Personen in den

⁶³ Vgl. Greven, Michael Thomas (1987): Parteimitglieder. Ein empirischer Essay über das Alltagsbewußtsein in Parteien. Opladen : Leske + Budrich. S. 53-54

⁶⁴ Ebd.: S.54

⁶⁵ Richards, David (1996). Elite interviewing: Approaches and pitfalls. In: Politics 9/1996, 16(3), S. 199-200

⁶⁶ Vgl.: Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (2002). ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Bogner, Alexander / Littig, Beate / Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Opladen: Leske + Budrich. S. 91

⁶⁷ Vgl.: Bogner, Alexander/ Menz, Wolfgang (2005): Expertenwissen und Forschungspraxis: die modernisierungstheoretische und die methodische Debatte um die Experten. Zur Einführung in ein unübersichtliches Problemfeld. In: Bogner, Alexander/ Littig, Beate/ Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 7

Wahlhochburgen repräsentativ für die Strukturmerkmale und Ansichten der jeweiligen Partei in der Region stehen sollen. Durch den Vergleich der Experten soll das Überindividuell-Gemeinsame, Aussagen über Repräsentatives und gemeinsam geteilte Wissensbestände, Relevanzstrukturen, Wirklichkeitskonstruktionen, Interpretationen und Deutungsmuster herausgearbeitet werden.⁶⁸ Die vergleichende Analyse der verschiedenen Interviews soll außerdem Netzwerke und Entscheidungsprozesse möglichst objektiv rekonstruieren.

„Methodologisch betrachtet sind Experten (und somit auch Eliten) aufgrund ihres spezifischen Deutungs- und Handlungswissens für die sozial- und politikwissenschaftlich orientierte Forschung bedeutsam. Konsequenterweise sind dann Interviews mit Eliten, die auf die Generierung expliziten wie impliziten, professionellen oder berufsbezogenen Wissens abzielen, als Experteninterviews anzusehen.“⁶⁹

Der Expertenstatus ist dabei immer nur ein zugeschriebener. Wichtig, um jemand als Experte sehen zu können, ist der privilegierte Zugang der Person zu Wissen über bestimmte Personengruppen und Entscheidungsprozesse sowie die Verantwortung dafür. Der Experte besitzt Prozess- und Deutungswissen über sein spezifisches professionelles bzw. berufliches Handlungsfeld. Das Expertenwissen weist neben Fach- und Sonderwissen auch Praxis- und Handlungswissen sowie Handlungsmaxime, individuelle Entscheidungsregeln, kollektive Orientierungen und soziale Deutungsmuster auf. Entscheidend ist weiterhin, dass sein Wissen die Chance hat, in der Praxis wirksam zu werden und die Handlungsbedingungen anderer Akteure in seinem Aktionsfeld in relevanter Weise mit- bzw. umzustrukturieren. Das Ziel muss es sein, diese Wissensinhalte zu explizieren.⁷⁰ Für Meuser und Nagel sind diejenigen Personen Experten, welche selbst Teil des betrachteten Handlungsfeldes sind. Der Expertenstatus wird somit in gewisser Weise vom Forscher selbst verliehen, in Begrenzung auf die spezifische Fragestellung.⁷¹

⁶⁸ Vgl.: Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (1991). ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Garz, Detlef/ Kraimer, Klaus (Hrsg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung: Konzepte, Methoden, Analysen. Opladen :Westdeutscher Verlag. S.441-471. S.448. S. 452

⁶⁹ Littig, Beate (2008). Interviews mit Eliten – Interviews mit ExpertInnen: Gibt es Unterschiede? In: Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, 9(3), Art. 16. Berlin: Freie Universität Berlin. URL: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1000/2184> (Zugriff am: 07.12.09). S.1

⁷⁰ Vgl. ebd.: S. 3-5

⁷¹ Vgl.: Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (2002). ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. a.a.O. S. 73-76

4.2.2 Leitfaden – Instrument zur Datenerhebung

Für ein Experteninterview eignet sich hervorragend ein Leitfaden. Experteninterviews können als quasi-standardisiert und quantitativ auswertbare Sonderform der Befragung betrachtet werden. Diese sind charakteristischerweise an einen Leitfaden gebunden. Dennoch findet im Vergleich zum standardisierten Interview eine flexiblere Interviewführung statt. Die Interaktionsbeziehung wird zum Gegenstand systematischer Reflexion. So muss der Interviewer neben der Sammlung von Informationen zur fortschreitenden Konstruktion des Leitfadens auch die Gesprächssituation aktiv gestalten und die Interaktionssituation reflektieren.⁷²

Aufgrund des flexibel zu handhabenden Leitfadens beschreibt Beate Littig im Vergleich dazu, dass ein Eliteinterview offen und nicht standardisiert ist, um dem Befragten möglichst breiten Raum zur Entfaltung der eigenen Sichtweisen zu lassen.⁷³ Eine leitfadenorientierte Gesprächsführung decke ihrer Meinung nach zwei wichtige Pole ab. Es werde nur auf das thematisch begrenzte Interesse des Forschers an dem Experten eingegangen und der Expertenstatus des Befragten überwiege nicht, da man sich bei der Erstellung des Leitfadens bereits ausführlich mit dem Thema beschäftigt habe. In dieser Studie gibt es im Leitfaden zu jeder Frage mehrere Hypothesen, in Bezug auf die vermuteten Antworten der Experten. Daraus können vorab eventuelle Folgefragen konstruiert werden (siehe Anhang 1 – Interviewleitfaden). Diese Vertrautheit mit den Themen durch die Vorbereitung führt zu einer lockeren unbürokratischen Führung des Interviews und somit zur Offenheit des Interviewverlaufes. Der Leitfaden gibt dabei nicht zwingend die Reihenfolge bzw. den Ablauf vor.⁷⁴ Meuser und Nagel meinen, da es gerade bei der Ermittlung von handlungsleitenden Regeln um ungeschriebene Gesetze des Expertenhandelns, also dem „tacit knowing“ geht, gibt es zu den offenen Experteninterviews keine Alternative.⁷⁵

Der Leitfaden dieser Studie beginnt mit der narrativen Fragestellung: Wie ist die Person in die aktuelle Position gekommen? Diese offene Fragestellung soll eine Rahmung für das Interview und einen Einstieg ermöglichen. Durch eine allgemeine Frage bringt man den Experten zum Erzählen und baut die anfängliche Anonymität

⁷² Vgl.: Bogner, Alexander/ Menz, Wolfgang (2005): Expertenwissen und Forschungspraxis. a.a.O. S. 17

⁷³ Vgl.: Littig, Beate (2008). Interviews mit Eliten – Interviews mit ExpertInnen. a.a.O. S. 9

⁷⁴ Vgl.: Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (1991). ExpertInneninterviews. a.a.O.: S. 448

⁷⁵ Vgl.: Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (2002). ExpertInneninterviews. a.a.O.: S. 78

ab, bevor man zu „intimeren“ Themen kommt. Außerdem ist die Einstiegsfrage dieser Untersuchung ein hervorragendes Instrument, um die Intensionen und Voraussetzungen für die erfolgreiche Laufbahn der Befragten zu erfahren. Dadurch kann auf Bedingungen, Grundzüge und Handlungsstrategien der Befragten zurückgeschlossen werden.

Der anschließende Teil des Leitfadens ist in drei Themenbereiche gegliedert: a) Problembewusstsein, b) Netzwerke und Parteistrukturen sowie c) Herkunft/Wege der Abgeordneten. Bei dem Problembewusstsein werden die Experten nach dem wichtigsten politischen Problem und somit den Hauptaufgaben gefragt. Der Teil b) enthält Fragen zu den Verbindungen der Befragten mit anderen Parteien und Organisationen sowie eigenen Parteimitgliedern als auch eine Frage zum parteilichen Führungsbewusstsein. Im Teil c) wird nach westdeutschen Einflüssen und Berufsstrukturen in der Partei gefragt. Dieser Teil schließt inhaltlich an die Einstiegsfrage an, da die Befragten über politische Aktivitäten in der DDR bzw. vor der Wende berichten sollen. Dieses Untersuchungsinstrument baut somit auf Fragen zum Werdegang, dem Problembewusstsein sowie den parteilichen Verankerungen und Netzwerken auf. Es bildet die Grundlage, um Typen von Politikern beschreiben und daraus explorativ Hypothesen entwickeln zu können. Der Leitfaden endet mit allgemeinen demografischen Fragen und einer Abschlussdiskussion, in dem der Experte Fragen an den Interviewer stellen kann. Der komplette Leitfaden befindet sich mit den ausführlichen Fragen und hypothetischen Antworten im Anhang (Anhang 1 – Interviewleitfaden).

Aus forschungspragmatischen Gründen kann nur ein kleiner Ausschnitt an Fragestellungen und nur kleiner Teil an Politikern (n=6) untersucht werden. Die Interviews werden durch ein schriftliches Protokoll und mit Hilfe eines Tonbandgerätes festgehalten und anschließend transkribiert.

4.2.3 Stichprobenbeschreibung

Die Interviews haben in einem Zeitraum vom 17.02.2010 bis 16.03.2010 stattgefunden. Die Dauer für ein Interview belief sich im Durchschnitt auf ca. 84 Minuten. Das Kürzeste dauerte etwa 33 Minuten und das längste Interview 117 Minuten. Dabei wurden die Experten in ihren Wahlkreisbüros, im Thüringer Landesamt, in der jeweiligen Stadtverwaltung oder zu Hause befragt. Die Auswahl der Experten

richtete sich zum einen nach der Repräsentativität und zum anderen nach einer größtmöglichen Fallkontrastierung.

Repräsentativität: Durch die Analyse der letzten Bürgermeister- und Landtagswahlen 2009 ergaben sich aufgrund der Wahlergebnisse sogenannte Wahlhochburgen der Parteien, in denen Die Linke bzw. die CDU mit einem gewissen Vorsprung die meisten Stimmen erhielten. Der Name der befragten Personen und der Wahlkreis wird aufgrund der Anonymität hier nicht mit angegeben.

Partei	Position	Prozent (im Jahr 2009) ⁷⁶
CDU	MdL	45,2
CDU	Bgm.	97,9 (im Jahr 2010)
Die Linke	MdL	39,4
Die Linke	Bgm.	Dieser Befragte ist Beigeordneter Bürgermeister und wird durch den Stadtrat gewählt. Die Linke bekam 31,1 Prozent bei der Stadtratswahl 2009.
Die Linke	MdL	35,1
Die Linke	Bgm.	59,1

Abbildung 1: Stichprobenbeschreibung – Partei, Position und Wahlergebnisse

Fallkontrastierung: Da die Stichprobe sehr klein ist und eine Zufallsstichprobe meist zu Verzerrungen führt, ist das Verfahren einer bewussten kriteriengesteuerten Fallauswahl und Fallkontrastierung eingesetzt worden.⁷⁷ Bei der Erstellung des qualitativen Stichprobenplans spielten folgende zwei Merkmale (Ausprägungen) eine entscheidende Rolle: die Position der Befragten bzw. die Ebene der Entscheidungen (Beigeordneter Bürgermeister, Bürgermeister, Landtagsabgeordneter) und die Parteizugehörigkeit (Die Linke, CDU). Im Nachhinein müsste zur Unterstützung bestimmter Thesen und der weiteren Untersuchung die Palette der Kontraste erweitert werden. Beispielsweise könnten zugereiste Politiker aus Westdeutschland, Parteiwechsler (z.B. CDU-Mitglieder, die früher in SED waren) oder weniger

⁷⁶ Vgl.: Thüringer Landesamt für Statistik (2010): Kommunalwahlen in Thüringen – Wahlergebnisse. URL:

http://www.wahlen.thueringen.de/wahlseite.asp?aktiv=KW01&startbei=kommunalwahlen/KW_wahlergebnisse.asp (Zugriff am: 20.05.2010)

⁷⁷ Vgl.: Kelle, Udo/ Kluge, Susann (2010): Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung. 2., überarbeitete Auflage. Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 42-43

erfolgreiche Politiker untersucht werden. Außerdem wäre die Befragung von CDU-Mitgliedern in Linken-Wahlhochburgen und Abgeordnete der Linken in CDU-Wahlhochburgen sehr sinnvoll, um zu sehen, weshalb die Personen dort nicht so erfolgreich sind.

4.3 Auswertung

Bereits Anselm Strauss betont, dass es wichtig ist, die Methode an die konkrete Fragestellung anzupassen.⁷⁸ Die Auswertung dieser Studie beruht auf den Grundlagen der Auswertung nach Meuser und Nagel⁷⁹, verknüpft mit dem Vorgehen zur „Typologischen Analyse und Typenbildung“ nach Kuckartz (qualitative computergestützte Datenanalyse mittels MaxQDA). Das methodische Vorgehen zur Typenbildung wird durch die Regeln zur Fallkontrastierung, dem Fallvergleich und der empirisch begründeten Typenbildung von Kelle und Kluge⁸⁰ bereichert. Auf den folgenden Seiten wird das Vorgehen ausführlich erläutert.

Im Folgenden wird häufig die Rede von Kategorien und Typen sein. Aus diesem Grund wird an dieser Stelle eine kurze Definition des Begriffs Kategorie gegeben. Als Kategorie ist jeder Begriff zu sehen, der zur Klassifizierung von beliebigen Objekten dienen kann bzw. zur Kennzeichnung und Unterscheidung von Phänomenen jeglicher Art (Personen, Vorgängen, Ereignissen usw.). Dadurch können Daten erschlossen, beschrieben und erklärt werden. Auch ein Typus kann somit als Kategorie bezeichnet werden. Diese Art von Kategorie ergibt sich aus den anfänglichen Kategorien, indem diese weiterentwickelt, überarbeitet, zu Subkategorien ausdifferenziert, in Beziehung zu einander gesetzt, in ein bergreifendes Schema integriert oder einfach verworfen werden.⁸¹

4.3.1 Auswertung von Experteninterviews

Als Grundlage für die Auswertung von Experteninterviews dient seit langer Zeit das Vorgehen nach Meuser und Nagel, welches sich in folgende Schritte einteilen lässt.

0. (Transkription)
1. Paraphrase: Reduktion von Komplexität
2. Überschriften/Kodierung

⁷⁸ Vgl. Kuckartz, Udo (2007): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 77

⁷⁹ Vgl.: Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (1991). ExpertInneninterviews. a.a.O.: S. 97-107

⁸⁰ Vgl.: Kelle, Udo/ Kluge, Susann (2010): Vom Einzelfall zum Typus. a.a.O. S. 108-112

⁸¹ Vgl.: Ebd.: S. 60-61

3. Thematischer Vergleich
4. Soziologische Konzeptualisierung
5. Theoretische Generalisierung

Die Transkription wird bei Meuser und Nagel nicht als eigentlicher Schritt aufgeführt, da die Verschriftlichung der gesprochenen Interviews notwendige Grundlage ist. Dennoch ist es ein wichtiger Analyseschritt, bei dem bereits definiert wird, wie tief die Analyse gehen soll.

Bei der Auswertung nach Meuser und Nagel steigt der Abstraktionsgrad nach jeder Phase und es findet eine zunehmende Loslösung vom Einzelfall statt. Die transkribierten Interviews werden zunächst bezüglich der Forschungsfrage und der einzelnen Fragekomplexe in Paraphrasen zusammengefasst. Anschließend wird das Material weiter verdichtet und die Paraphrasen mit Überschriften bzw. Codes versehen. Erst nach diesem Schritt ist ein thematischer Vergleich zwischen den Interviews möglich. Mit dem Vorgehen des thematischen Vergleichs können Gemeinsamkeiten und Unterschiede zwischen den Experten festgestellt und diese mittels typischer Äußerungen dokumentiert werden. Die Auswertung orientiert sich dabei an inhaltlich und thematisch zusammengehörigen Einheiten (den konkreten Fragen), welche sich in über die Texte verstreute Passagen wiederfinden lassen. Die Äußerungen werden demnach im Funktionskontext der Experten beurteilt und nicht in Bezug darauf, an welcher Stelle des Interviews sich geäußert wurde. Der institutionell-organisatorische Kontext der Experten und die leitfadenorientierte Interviewführung leistet die Vergleichbarkeit der Interviews. Die Perspektive wird dabei auf das Kontextwissen der Experten gelegt. Meuser und Nagel legen die Annahme zu Grunde, dass ein wechselseitiges Beziehungsmuster im System der Befragten vorhanden ist, dessen Bestimmung (empirische Beobachtung) in Beobachtungskategorien erfolgt. Diese Beobachtungsdimensionen stellen die Schwerpunkte des Leitfadens dar und stehen bei der Auswertung im Zentrum der Aufmerksamkeit.⁸²

Zwar ist jeder Interviewtext das Protokoll einer besonderen Interaktion und Kommunikation und einmalig in Inhalt und Form. Dennoch geht es bei dieser Analyse darum, beim Vergleich mit anderen Experten das Überindividuell-Gemeinsame herauszuarbeiten, Aussagen über Repräsentatives, Relevanzstrukturen, gemeinsam geteilte Interpretationen und Deutungsmuster zu treffen. Dass was der

⁸² Vgl.: Vgl.: Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (1991). ExpertInneninterviews. a.a.O.: S. 452-454

Experte vertritt, Gemeinsamkeiten und Unterschiede mit anderen Experten, wird durch typische Äußerungen dokumentiert. Die Erforschung des Wissens wird von den theoretisch-analytischen Kategorien angeleitet, welche auf theoretischen Erklärungsansätzen für die Handlungssysteme beruhen. Forschungsfragen werden mit Bezug auf diesen theoretischen Rahmen formuliert. Thematische Schwerpunkte des Leitfadens stellen somit die Vorformulierungen der theorierelevanten Kategorien dar, welche in die Auswertung aufgenommen werden. Diese wechselseitige Prüfung von Textinterpretationen und theoretischem Wissensbestand hat somit hypothesenprüfenden Charakter.⁸³

4.3.2 Transkripton (-sregeln)

Bevor ein Interview jedoch als schriftliches Material verwendet und ausgewertet werden kann, muss es transkribiert werden. Dazu wurde die kostenfreie Transkriptionssoftware „f4“ für Audio- und Videoaufnahmen benutzt.⁸⁴ Die Transkription wurde nach explizit festgelegten Regeln vorgenommen. Für das bessere Verständnis der angeführten Zitate im Ergebnisteil wurden diese Regeln nachfolgend aufgeführt. Da es bisher keine allgemein akzeptierten Regeln für die Transkription von Interviews gibt, wurden für diese Studie Regeln anhand verschiedener Literatur zusammengestellt, dokumentiert und konsistent angewendet.

1. Es wird wörtlich (nicht lautsprachlich oder zusammenfassend) transkribiert.
2. Im Normalfall wird nach dem Standard der aktuellen Rechtschreibung transkribiert und keine literarische Umschrift verwendet.
3. Nichtverbale Äußerungen (z.B. Lachen, Räuspern, Stottern, Seufzen, usw.) und Besonderheiten (z.B. zögernd, gedehnt, leise Sprechen usw.) werden mit transkribiert. Diese werden ebenso wie allgemeine Hinweise in geschweiften Klammern vermerkt (z.B.: {Stöhnen}).
4. Der Interviewer wird durch ein „I“ und der Befragte durch ein „B“ gefolgt von einer laufenden Nummer gekennzeichnet (z.B. „B4:“).
5. Unverständliche Wörter, Sätze oder Sprechsequenzen werden durch runde Klammern gekennzeichnet (z.B. „()“ – wenn man das Gesagte nicht versteht, „(Text)“ – falls man eine Vermutung hat, was gesagt worden sein könnte,

⁸³ Vgl.: Vgl.: Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (2001). ExpertInneninterviews. a.a.O.: S. 80-82

⁸⁴ Dresing, Thorsten (2009): f4 - die kostenfreie Transkriptionssoftware für Audio- und Videoaufnahmen. URL: <http://www.audiotranskription.de/f4.htm> (Zugriff am: 04.05.10)

„(Text1/Text2)“ – wenn man zwei alternative Vermutungen hat, was gesagt worden sein könnte).

6. Pausen werden durch drei Punkte („...“) gekennzeichnet.
7. Besonders betonte Begriffe werden durch Unterstreichungen gekennzeichnet.
8. Wenn jemand dem Anderen ins Wort fällt, wird dies mit „/“ gekennzeichnet und das Gesagte nach einem Absatz ebenfalls eingefügt. Bei mehrfacher Unterbrechung innerhalb einer Sprechersequenz, werden die Unterbrechungen im Text durchnummeriert (z.B.: „//1“).
9. Trennstriche („-“) zeigen an, dass der Sprecher sich selbst unterbrochen hat (Stocken, Stottern). Z.B. „B1: In der – also, äh – dem Parteitag war das anders. D-Da {stotternd} lief das folgendermaßen ab“.
10. Füllwörter wie „öh, äh, ähm“ werden mit „äh“ transkribiert.
11. Sprecherwechsel werden durch ein zweimaliges Drücken der Enter-Taste deutlich gemacht (Erhöhung der Lesbarkeit).
12. Die Zitate werden anonymisiert.⁸⁵

Namen → Decknamen, Interviewte stets mit Kürzel B1...B6

Ortsnamen → Dorf, Stadt, Kreis

regional eindeutige Lokalitäten → nach ihrer Art bezeichnet (z.B. Schule).⁸⁶

Anhand der transkribierten Interviewtexte konnten die einzelnen Analyseschritte vollzogen werden. Die folgenden Analyseschritte und die Einordnung dieser im Vorgehen von Meuser und Nagel werden im nächsten Kapitel beschrieben.

4.3.3 Typenbildung und typologische Analyse

Schon Max Weber hat die Konstruktion von verständlichen Handlungstypen zum zentralen Ziel empirischer Sozialwissenschaft erklärt. Ein Typ beschreibt die Kombination spezifischer Merkmale. Dabei ist zwischen den Ebenen Typologie und Typ zu unterscheiden. Der einzelne Typ ist das Grundelement einer Typologie. Die Typologie selber ist mehr als die Summe von Typen zu verstehen. Sie strukturiert zusätzlich einen Gegenstandsbereich. Das Modell der typologischen Analyse knüpft

⁸⁵ Vgl.: Gläser, Jochen/ Laudel, Grit (2009): Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 188-189 **und** Kuckartz, Udo/ Dresing, Thorsten/ Rädiker, Stefan/ Stefer, Claus (2008): Qualitative Evaluation. Der Einstieg in die Praxis. 2., aktualisierte Auflage. Wiesbaden: Verlag für Sozialwissenschaften. S. 27-28 **und** Seidel, T., Kobarg, M., & Rimmel, R. (2003). Aufbereitung der Videodaten. In: T. Seidel, M. Prenzel, R. Duit & M. Lehrke (Hrsg.), Technischer Bericht zur Videostudie "Lehr-Lern-Prozesse im Physikunterricht" (S. 77-98). Kiel: IPN. S. 87-91

⁸⁶ Kuckartz, Udo (2007): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. a.a.O. S. 46

an den Begriff „Merkmalsraum“ und die „Webersche Methodologie“ an. Dieses Verfahren ist von Kuckartz von Anfang an als computergestütztes Verfahren mit QDA-Software entwickelt worden, wodurch eine transparente, methodisch kontrollierte und intersubjektiv nachvollziehbare Typenbildung vorgenommen werden kann.⁸⁷ Aus diesem Grund wurde bei dieser Studie mit der Software MaxQDA2 (Vorgänger: WinMAX) gearbeitet. Bei der Auswertung wurde strikt nach den nachfolgenden Regeln vorgegangen und die Software als Hilfsmittel zur Codierung und Auswertung genutzt.

Die typologische Analyse bei Kuckartz besteht aus vier aufeinanderfolgenden Hauptphasen:

Phase A) Thematische Codierung (das „Was“ codieren) und Themenanalyse

Phase B) Dimensionalisierung und Feincodierung (das „Wie“ codieren)

Phase C) Typenbildung und Charakterisierung der Typologie

Phase D) Typenbasierte Fallanalyse⁸⁸

Phase A) Entwicklung von Auswertungskategorien, Thematisches Codieren und Themenanalyse

Die einzelnen Aussagen zu den entsprechenden Fragen werden bei Kuckartz mittels der Thematischen Codierung paraphrasiert und anschließend mit Überschriften (Codes) versehen. So lässt sich genau ermitteln, welche Themen von den Befragten angesprochen wurden. Der offenen Einstiegsfrage (Wie ist man in die aktuelle Position gekommen?) ist es geschuldet, dass diese im Vergleich zu den anderen Fragen nicht thematisch, sondern offen codiert werden musste. Die Einstiegsfrage dient aufgrund ihrer Form und Funktion im besonderen Maße dazu, gezielt die Intensionen der Befragten zu erhalten, welche im Allgemeinen und nicht gesondert auf ein Themengebiet geäußert wurden. Dadurch soll die Rahmung des Interviews erfolgen. Aus diesem Grund war die gesonderte Codierung mit dem Verfahren der Offenen Codierung für diese Frage notwendig.

Exkurs: Offenes Codieren

Um die Relevanzstrukturen herausarbeiten zu können, wurde die Einstiegsfrage auf der Grundlage der offenen Codierung der Grounded Theory codiert. Bei diesem Vorgehen wird zuerst der gesamte Interviewtext zur Einstiegsfrage gelesen. Das offene Codieren enthält dabei gezielte Fragen an das Material:

⁸⁷ Vgl. ebd.: S. 97-99

⁸⁸ Vgl. ebd.: S. 99

Was? → Worum geht es im Text? Welche Phänomene werden angesprochen?

Wer? → Welche Personen sind beteiligt, welche Rollen, wie wird interagiert?

Wie? → Welche Aspekte des Phänomens werden (nicht) angesprochen?

Wann? Wie lange? Wo? Wie viel? Wie stark?

Warum? → Welche Begründungen werden gegeben bzw. welche können erschlossen werden?

Wozu? → Mit welcher Absicht, zu welchem Zweck?

Womit? → Welche Mittel werden zur Zielerreichung verwendet?

Die Analyse wird Zeile für Zeile durchgeführt und beruht auf dem Wissen (Alltagswissen, Forscherwissen, wissenschaftliches Wissen) und der Kenntnis des übrigen, noch kommenden Interviewtextes. Die Interpretation des Textes und die Beantwortung der Fragen führt zur Entdeckung von Codes (besonders wird auf natürliche Codes, also auffällige Formulierungen der Befragten geachtet). Alle Ideen, welche über die Textstelle hinaus gehen bzw. die auf andere Stellen im Text weiter hinten verweisen, werden als Memos (schriftliche Erinnerungsvermerke) gespeichert.⁸⁹ Die Ergebnisse der offenen Codierung können nach Strauss grafisch in einem Codierparadigma dargestellt werden.

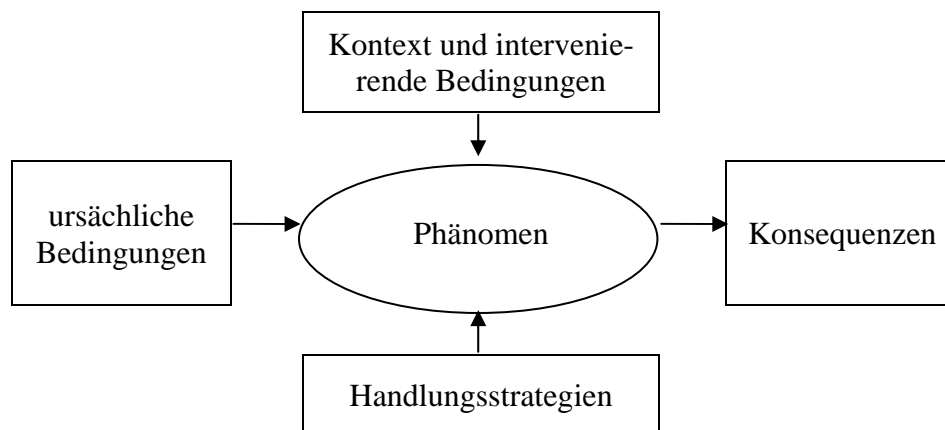


Abbildung 2: Codierparadigma nach Strauss⁹⁰

Das Vorgehen der offenen Codierung bringt Codes hervor, welche Hinweise auf persönliche Motive und Strukturen für den Werdegang in die aktuelle Position geben. Es entsteht eine Umschreibung, welche Handlungsstrategien, Kontexte und ursächlichen bzw. intervenierenden Bedingungen nach Ansicht des Befragten Einfluss auf das Phänomen hatten. Solch eine grafische Darstellung des Codierpara-

⁸⁹ Vgl. ebd.: S. 79-80

⁹⁰ Ebd.: S. 80

digmas findet sich auch zu jedem befragten Experten (Fall) im Ergebnisteil (Abschnitt 5.1 Fallbeschreibung) wieder. Die Konsequenzen, die sich daraus ergeben, konnten zum Zeitpunkt der Befragung noch nicht angegeben und somit auch im Ergebnisteil nicht aufgeführt werden. Der Block Konsequenzen bei Straus bleibt in der grafischen Darstellung im Ergebnisteil somit leer. Im nächsten Schritt soll nun die Vorgehensweise des Thematischen Codierens für die restlichen Fragen des Leitfadens beschrieben werden.

Thematisches Codieren

Das Thematische Codieren kann in 4 Schritte gegliedert werden:

1. Einzelfallanalyse (Interpretation jedes Textes)
2. Vergleichende Einzelfallanalyse
3. Entwicklung von Codes bzw. einem System thematischer Kategorien
4. Zuordnung von Codes zu Textsegmenten

Diese Schritte werden unmittelbar am Material vorgenommen. Somit sind die Kategorien im empirischen Material verankert. Voraussetzungen für dieses Codieren sind eine vollständige Transkription und ein ergänzendes Protokoll zum Ablauf des Interviews und zur Interviewsituation. Die Voraussetzungen sind bei der vorliegenden Untersuchung gegeben. Die Interviews wurden schriftlich protokolliert und ein Interviewbericht angefertigt wurde, in dem Notizen zur Interviewvereinbarung, zu räumlichen und zeitlichen Besonderheiten der Interviewdurchführung als auch zu Aspekten nach dem Interview, Störungen, neuen Fragen, Verweigerungen oder anderen Kontexten gemacht wurden.⁹¹

Das Bilden von Kategorien ist, wie Kuckartz meint, „harte Arbeit“. Durch das vorurteilslose Studieren der Texte lassen sich analytisch Kategorien (er)finden. Um diesen Schritt zu erleichtern, wurden auf Basis des bestehenden Leitfadens vorab Grobkategorien gebildet. Aufgrund der Vorinformationen, welche zur Erstellung des Leitfadens notwendig waren (z.B. durch Literaturrecherche), wurde das Grundgerüst für das Kategoriensystem aufgebaut. Dieses wurde am Untersuchungsmaterial induktiv ausdifferenziert, präzisiert und vervollständigt.⁹² Die Entwicklung von Auswertungskategorien beginnt beim Thematischen Codieren also bereits beim Erstellen des Leitfadens. Dieser wurde theoriegeleitet erstellt, woraus sich auf die Theorie bezogene Begriffe und Kategorien ergeben. Die theoriegeleitete Vorgehens-

⁹¹ Vgl. ebd.: S. 84

⁹² Vgl. ebd.: S. 62

weise ist dennoch offen, da der Befragte selbst zu Wort kommt. Die Kategorien werden somit als Entwürfe verstanden, welche durch die empirische Realität verändert werden können.⁹³

In den ersten Schritten arbeitet die Methode, ähnlich wie die offene Codierung, jedoch nicht so tiefgehend hermeneutisch, um den subjektiv gemeinten Sinn der Texte herauszuarbeiten. Kuckartz beschreibt dies als eine Gesamtschau von Einzelfällen, bei der Codes entwickelt und Textsegmenten zugeordnet werden, die das „Was“ bezeichnen. Das „Was“ identifiziert die Themen und Fragestellungen des Interviews. Die Codierung ist Voraussetzung für eine querschnittliche Auswertung, bei der gleiche Kategorien verschiedener Interviews verglichen werden können.⁹⁴

Bei der Einzelfallanalyse wird eine Kurzbeschreibung jedes Falls erstellt. Eine solche Einzelfallanalyse enthält eine für das Interview typische Aussage, eine knappe Darstellung der Person in Hinblick auf die Fragestellung (Gründe für...) und die zentralen Themen bzw. Aussagen, die im Interview hinsichtlich des Untersuchungsgegenstandes angesprochen wurden, eine Art Steckbrief.⁹⁵ Die Einzelfallanalysen zu den jeweiligen Interviews dieser Studie befinden sich im Abschnitt 5.1.

Die ersten drei Schritte der Thematischen Codierung lassen sich auch mit den ersten beiden Schritten der Auswertungsstrategie von Experteninterviews bei Meuser und Nagel vergleichen:

1. Paraphrase: Reduktion von Komplexität
2. Überschriften/Kodierung

Welche Teile paraphrasiert werden, erfolgt in Hinblick auf die leitenden Forschungsfragen. Es wird mit eigenen Worten textgetreu wiedergegeben, was von den Experten gesagt wurde. Die Sequenzierung des Textes nach thematischen Einheiten erfolgt in der Manier des Alltagsverständnisses. Die Gesprächsinhalte werden der Reihe nach wiedergegeben und der Gehalt der Äußerungen zu einem Thema expliziert. Es geht dabei um die Reduktion von Komplexität.⁹⁶ „Trennlinien zwischen Themen werden deutlich, Erfahrungsbündel und Argumentationsmuster schälen sich heraus, Relevanzen und Beobachtungsdimensionen nehmen Kontur an.“⁹⁷

⁹³ Vgl. ebd.: S. 85-86

⁹⁴ Vgl. ebd.: S. 99

⁹⁵ Vgl.: Gebhardt, Hans / Matissek, Annika (2006): Auswertung qualitativer Interviews. In: Praktikum qualitative Sozialforschung und demographischer Wandel. URL: http://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/geographie_methodenseminar/qualitativemethoden/auswertung_interviews_kurzfassung.pdf (Zugriff am: 16.04.10). S. 7

⁹⁶ Vgl.: Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (2002). ExpertInneninterviews. a.a.O.: S. 83-84

⁹⁷ Ebd.: S. 84

Anschließend werden den Paraphrasen Überschriften gegeben. Die Überschriften werden textnah, also in der Terminologie der Interviewten vergeben. Eine Passage kann auch mehrere Überschriften erhalten, wenn mehrere Themen angesprochen werden. Der Experte bildet zu diesem Zeitpunkt bei der Feldbeschreibung lediglich noch das Medium, die Person wird vom Text getrennt. Der Interviewte bestimmt dabei mit seinen Äußerungen die Relevanzstruktur. Passagen mit gleichen oder ähnlichen Themen werden zusammengestellt und eine Hauptüberschrift gebildet, welche den Inhalt sämtlich subsumierter Passagen abdeckt. So wird eine Übersicht erzielt, welche sich auf die Themen/ Informationen bezieht. Dennoch verbleiben die Verdichtungen, Typisierungen und Abstraktionen immer im Horizont des gerade ausgewerteten Einzelinterviews. Die ersten beiden Verfahrensschritte sollen ohne theoretische Absicht im Alltagsverständnis für jedes Interview einzeln durchgeführt werden. Danach beginnt die Vereinheitlichung der Überschriften.⁹⁸

Nach dem Codieren erfolgt bei der typologischen Analyse nach Kuckartz in der Phase A die **Themenanalyse**.

5. Themenanalyse (Zusammenstellung und Interpretation aller Textsegmente, die dem gleichen Code zugeordnet sind)
6. Vergleichende Themenanalyse (Analyse des Zusammenhangs zwischen Codes)

Bei der vergleichenden Themenanalyse wird durch kontrastierende Vergleiche nach Ähnlichkeiten zwischen den einzelnen Personen, nach Besonderheiten einzelner Fälle und Zusammenhänge von Kategorien gesucht.⁹⁹ Die Themenanalyse bei Kuckartz ähnelt dem dritten Punkt (Thematischer Vergleich) bei Meuser und Nagel. Bei Meuser und Nagel wird nach thematisch vergleichbaren Textpassagen aus verschiedenen Interviews gesucht. Passagen aus verschiedenen Interviews mit gleichen oder ähnlichen Themen werden zusammengestellt und die zuvor vergebenen Überschriften vereinheitlicht (weitere Reduktion der Terminologie). Weiterhin werden textnah Kategorien gebildet. Die Kategorien sollen analytisch und metaphorische Qualitäten haben. An den Überschriften können oft Relevanzstrukturen des Expertenwissens erkannt werden (typische Erfahrungen, Beobachtungen, Interpretationen, Konstruktionen, Verfahrensregeln, Normen der Entscheidungsfindung, Werthaltung, Positionen, Handlungsmaxime, Konzepte im Rahmen der

⁹⁸ Vgl. ebd.: S. 85-86

⁹⁹ Vgl.: Kuckartz, Udo (2007): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. a.a.O.: S. 100

Funktionsausübung). Die Resultate sind kontinuierlich an den Passagen der Interviews auf Triftigkeit, Vollständigkeit und Validität zu prüfen.¹⁰⁰ Dies konnte mit Hilfe der Software MaxQDA sehr gut durchgeführt werden, da dort alle Textstellen zu einem Code jederzeit bei Bedarf aufgelistet werden können. Am Ende der ersten Phase liegt das Datenmaterial strukturiert vor. Es sind Textsegmente der Interviews vorhanden, welche durch Codierung entsprechend zugeordnet wurden. Diese Segmente lassen sich deskriptiv auswerten und es sind bereits interpretative Muster zu erkennen.

Phase B) Dimensionalisierung und Feincodierung (das „Wie“ codieren“)

1. Durchsicht aller Textsegmente zu einem Code
2. Dimensionsanalyse (systematische Auswertung des empirisch vorgefundenen Antwortspektrums)
3. Definition von Dimensionen (Merkmalsausprägungen)
4. Erstellen eines Codierleitfadens (mit prototypischen Beispielen)
5. Fallbezogenes Codieren

In dieser Phase werden alle Textsegmente zu einem Code nochmals durchgeschaut und die bisherigen groben Codes feincodiert. Dabei werden Ausprägungen einer Kategorie herausgearbeitet, definiert und codiert. Bei der textstellenbezogenen Feincodierung werden die neuen Dimensionen als Subkategorien definiert und die codierten Textstellen neu zugeordnet. Die Aggregation der für eine Person charakterisierenden Merkmalsausprägungen erfolgt erst am Ende der Feincodierung. In der gesamten Phase der Wie-Codierung finden Interpretations- und Klassifizierungsvorgänge statt. Die Anzahl der Codes sollte aufgrund der geringen Anzahl der Befragten in Grenzen bleiben. Bei der anschließenden Bildung von Typen geht es um die Erkennung von Ähnlichkeiten und Differenzen. Dabei ist es erforderlich, dass nicht jeder Einzelfall ein Sonderfall ist, sondern sich definierte Merkmalsdimensionen auch bei mehreren Fällen finden lassen.¹⁰¹

Diese Verallgemeinerung auf eine höhere Abstraktionsebene ähnelt der Soziologischen Konzeptualisierung bei Meuser und Nagel. Erst in diesem Schritt erfolgt die Ablösung von den Texten und der Terminologie der Experten. Das Gemeinsame im Verschiedenen wird in eine Kategorie „gegossen“. „In einer Kategorie ist das Besondere des gemeinsam geteilten Wissens eines Teils der ExpertInnen verdichtet

¹⁰⁰ Vgl.: Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (2002). ExpertInneninterviews. a.a.O.: S. 86-88

¹⁰¹ Vgl.: Kuckartz, Udo (2007): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. a.a.O.: S. 100-102

und explizit gemacht.“¹⁰² Bei der Bildung von Kategorien wird das spezielle Wissen der Experten unter allgemein geltende Begriffe subsumiert. Konkret werden die zuvor dem Text entnommenen Begriffe und Überschriften in soziologische Begriffe übersetzt. Damit ist eine soziologische Interpretation möglich. Bei der Soziologischen Konzeptualisierung befindet man sich auf der Abstraktionsebene der empirischen Generalisierung. Es werden Aussagen über Strukturen des Expertenwissens getroffen, aufgrund derer die Reichweite der Geltung soziologischer Konzepte überprüft werden kann. Jedoch ist lediglich der Anschluss an Konzepte gegeben, die Verallgemeinerung begrenzt sich auf das vorliegende empirische Material.¹⁰³ In diesem Schritt ist darauf zu achten, dass die Kodierungen und Strukturierungen dem Material nicht aufgezwungen werden, sondern zu den Daten passen, indem sie dort enthaltene Informationen auf eine theoretisch-konzeptuelle Ebene bringen.¹⁰⁴

Nachdem am Ende der Phase B fallübergreifend codiert wurde, kann in der nächsten Phase auf die Bildung von Typologien eingegangen werden.

Phase C) Typenbildung und Charakterisierung der Typologie

Grundlage der Typenbildung ist die Definition eines Merkmalsraums aus mehreren Merkmalen. Aus dieser wird eine Typologie konstruiert, die einzelnen entstandenen Typen beschreibt und am Ende die befragten Personen der Typologie zugeordnet.

1. Definition des der Typenbildung zugrunde liegenden Merkmalsraums
2. Konstruktion der Typologie
3. Beschreibung der einzelnen Typen
4. Zuordnung der Personen des Samples zu den gebildeten Typen

In dieser Studie wurde die Form der Polythetischen Typologie angewandt. Diese wird auch als „natürliche Typologie“ bezeichnet, da sie induktiv aus den empirischen Daten gebildet wird. Die Probanden werden dabei zu Typen gruppiert, so dass die Typen intern möglichst homogen und extern möglichst heterogen sind. Die zu einem Typ gehörenden Individuen sind bezüglich der Merkmale des Merkmalsraums nicht alle identisch, sondern nur maximal ähnlich. In diesem Schritt werden also Kreuztabellen zweier Merkmale aufgestellt, aus denen sich verschiedene Typen ergeben. Anschließend wird die Anzahl der Typen reduziert, indem die Befragten mit ähnlichen Merkmalen zusammengefasst werden. Durch diese Reduktion kommt man zu polythetischen Typen. Diese weisen eine Varianz auf, da nicht alle einem Typ

¹⁰² Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (2002). ExpertInneninterviews. a.a.O.: S. 88

¹⁰³ Vgl. ebd.: S. 88-89

¹⁰⁴ Vgl.: Kelle, Udo/ Kluge, Susann (2010): Vom Einzelfall zum Typus. a.a.O. S. 64-71

zugerechneten Probanden die gleichen Merkmale besitzen.¹⁰⁵ Die Reduktion des Merkmalsraums ist stets begleitet von weiteren vergleichenden Analysen des Datenmaterials, wobei sowohl innerhalb der Merkmalskombinationen bzw. Gruppen als auch zwischen den Gruppen kontrastiert wird. Diese Typologie dient schließlich als Grundlage, um Hypothesen beschreiben und Theorien generieren zu können.

Bei Meuser und Nagel geht es im fünften Punkt mit der „Theoretischen Generalisierung“ um ähnliches. Ab dieser Stufe wird nach soziologischen Theorien gesucht und sich vom Interviewmaterial abgelöst. Die Begründung der Kategorien und deren Zusammenhänge werden systematisch geordnet. Empirisch generalisierte Tatbestände werden mit soziologischen Begrifflichkeiten formuliert und interpretiert. Daraus erlangt die Darstellung ihre Systematik. D.h., die Empirie mit ihren bisher nebeneinanderliegenden Sinnzusammenhängen wird mit soziologischen Begriffen beschrieben, die Zusammenhänge neu geordnet bzw. zu Typologien verknüpft und als Theorie formuliert.¹⁰⁶ Die ausführliche Herleitung dieser Studie von den Merkmalen hin zur Typologie befindet sich im Ergebnisteil (Kapitel 5.1).

Phase D) Typenbasierte Fallanalyse

Die bisher geschaffenen Typologien stellen lediglich einen Hintergrund dar, auf dem die Einzelfälle eingeordnet und interpretiert werden können. Die abstrakte Typologie ist an sich wenig aussagekräftig, wenn am Ende nicht wieder zu den Interviews zurückkehrt und die Typologie dort eingeordnet wird. Durch den Rückgriff auf den einzelnen Fall lassen sich Typen und Konstellationen erst verstehen und nachvollziehen. Diese Phase ist in dieser Studie parallel und wechselseitig mit der vorhergehenden Phase C angewandt worden. Bei der Kreuztabellierung wurden also, wie sich im Ergebnisteil gut nachvollziehen lässt, nicht alle möglichen Ausprägungen zu Typen zusammengefasst, sondern lediglich diese, wo sich auch die Befragten einordnen lassen. Die Personen sind also bei jedem Schritt der Typenbildung bereits in die Typologie eingeflossen. Da jedoch nicht jede Interviewperson alle Merkmale der Typologie im vollen Umfang erfüllt bzw. in bestimmten Bereichen sich in anderen Typen wiederfinden lässt, gibt es zu jedem Typ einen geeigneten Einzelfall (Prototyp), welcher für die Interpretation herangezogen wird und stellvertretend für alle Probanden dieses Typs steht.

¹⁰⁵ Vgl. Kuckartz, Udo (2007): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. a.a.O.: S. 104-105

¹⁰⁶ Vgl. Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (2002). ExpertInneninterviews. a.a.O.: S. 89-90

Liegt kein Fall vor, welcher repräsentativ für einen Typ steht, besteht die Möglichkeit einen Modellfall aus der Montage mehrerer Textsegmente verschiedener Personen zu konstruieren. Dann werden einschlägige Textsegmente nach dem Kriterium der Plausibilität für den zu beschreibenden Typ fallübergreifend ausgewählt. Dieses Verfahren löst sich vom Einzelfall. Dennoch existieren diese Typen real, da sich Individuen der Stichprobe bezeichnen lassen, welche zu diesem Typ gehören.¹⁰⁷ Diese Methode des Modellfalls musste nicht angewandt werden. Dennoch besteht die Möglichkeit, dass ein Fall mit seinen Aussagen die Aspekte zweier unterschiedlicher Typen repräsentiert.

Materialzusammenschau: Abschließend wird ein Überblick über die Personen und ihre Merkmalskonstellationen geschaffen, in dem ausgewählte Kategorien tabellarisch dargestellt werden. Dies schafft noch einmal Transparenz und intersubjektive Überprüfbarkeit.¹⁰⁸ Die Materialzusammenschau besteht aus einer tabellarischen Auflistung der einzelnen Interviewpersonen und den entsprechenden Merkmalsausprägungen.

Befragter	B1	B2	B3	B4	B5	B6
Merkmalsausprägungen						
...

Abbildung 3: Beispielhafte Materialzusammenschau

An der Materialzusammenschau ist im Überblick ersichtlich, wer sich zu welchem Merkmal wie geäußert hat. Die Materialzusammenschau dieser Studie befindet sich im Anhang (Anhang 2 - Materialzusammenschau und Überblick). Sie dient zur Unterstützung, um die Ergebnisse im nächsten Kapitel besser nachvollziehen zu können.

Besonders hilfreich erwies sich in der Auswertung dieser Studie die Visualisierung im Code-Matrix-Browser von MaxQDA, welcher zu den erstellten Codes die Zuordnung auflistet und die Häufigkeit der zugeordneten Codes pro Befragten visualisiert.

¹⁰⁷ Vgl. Kuckartz, Udo (2007): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. a.a.O.: S. 106-107

¹⁰⁸ Ebd.: S. 87-88

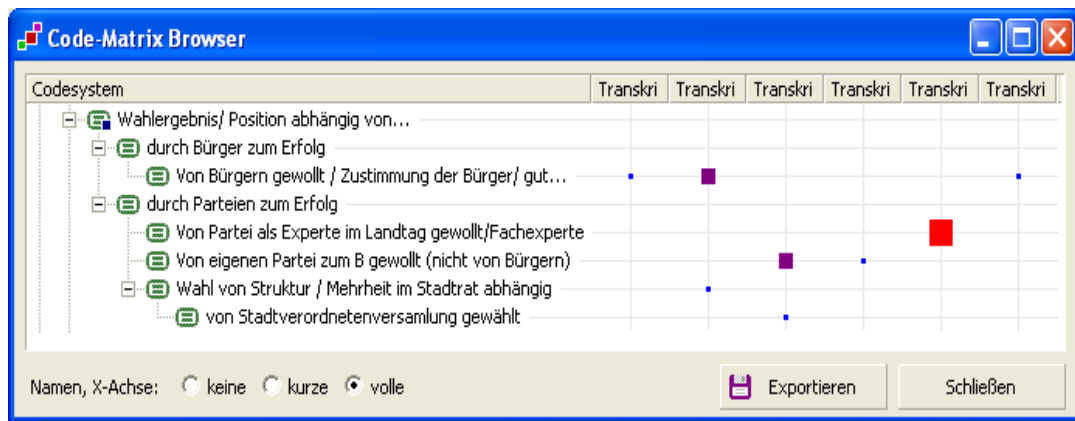


Abbildung 4: Visualisierung der Codierung pro Text im Code-Matrix-Browser

Dies erleichterte die Zuordnung der Befragten zu den Merkmalen und somit die in Phase D angesprochene „Typenbasierte Fallanalyse“. Die Interviews konnten so bei jedem Schritt zu den entsprechenden Codes, Merkmalsräumen und später zu den Typen zugeordnet und bestimmte Zuordnungen jederzeit überprüft werden. Nachdem die Textpassagen der Interviews codiert und Gemeinsamkeiten zwischen den Codes ermittelt worden waren, konnten verschiedene Subcodes zu einem Gesamtcode gebündelt und die Aussagen beschrieben werden.

5. Ergebnisse

5.1 Fallbeschreibung

Im ersten Punkt der Ergebnisse befindet sich, wie im Methodenteil unter Phase A erläutert, eine Kurzbeschreibung jedes einzelnen Falls.

5.1.1 Fall 1: „Äh das größte Problem, [...], sind die Finanzen [...].“

B1 gibt an, schon immer in die Politik gewollt zu haben, thematisiert die Wende und den Werdegang jedoch als Glück und harte Arbeit. Nach der „gesellschaftlichen Komplettwende“ und durch Rationalisierungen in seinem alten Betrieb sah er sich für andere Aufgaben berufen und wurde Vorsitzender im Personalrat. Seit 1990 ist er ununterbrochen im Kreistag. Bei der Wahl zum Bürgermeister hatte er sich eigentlich nur als Ersatz aufstellen lassen: „[...] naja da muss Ichs halt machen. War eher so eine Notlösung.“¹⁰⁹ Die Wahl gewann vorerst ein CDU-Mitglied, welches aufgrund von Streitereien im Stadtrat von den Bürgern mit großer Mehrheit kurze Zeit später wieder abgewählt wurde. Diesmal konnten sich die verschiedenen Parteien nicht auf einen neuen Kandidaten einigen und da er von den Bürgern gefragt wurde, ob er das Amt übernehmen würde, ließ er sich wieder aufstellen.

„Äh das Abwahlverfahren hat dann im November 95 stattgefunden, hat mit sehr großer Mehrheit äh ihn abgewählt, also die Bürger dieser Stadt, die ihn gewählt hatten ... äh 94 haben ihn dann abgewählt. ... {Räuspern} Und dann ging es darum, einen neuen Bürgermeister. Und da gabs erst diese sogenannte Koalition der Vernunft, nannte sich das damals, das war so die ... {tiefes einatmen} äh FDP, das war die SPD und das war ... die PDS {Husten} damals. ... (Also) ungewöhnliche politische Konstellation, //4 aber geht alles. ... Und {langgezogen} äh haben wir versucht einen gemeinsamen Kandidaten zu finden. Und das hat aber nicht so richtig geklappt, weil keiner wollte unbedingt äh auf sein Partei(buch) verzichten dann und so, wie das halt so ist ... Ja und irgendwann bin ich dann auch mal von Bürgern gefragt worden, ob ich denn nicht kandidieren will. Und da sag ich: Nö, eigentlich nicht. Ja wieso nicht? ... Sie sind doch der Einzige, der was f-für {stotternd}, einer der wenigen, der was Vernünftiges sagt i-im - im {zögernd stotternd} Stadtrat. ... Und naja, da hab ich mir das dann so überlegt, nachdem das mehrfach gekommen ist und hab dann ... kandidiert ... Ja und dann bin Ichs geworden. //5 ... Überraschenderweise, nicht nur für mich, auch für viele andere. ... Ich hat ja () - es waren ja fünf Kandidaten ... Ich hatte im ersten Wahlgang die meisten Stimmen, der zweite war das () ... und von der SPD und an dem Abend vor der Wahl hat dann schon ein ... Stadtrat von der FPD damals, äh ... ihn gratuliert zur Wahl als Bürgermeister, weil das ist ja klar, ein Linker wird ja nie ... Bürgermeister ... das schafft der nie. Und ... in zwei Wochen ist ja die Stichwahl {schweres tiefes einatmen} ... und da hab ich mir gesagt, das werd ich sehen ... ob ich das nicht verhindern kann. Und dann hab ich 14 Tage Urlaub gemacht ... 14 Tage Wahlkampf und ... dann war ich Bürgermeister“¹¹⁰

¹⁰⁹ B1 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 17.02.2010. S. 1

¹¹⁰ Ebd.: S. 1-2

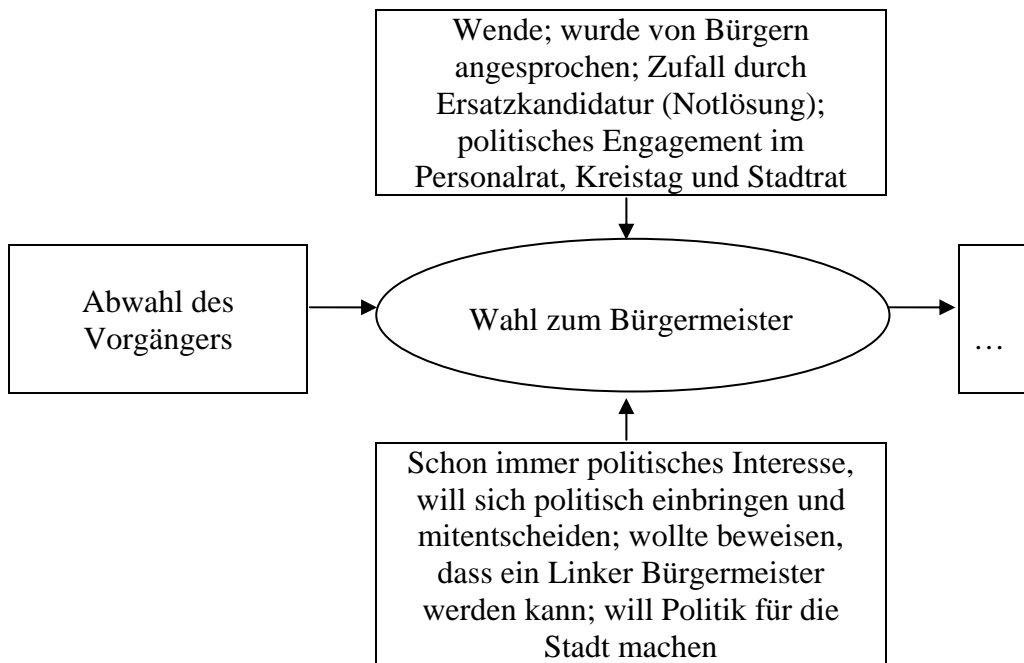


Abbildung 5: Kontext, Bedingungen und Handlungsstrategien von B1 auf dem Weg zur Wahl zum Bürgermeister

Das wichtigste Problem in den Augen von B1, was politisch gelöst werden muss, ist in der Kommunalpolitik das Finanzproblem. Es fehlt Geld für die Bürger, die Stadt und grundlegende Aufgaben. Dabei wird heftige Kritik an der Landes- und Bundespolitik geäußert. Durch eine ständige Kommunalisierung werden Aufgaben übertragen, gleichzeitig werden Steuereinnahmen gekürzt. Es wird nach B1 Politik auf Kosten der Kommunen gemacht (Kommunalisierung, Steuereinsparungen). Als wichtige Aufgabe gibt er Kulturleistungen an.

„Und ich muss es auch sagen, ich bin auch jetzt 14 Jahre Bürgermeister ... also so eine Situation wie jetzt, hab ich noch nicht erlebt, {mit leicht aufgeregtem Ton} ... was die Finanzen betrifft. ... Das ist einfach verheerend. ... Und ... da muss endlich Politik umdenken und sagen: ... äh so gehts nicht ... äh die Kommunen brauchen ihr Geld für ihre Aufgaben, die sie machen. Wir bauen hier keine ... äh Marmor - Straßen oder äh goldene Wasserhähne ein, [...] sondern wir erfüllen Aufgaben ... für die Bürger, die hier wohnen ... und die müssen auch bezahlt werden. ... Man ... äh zum Beispiel, wenn man bei uns immer sagt hier eine Stadt {stockend gesagt} ... ihr haltet zu viel freiwillige Leistungen vor ... also jetzt Museum ... Theater, was wir haben ... und solche Geschichten. ... Äh muss man einfach sagen äh ... das ist ja ... äh nicht ganz richtig. [...] eigene Aufgaben ist alles, was in der Kommune eigentlich (nur) zählt. [...] Es ist ... {lässt Hände auf den Tisch fallen; schlägt sozusagen auf den Tisch} nicht mehr nachvollziehbar. Also das Geld hat schon nicht gereicht, diese Aufgaben eigentlich zu finanzieren, ... äh sondern es war einfach ... {Schlucken} schon so wenig und das wird jetzt auch noch weg geschafft, das wenige Geld. ... Ja und da sitzt man halt da und überlegt, äh wo muss ich denn jetzt sparen, was kann ich sparen, gehts überhaupt noch? ... Es ist einfach ... Ja ... nicht mehr schön.“¹¹¹

¹¹¹ Ebd.: S. 4

Die gemeinsamen Verbindungen innerhalb der Partei bestehen für B1 in der linken politischen Gesinnung, dem Ziel einen sozialeren Staat zu schaffen, der keine Kriege führt. Weiterhin wird bei dieser Frage der persönliche Kontakt zur Parteiführung erwähnt und dass er als Kommunalpolitiker seit 1990 regelmäßig bei Landes- und Bundesparteitagen anwesend ist. Als Hauptaufgabe sieht er dennoch die Kommunalpolitik und versucht, die Politik der Linkspartei auch ein wenig in diese Richtung zu steuern und zu beeinflussen. In Thüringen gibt er an, sämtliche Leute der Partei zu kennen.

Die Verbindung zu anderen Parteien entsteht hauptsächlich aus der Zusammenarbeit im Stadtrat mit dem Ziel, die Stadt zu entwickeln zwischen Linke, CDU, Bürgerunion und SPD). Die Verbindung zu CDU-Abgeordneten wird beispielsweise damit beschrieben, dass es außerhalb der Arbeit keine Verbindungen gibt.

Politik wird auch in der Freizeit weitergeführt und persönliche Unterstützung auch in der Politik genutzt. Dabei ist die **Freundschaft** nicht von einer Partei abhängig. „Ne ich hab ... quer durch die politischen Lager Freunde.“¹¹²

Die offizielle **Hierarchieebene** mit Landesvorsitzenden, Fraktionsvorsitzenden, Kreisvorstand und Stadtverband wird wie in jeder anderen Partei angegeben. B1 zählt sich selber zu der Führungsebene. Dabei wird jedoch betont, dass die Mechanismen in der Partei und die Arbeit sehr kollektiv und vertrauensvoll sind. In bestimmten Situationen (z.B. Vorsitzendenwahl, Beschlüsse, ...) zeigen sich jedoch auch Konkurrenzkämpfe und informelle „Machtspiele“ in der Partei.

Die Anzahl der **Westdeutschen** in der Partei wird als marginal und ihr Einfluss als sehr gering beschrieben. Nur wenige von ihnen befinden sich in Führungspositionen. Der Bekannteste ist Bodo Ramelow. Das Leben in der DDR sollten sie nach Meinung von B1 nicht beurteilen, da sie nicht hier aufgewachsen sind und dementsprechend nur schlecht Ratschläge geben können. Ihnen fehlt in den Augen von B1 das Bewusstsein für die Probleme vor Ort. Der deutlichste Unterschied resultiert für ihn aus einer anderen Sozialisation der Westdeutschen. Diese haben demnach einen anderen Umgang mit Frauen und Familie. Dieser Unterschied nimmt über die Generationen jedoch immer mehr ab und ist parteiunabhängig.

„Und deswegen sag ich auch immer, ich mein, äh wer das Leben in der DDR beurteilen will äh, der sollte hier gelebt haben und nicht ... äh im Westen gesessen haben und dann äh versuchen uns gute Ratschläge zu geben. //3 ...Weil das funktioniert so nicht“¹¹³

¹¹² Ebd.: S. 7

¹¹³ Ebd.: S. 9

Über die **Struktur und Verteilung der Berufe und Ausbildungen** der Abgeordneten und Parteimitglieder kann der Befragte keine Auskunft geben. Wichtig war ihm nur: „Nö. Wir nehmen jeden ... fast jeden //... der die politische A-A-Ansichten teilt {stotternd}.“¹¹⁴

B1 war in der **DDR** seit 1980 in der SED und beispielsweise ehrenamtlicher Sekretär in der Abteilungsparteiorganisation (APO) oder in Gewerkschaften (FDGB) tätig. Dennoch kritisiert er die DDR bzw. die SED und beschreibt die Wende als eine Befreiung. Er setzte sich ein, dass die alten Verantwortlichen der SED auch auf kommunaler Ebene beseitigt wurden. In der Partei Die Linke ist er aber aufgrund seiner linken Überzeugung geblieben.

„Ja, aber das Problem war, man konnte da halt schwierig aktiv werden als junger Mensch ... und äh ist dann auch immer zurück gepfiffen worden, wenn man mal ein bisschen andere Ideen hatte, als die Parteilinie war und äh da bin ich also auch sehr schnell an meine Grenzen gestoßen. (Deswegen) auch irgendwo auch 89 90 für mich schon ... ein Freigang, weil ich dann auch politisch aktiv werden konnte und nicht mehr ... Rücksicht nehmen musste mit meinen Meinungen äh vor irgendeinen Parteisekretär oder sonst irgendjemand, der mir dann, ... der mich dann gemäßregelt hätte. ... Und äh ... ich weiß es noch wie Heute ... äh ... September 89, also kurz vor der Wende, war ich auf der Bezirksparteischule ... bin ich damals vergattert wurden ... {schluckt} weil ich etwas ... unschönes gemacht hatte //1 in Ansichten der Partei. Ich hatte ne ... Eingabe ... an Erich Honecker gemacht ... wegen des Sputnikverbotes ... oder eine Beschwerde. ... Die hat ihn nie erreicht, die ist hier //2 im ... im ... Bezirk hängen geblieben. [...] Und äh ... da hat mir dann ein Parteisekretär - Parteisekretär, von der ... äh Bezirksparteischule ... hat mir ein offenen Brief gemacht. (Da hat Ichs gerade) Erich Honecker ist damals gerade abgelöst worden und da hat man noch ein Brief gemacht ... als Seminargruppe, dass es nicht reicht, da oben zu ... kehren, sondern wenn da muss auch ... Bezirk und in den Kreisen ... endlich ... Tabula rasa gemacht werden ... Und hat mir ausgerechnet in der Parteischnule, in der Bezirksparteischule ... ich hatte das (ausgeheckt) natürlich ... äh und da hat mir dann ein Parteisekretär erklärt äh, dass ich mit ... damals 29 Jahren noch zu jung und unerfahren wäre, um das beurteilen zu können //1, was die Genossentaktik (sich leisten kann). ... Und äh ... das war so halt äh in der SED die- die Stimmung und Meinung ... und da ist man natürlich, wenn man ... jung war ziemlich oft angeeckt. Und deswegen ... war auch ... 89 90 dann diese Wende ... schon eine Befreiung. ... Da ich aber halt eine linke Überzeugung hab, bin ich dann halt auch in dieser Partei geblieben und //2 bin nicht wie andere ausgetreten. Oder hab ganz die Seiten gewechselt. Sind ja viele ... nicht nur SPD, sondern ... CDU und dann gibts ja auch ... mittlerweile Nazis, die da //3 ... mal in der SED waren.“¹¹⁵

Das Interview zeigt, dass B1 politisch sehr engagiert ist, ihm es jedoch mehr um die kommunalen Ziele geht (Stadt entwickeln usw.) als um das Verkünden einer Ideologie. Dennoch erledigt er seine Aufgaben auf der Grundlage einer linken Überzeugung.

Laut Internetauftritt setzt er sich besonders für kleine und mittelständische Unternehmen sowie lokale und regionale Interessen ein. Menschenwürde,

¹¹⁴ Ebd.: S. 10

¹¹⁵ Ebd.: S. 11

Gleichberechtigung, Gerechtigkeit, Solidarität, Wahrheit und Aufrichtigkeit werden als besonders wichtig angegeben. Politisch gibt er dort als wichtigstes Ziel an, eine soziale Gesellschaft zu schaffen, wo die Schwachen entlastet werden. Weiterhin ist es ihm sehr wichtig, den Klein- und Mittelstand sowie die Kommune als Basis der Gesellschaft zu stärken.

Die Ergebnisse der Studie interessieren B1 als einzigen Befragten nicht. Mit etwas über einer halben Stunde war dies das kürzeste Interview und es kam das Gefühl auf, der Befragte stand unter Zeitdruck und hatte wenig Interesse. Dennoch war er sofort bereit ein Interview mit mir zu führen und wirkte in seinen Aussagen sehr überzeugend.

5.1.2 Fall 2: „Vor dem Schreibtisch sieht die Welt anders aus, als hinterm Schreibtisch.“

B2 wird nach der Wende Stadtratsmitglied, Fraktionsvorsitzender der Partei, scheitert 1994 an der Oberbürgermeisterwahl (lässt sich dafür auch nicht mehr aufstellen) und wird 2006 über den Stadtrat zum ersten Beigeordneten (Bürgermeister)¹¹⁶ gewählt. Weiterhin ist er Sozialdezernent der Stadt. Die Motivation, sich zur Wahl des Bürgermeisters aufstellen zu lassen, entstammt aus der Unterstützungsleistung für den aktuellen parteilosen Oberbürgermeister.

„[...] und da hab ich mich dann entschieden, relativ kurzfristig ... äh ... weil ich gesehen hab, wir haben ein parteilosen ... Oberbürgermeister, der auch relativ neu ist, also der auch in der Stadt, ... der zwar [aus der Stadt] ist, aber f- lange Jahre außerhalb war und da hab ich gedacht, na gut dann ... w-sollten wir ihm, war die Überlegung der Linken und von mir ... ein doch Erfahrenen ... äh an die Seite stellen und ich hab mich ... aufgrund der langen Zeit, wo ich im Stadtrat war, immer ehrenamtlich ... äh einfach in der Lage gefühlt äh diese Aufgabe ... zu - mit ihm zusammen zu erfüllen. ... Das war auch die Motivation 2006 im Mai ... mich zu bewerben.“¹¹⁷

Seinen guten Stand bei den Bürgern und seine hohe Bekanntheit in der Stadt, obwohl B2 im Wahlkreis nur ein Zugereister ist, begründet er mit seinem langjährigen Engagement im Stadtrat, seiner politischen Arbeit zu DDR-Zeiten als auch seine frühere Tätigkeit als Lehrer.

„[...] und ich habe eigentlich ... zumindest für mich persönlich das Gefühl, dass ich in der Stadt [...] sehr bekannt war und bin. ... Das heißt also, ich hab immer relativ gute Wahlergebnisse gehabt bei Kommunalwahlen. [...] Also ich ... ich sags jetzt mal so, ich habe ... in der Stadt denk ich mal als Person einen recht guten Stand ... und der hat mich dann, gesagt ok ... dann solls auch dieser nächste Schritt sein. [...] Ich bin 1975 {sagt die Zahl leicht stotternd 5 - 75} in die Stadt gekommen. ... Also doch schon sehr lange //2 35 Jahre jetzt, aber das ist in der Stadt ... zählt das nicht. [...] Ich fühl mich hier wohl und ... war

¹¹⁶ Der erste Beigeordnete einer kreisfreien Stadt trägt den Titel Bürgermeister.

¹¹⁷ B2 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 22.02.2010. S. 1

lange lange Jahre Lehrer ... dadurch äh ja kennt man eben auch viele und ja war ... zu DDR-Zeiten eigentlich auch immer sehr engagiert, aber vor allen Dingen ... nach der Wende ... dann ... doch denke schon.“¹¹⁸

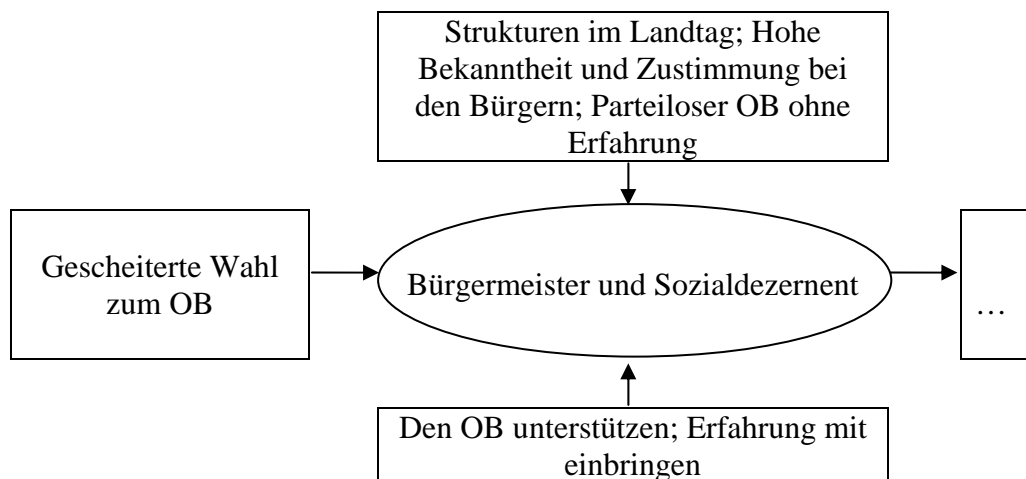


Abbildung 6: Kontext, Bedingungen und Handlungsstrategien von B2 auf dem Weg zum Bürgermeister und Sozialdezernent

Die **wichtigste Aufgabe** besteht für B2 in der Stadtentwicklung (Stadt zurückbauen, Abwanderung stoppen, Arbeit, soziale und kulturelle Einrichtungen, Infrastruktur, Gebäude usw.). Dazu erachtet er es als besonders notwendig, Netzwerke zwischen engagierten Menschen, Vereinen und anderen Interessenträgern zu bilden, um so Synergieeffekte nutzen zu können und trotz fehlender Gelder Leistungen zu erhalten.

„Das eine- wär so die Hauptfrage also ... das soziale Netz in der Stadt [...] zu halten, zu sichern ... und d-die Dinge, die wir sozusagen, auch gesetzlich machen müssen ... mit einem Aufwand zu ... packen, dass das Gesamtsystem insgesamt äh funktioniert. Das ... das ist ... aber eine schwierige Aufgabe, es ist eigentlich das schwerste. [...] Äh da gibts Fördervereine, da gibts äh andere Sponsoren, wie man die mit ins Boot kriegen kann, damit man die, den Inhalt zwar sichern kann, ... aber alles nicht nur über die Stadt finanziert wird. ... Weil dann ... vieles nicht funktionieren würde. Aber ich denke, das ist ... das macht Spaß.“¹¹⁹

Diese Schritte erledigt B2 mit der Einstellung (B2 selber nennt es „Credo“ im Sinne von Glauben bzw. Glaubensbekenntnis), alle Leute am gesellschaftlichen Leben teilhaben zu lassen. Personen, die nicht so gut gestellt sind (sowohl sozial als auch wirtschaftlich), soll die gesellschaftliche Teilhabe nicht verwehrt werden. Die Menschen bzw. Institutionen, die helfen können und wollen, sollen sich nach der Ansicht von B2 engagieren können. Mit der Stadt zusammen versucht er die Grundlagen dafür zu schaffen, dies möglich zu machen.

Als **Hauptproblem** werden die finanzielle Lage und der demografische Wandel genannt. Durch den Weggang der vielen Bürger müssen Einrichtungen, welche für doppelt so viele Bürger gebaut wurden, durch die Hälfte der Bürger finanziert

¹¹⁸ Ebd.: S. 2-3

¹¹⁹ Ebd.: S. 5

werden, was zu einer grundlegend neuen Stadtplanung führt. Durch den Wegfall der Großbetriebe kam es auch zum Rückgang der Bevölkerung. Nun stehen die Wohnblocks leer und müssen abgerissen werden, damit es zu keiner Slum-Bildung kommt und die Altschulden der Gebäude nicht weiter zur Last fallen. Das Prinzip der DDR, Wohnen und Arbeiten zusammen zu führen, empfindet B2 prinzipiell als gut. Das Wohnprinzip von Heute wird kritisiert, da ein Großteil der Bevölkerung auf dem Land wohnt und mit dem Auto zur Arbeit fahren muss. Da es für diese Probleme nach B2 in Deutschland noch keine Lösungen gibt, müssen neue innovative Wege gegangen werden. Bei den Ausführungen wird oft der Spaß an der Arbeit erwähnt und der Aspekt der sozialen Gleichheit in den Vordergrund gestellt. Außerdem betont B2 bei seinen Ausführungen die Wichtigkeit, die Bürger bei Entscheidungen mitzunehmen aber zum Teil auch Verordnungen gegen Missfallen der Bürger treffen zu müssen.

Als **Hauptverbindungspunkt zu anderen Organisationen** sieht B2 die Stadtentwicklung. Wie oben beschrieben, gilt es die Grundprobleme zu lösen, in dem unter anderem Netzwerke zwischen den verschiedenen Organisationen geschaffen werden (Zusammenarbeit im Sinne der Stadt mit allen Beteiligten). Bei der Zusammenarbeit werden jedoch überwiegend soziale, kulturelle und sportliche Organisationen (Frauenverbände, Jugendbereich, Wohlfahrtsverbände usw.) genannt. Explizit wird die Kirche als wichtiger Unterstützer erwähnt.

Auch die **Verbindung zu der eigenen Partei** ist durch die Arbeit als Bürgermeister und das Realitätsbewusstsein für die Aufgaben vor Ort beeinflusst. Als Bürgermeister gibt B2 Loyalität gegenüber der Stadt an, so dass sich beispielsweise Vorstellungen der Fraktion nur schwer mit den Aufgaben vereinbaren lassen.

„Vor dem Schreibtisch sieht die Welt anders aus, als hinterm Schreibtisch. Das ist so ... ne-ne-ne sehr schmerzhaftes Erkenntnis, weil man natürlich als Stadtrat äh viele Forderungen haben kann und auch ... im Interesse der Bürger viele Forderungen aufmacht. Und dann gibt es immer welche, die es umsetzen müssen. ... Und in der Position bin ich jetzt. Und selbst meine eig-mit meiner eigenen Fraktion hat ich anfäng-anfänglich dort ... große Probleme. Oder sie mit mir. //2 Ja? Ich hab also dort Dinge durchgesetzt ... oder musste auch Dinge durchsetzen, weil ich jetzt an Gesetz und Recht gebunden werde. ... Ich will nicht sagen, dass die Fraktion jetzt ungesetzlich gehandelt haben //3. Aber es ist doch ein anderer Druck, wenn ich ein Paragraph 14 lese. Geht oder geht nicht. ... Und ... Oder ich stell als Stadtrat immer die Frage ... äh es soll gemacht werden? Und da muss man einfach gucken, was so funktioniert.“¹²⁰

Die Unterschiede zwischen den verschiedenen Parteien werden auf kommunaler Ebene zwar als nicht so groß wie auf Landes- bzw. Bundesebene angegeben, aber

¹²⁰ Ebd.: S. 14

gerade im sozialen Bereich meint B2, gäbe es noch deutliche Unterschiede. Die Linkspartei ist für B2 dennoch die politische Heimat und die ideologischen Vorstellungen (kein Hartz IV, kein Krieg, Kritik an Bankenkapitalismus) werden weiterhin vertreten.

Die **privaten Freundschaften** sind für B2 nicht zwangsläufig von der Partei abhängig, die persönliche Haltung und das politische Bild bei der Freundschaft sind trotzdem sehr wichtig. Als Beispiel wird eine ehemalige Freundschaft zu einem CDU-Mitglied angegeben, welche aufgrund der hohen Position, welche dieses heute in der CDU inne hat, zerbrochen ist. B2 versucht möglichst das private Leben und sein Amt zu trennen. Er verhindert es, Vereinen beizutreten oder neue Freundschaften auf Grundlage politischer Zusammenarbeit zu schließen. (Er will den Vorwurf der Bestechung vermeiden). Diese Distanz wird sowohl zu eigenen Parteimitgliedern als auch zu Personen aus Organisationen und Vereinen gehalten. Er vertritt die Interessen der Bürger und der Stadt und nicht parteipolitische Ansichten oder die bestimmter Interessenverbände.

Das Sagen in der Partei hat laut B2 der Stadtvorstand. Dort gibt es handelnde Personen (Fraktionsvorsitzender, Landtagsabgeordnete, Bürgermeister), welche das Bild der Partei prägen, aber auch stark von der Partei geprägt sind. Es handelt sich dabei aber nicht um Personen, welche sich als Chef anführen, sondern alle dienen der Sache und Aufgabe vor Ort. Den Vorteil von Personen mit gewisser Verantwortungsrolle sieht B2 darin, dass diesen Personen eher zugehört und Beachtung geschenkt wird. Der Befragte zählt sich selber zu diesen Personen. Der Gesamtprozess in der Partei wird als sehr demokratisch bezeichnet, so dass sich alle Mitglieder frei einbringen können (Mitgliederversammlungen, Stammtisch usw.). Der Erfolg der Partei kommt nach Meinung von B2 daher, dass die Linke auch unpopuläre Dinge mitmacht, welche ausschließlich der Stadt dienen und sie dadurch erhöhtes Realitätsbewusstsein zeigt.

„Nein äh also das-das ist in der Stadt glaub ich auch die Stärke der Partei. Ich glaube ... äh unsere Wahlergebnisse, die sind ja regelmäßig kommunal über 30 Prozent. ... Das hat für mich einfach damit zu tun, dass wir in [der Stadt] ... keine ... Profilneurosen äh entwickeln, was-was die Führungskräfte betrifft, sondern das wir einfach ... sachliche Arbeit machen. ... Und das wir auch unpopuläre Dinge mitmachen.“¹²¹

¹²¹ Ebd.: S. 22

Auch bei dieser Aussage wird noch einmal die Schwierigkeit betont, den Spagat zwischen der Ideologie und dem „Regieren“ bzw. zwischen der Parteiarbeit und der Verwaltung (Bürgermeisteramt) zu schaffen.

„Also ich mein, ja das sind so Dinge, wo ich sag: na klar i-ich-ich bin doch, ich hab doch, ich hab doch ein Weltbild in mir, ein politisches ... ein strukturelles Bild, was die Gesellschaft betrifft. ... Äh ... aber ... ich, hier am Schreibtisch, muss ich Gesetze umsetzen, muss ich Strukturen in der Stadt sichern ... und so weiter. [...] und müssen vielleicht doch den einen oder anderen Jugendclub dann doch nochmal schließen. ... Das nicht weil ich es will, sondern weils einfach ... das-das Geld dann nicht reicht. Solche Dinge deutlich zu machen ... das halt ich für sachgerecht und das mach ich auch. ... Da verbiege ich mich auch nicht, auch als Linker nicht. ... Aber ansonsten ist das schon ein Spagat, den ich hier für mich persönlich habe, ... gewiss ... bin ja auch Wahlbeamter. Also eine gewisse Loyalität oder Neutralität zu wahren im Amt ... und dann zu einer Delegiertenkonferenz oder wie a- oder zum Stammtisch, um auch mal ... das andere zu sagen. Und ... ja das ist schon ... das ist eigentlich das-das-das Schwierigere an dem ganzen Job. Weil ich ... ich will nicht sagen, dass ich mich ständig verbiegen muss, ich man kann auch hier seine Intensionen schon ... mitgestalten. Das versuch ich ja auch. ... Ja, aber es ist am Ende ... {tiefes schweres Einatmen; seufzen} ist das ... die Loyalität, der erste Beigeordnete der Stadt zu sein, ich bin ja nicht Beigeordneter der Linken und des Oberbürgermeisters, sondern ich bin Beigeordneter der Stadt, ich bin durch die Stadt, durch den Stadtrat gewählt, ... und bin ihm zu einer gewissen Loyalität verpflichtet.“¹²²

Die Anzahl der **Westdeutschen** in der Partei ist nach Angaben von B2 marginal und innerhalb der Stadt gibt es keine („West“-)Fluktuation. Die Politiker wohnen seiner Auffassung nach alle seit Jahren in der Stadt und sind, wenn dann schon zur Wendezeit zugezogen. Als Stärke der Partei wird hier angegeben, dass die Politiker sich im Ort alle einen Namen gemacht haben, da sie in Vereinen und Verbänden stark kulturell verankert sind.

Die **Verteilung der Berufe** ist, laut B2, breit gestreut. Dennoch wird auch bemerkt, dass es vermutlich wenige Arbeiter und viele „relativ klug gebildete“ Mitglieder (Fach- und Hochschulabschlüsse) des DDR-Staatsapparates in der Partei gibt. Der Beruf bzw. die Ausbildung ist für B2 aber nicht ausschlaggebend, sondern die innere Einstellung und vor allem das Grundverständnis von Engagement für die Stadt. Also nicht Klientelpolitik oder das persönliche Interesse dürfen vertreten werden, sondern man muss sich für alle Dinge einsetzen, die für die Stadt wichtig sind. Diese Einstellung wird auch noch einmal als Erfolgsmerkmal der Linken herausgestellt, da B2 das Engagement hier als überdurchschnittlich hoch sieht.

„Es gibt Berufe, die den Blick für bestimmte Dinge natürlich schärfen. //1 Aber für mich ist immer die Frage des Engagements entscheidend. [...]Also ... so mein ich das jetzt, das-d-es ist das Grundverständnis ... für das Engagement in dieser Stadt notwendig. Und das halt ich

¹²² Ebd.: S. 23-24

... bei äh ich will jetzt keinem anderen zu nahe treten, also das halt ich f- ... auch aus meiner Erfahrung, bei der Linkspartei, für überdurchschnittlich hoch.“¹²³

Dieses Grundverständnis von B2 führt in der Fraktion teilweise zum Streit. Bestimmte Mitglieder wollten eher eine Totalopposition. Von diesen Leuten wurde sich jedoch getrennt (Abgrenzung nach ganz links).

Zu **DDR**-Zeiten war B2 Mitarbeiter der SED-Kreisleitung, wo er aus eigenem Wunsch wieder ausgetreten ist. Anschließend wurde er Berufsschullehrer, wo er viel kritisches Denken über den Staat erfahren musste, was ihn selber auch zu Kritik anregte. Erst durch seine Arbeit bei der Berufsschule und den kritischen Meinungen der Abiturienten und Lehrer wurden Fragen und Kritiken bewusst. Im Prinzip wollte er die DDR unter anderen Umständen behalten und lediglich abändern. Die Kritik bezog sich darauf auf fehlende Meinungsfreiheit, das Ausreiseverbot bzw. auf die unverdiente Auszeichnung von schlechten Betrieben. Als er 1990 auf einem Parteitag die Fragen und Kritiken, die sich bei den Schülern angehäuften hatten, öffentlich stellte, wurde er rausgeschmissen. Dieser Mut, den Mund aufzumachen, wird von Bürgern und politischen Gegnern heute noch geschätzt und hat ihm auch dabei geholfen, so erfolgreich in der Politik zu sein.

Ein weiterer wichtiger Punkt für seinen Erfolg ist, dass er die Meinungen und Weltbilder anderer stets versucht zu verstehen und zum Wohle der Bürger mit allen im Sinne der Mehrheitsfindung zusammenarbeitet.

„[...] Und so bin ich halt in die Wende gekommen ... und die Wende ist ... ja das war schon, war schon ein Hammer für mich. Muss ich sagen. Also ich bin da fast zerbrochen dran. ... Äh ja das-dazu steh ich auch. Aber ich habe ... auch in dieser Zeit, ich war damals wie gesagt Lehrer, auch Staatsbürgerkundelehrer ... an der Berufsschule, ... von Abitur, also Berufsschule Ausbildung mit Abitur und mit den Schülern, die damals so ... es gab zu DDR-Zeiten aus der fünften, sechsten oder siebten Klasse rausgegangen sind. ... Und dann so Teilausbildung gemacht haben. ... Also in dem-den Bereichen hab ich schon unterrichtet und da gabs gerade mit Abiturienten, ... gabs zur Wendezeit schon, ... heftige Diskussionen. Aber auch da, ... grüßen mich auch heute noch viele. ... Viele sind nicht mehr da, aber die, die ich kenne, da ... ich denke auch da das, mein grundsätzliches Credo zu haben, gehabt zu haben, nie jemanden anzuschreiben, sondern immer zu überlegen, warum denkt der so. ... Weil ich mich dann argumentativ schulen kann. Und dann hat ich mal ... auf einer größeren Parteiveranstaltung ... am-am neunten Oktober, werd ich nicht vergessen, neunten Oktober, was-wo in Leipzig ... die auf-äh-diese entscheidende Kundgebung auch gewesen ist, die entscheidende Demonstration. ... Da hab ich mal die ganzen Fragen, die sich im Herbst angestaut hatten, auf einer Parteiversammlung, großen Parteiversammlung gesagt... und da bin ich dann rausgeflogen //1 aus dem Saal, rausgeschmissen worden. Die Hälfte hat geklatscht und die andere Hälfte hat ... schweigend zu Boden geguckt. Und das hat mir aber in der Nachwendezeit, obwohl ich von der Kreisleitung komme, ... geholfen ... sowohl im [...] Betrieb, mich haben dann Leute angesprochen, die ich überhaupt nicht kannte: was hast du gemacht, toll und wie-wie das so ist. {flüsternd gesagt} ... und das hat mich dann auch, sozusagen über die Wendezeit, das war ja im Oktober, ... im Mai waren dann die ersten

¹²³ Ebd.: S. 27-28

Kommunalwahlen, die freien. ... Hat mich bis dahin sozusagen ... gehalten, dass die Leute einfach gewusst haben, da ist einer ... der macht auch mal den Mund auf und der redet auch mal. ... Ja un-un-un-un-un-und die-diese Grundhaltung, die wird offensichtlich ... an mir geschätzt.“¹²⁴

B2 zeigte sehr viel Interesse an der Befragung und erzählte sehr ausführlich. Das Gespräch fand in seinem Büro im Rathaus statt. Die Arbeit in der SED ist zwar zur Sprache gekommen, es wurde aber nur sehr spärlich darüber berichtet.

5.1.3 Fall 3: „Diese Gleichmacherei, die gibts auf der Welt nicht!“

B3 erwähnt häufig die lange politische Tradition in der eigenen Familie. Die Partei wird nicht nur genutzt, um den christlichen Standpunkt klar zu machen, sondern die Parteizugehörigkeit wird als Familientradition beschrieben. Durch das Aufwachsen in einer gläubigen Region und Familie, wo bereits der Großvater in der Deutschen Zentrumspartei und der Vater in der CDU aktiv waren, wurde die Einstellung von B3 stark geprägt. B3 beschreibt sich schon seit seiner Kindheit als politisch sehr interessiert. Es wurden bereits in der DDR politische Debatten über das Westfernsehen verfolgt. Der Vater der Befragten hatte deren Aussagen zu Folge einen besonders starken Einfluss. Der Glaube und christliche konservative Vorstellungen werden von B3 so ausgelegt, dass jeder Mensch auf der Welt ist, um sich einzubringen und um was zu verändern, so gut er kann. Für B3 stand immer fest, sich für das Land zu engagieren, sobald sich die politischen Gegebenheiten ändern, so dass kein totalitäres System mehr herrscht und die Meinung frei geäußert werden kann. Im Allgemeinen hat B3 eine sehr kritische Einstellung zur DDR (Überwachung, Raubbau, Führung von oben, vorgegebene Lebenswege, keine Entfaltungsmöglichkeit usw.). Das politisch bewusste Aufwachsen sowie die starke Prägung durch die Partei und den katholischen Glauben haben das Widerstandsdenken bewusst gemacht und dazu geführt, dass sich die Befragte nach der Wende einbringen wollte.

„Ach doch da haben wir schon äh ... äh es war auch, äh weil wir ja absolut mit der-äh mit d-mit der DDR überhaupt nicht äh einverstanden waren. Das, wie gesagt, das war eine Diktatur. Wir hatten keine Reisefreiheit, wir hatten keine Meinungsfreiheit ... äh dann äh äh wie gesagt ... war ich auch ... R-Rockmusikfan, alles so ein bisschen, was-was nicht so konform war in der äh DDR und da hat man sich stundenlang ... über ... über dieses scheiß kommunistische Verbrechersystem ausgetauscht und ... hat heiße Debatten geführt //1 ... wohlwissend, man kann nichts ändern. ... Aber man hat sich nie ... also ich muss sagen äh ... ich hab [mich nie] mit der DDR identifiziert.“¹²⁵

¹²⁴ Ebd.: S. 29-30

¹²⁵ B3 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 06.03.2010. S. 4

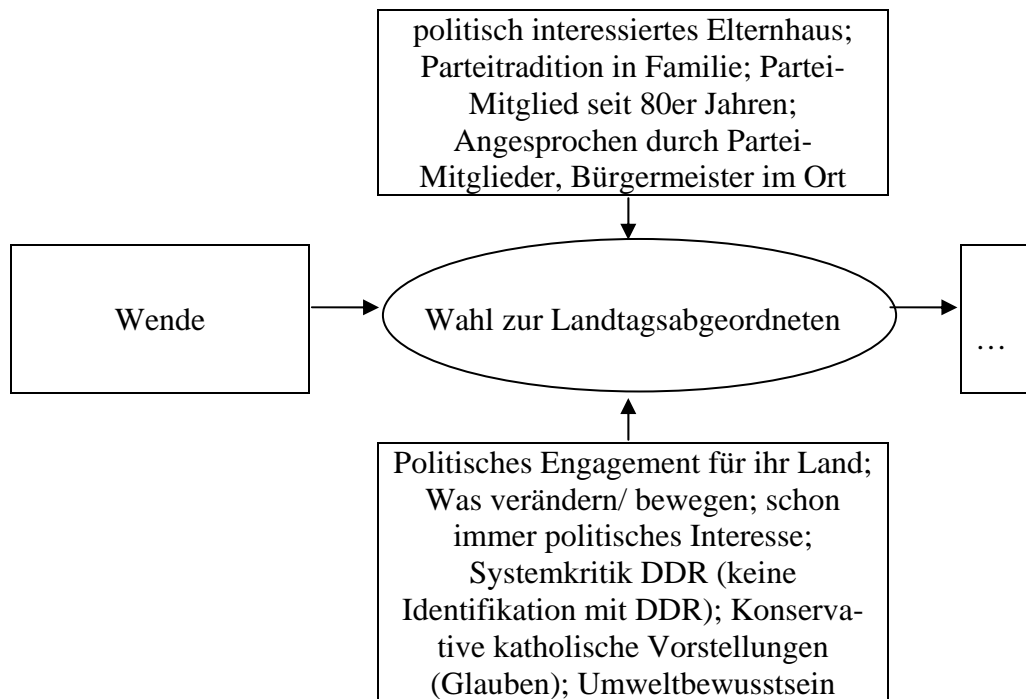


Abbildung 7: Kontext, Bedingungen und Handlungsstrategien von B3 auf dem Weg zur Wahl zur Landtagsabgeordneten

Das Bewusstsein für die Hauptaufgabe bzw. die **wichtigen Probleme, die politisch gelöst werden müssen**, ist ebenfalls durch die Kritik an der DDR geprägt. In den Jahren direkt nach der Wende ging es B3 vor allem darum, die Umweltverschmutzung der DDR (Raubbau, Kohlekraftwerke, verdreckte Flüsse usw.) wieder zu beseitigen, eine Infrastruktur (Autobahnen, Schienenverkehr usw.) aufzubauen und die Monokultur so abzuändern, dass Arbeitsplätze geschaffen werden. Mit dem Zusammenbruch der DDR brach, nach Angaben von B3, auch der Hauptarbeitgeber zusammen und die versteckte Arbeitslosigkeit in der DDR führte dazu, dass die Menschen wirklich arbeitslos wurden. Weiterhin war es B3 wichtig, die Schulen neu zu strukturieren und die Politik der SED bzw. deren Ideologie aus dem Unterricht zu bekommen.

Das dringendste derzeitige Problem sieht die Expertin im demografischen Wandel und damit bei dem Geburtenrückgang und der Abwanderung der Bewohner. Daraus ergibt sich die Hauptaufgabe, (größere) Unternehmen anzusiedeln, die Wirtschaft zu stärken und somit Arbeitsplätze zu sichern, damit die Menschen nicht weiter abwandern müssen.

Bei den Aussagen spielt das eigene Weltbild und die Kritik an der DDR eine sehr große Rolle. Außerdem grenzt B3 den eigenen Wahlkreis vom restlichen Thüringen

ab. Die eigene Region wird als thüringenunabhängig und besonders christlich angesehen, wodurch auch der hohe Erfolg der CDU im Wahlkreis erklärt wird. Sehr ausführlich wird dabei über die Sonntagskultur berichtet, welche im Wahlkreis von B3 noch sehr ausgeprägt ist, im restlichen Thüringen jedoch nicht.

„[...] der Sonntagsschutz stand zur Debatte, den aufzuweichen oder Sonnabend, abends, bis wie in Brandenburg, bis 24 Uhr aufzulassen. Da war ich zum Beispiel jemand, der gesagt hat ... darüber diskutiere ich nicht. [...] wir sind anders sozialisiert und wir haben eine andere Kultur und wir haben zum Beispiel noch eine Sonntagskultur. Die gibt es in Thüringen so nicht. [...] das wäre für mich eine Grenze, wo ich sage, das könnte ich mit meiner Herkunft ... meiner äh meiner Lebensart niemals äh ... vereinbaren, an den Sonntag zu gehen. [...] Also man muss ... das ist zum Beispiel so eine Geschichte, ... wo ich immer wieder sage, es gibt ... Unterschiede zwischen ... mein Wahlkreis sind keine Thüringer.[...] Aber äh äh ... wir haben eine andere Lebensart.“¹²⁶

Als **gemeinsame Verbindung zu den eigenen Parteimitgliedern** wird vor allem die christliche Überzeugung als Fundament thematisiert. B3 gibt als Grundsätze der Partei Freiheit, Solidarität, christlichen Glauben und die Leistung des Einzelnen an.

„Also die Leute, die ich alle kenne, die machen alle Politik, aus ihrer ... christlichen Überzeugung und das ist bei uns im Kreis wirklich so, ... christlichen Überzeugung das heißt, ... ich bin auf dieser Erde, um mich einzubringen, ... und der Starke muss was leisten, ... und äh ich will was bewegen.“¹²⁷

Eine **Zusammenarbeit mit anderen Parteien** (auf Landesebene) findet kaum statt und beschränkt sich auf die Facharbeit von B3, wo sich parteipolitisch keine Unterschiede befinden (z.B. Gleichstellungsausschuss). Die Bürgermeister im Wahlkreis von der CDU oder FDP kennt B3 beinahe alle persönlich und arbeitet mit ihnen zusammen. Die Partei Die Linke wird hingegen ähnlich stark wie die DDR kritisiert. Politiker der Partei werden mit der Staatssicherheit und der SED bzw. dem System der DDR in Verbindung gebracht. Weiterhin wird im Bezug auf die Partei der Gedanke der „Gleichmacherei“ kritisiert und sich zu den Grünen abgegrenzt.

„Ja ja, da bin ich aber wirklich mal gespannt. Aus was-wa, bestimmt wegen der sozialen Gerechtigkeit. Alle sollen gleich haben, keiner soll mehr haben. Das ist alles Quatsch. ... Der ein bisschen mehr arbeitet, sicher man darf keinen verhungern lassen, aber dass alle Leute gleich sind? Das ist eben der Unterschied zwischen CDU. ... Diese Gleichmacherei, die gibts auf der Welt nicht! [...] Ja, weil hier sind eigentlich die Leistungsträger bei uns, sind alle - äh alle Leute, die sich engagieren wollen, ... im [Kreis], die was bewegen können, die sind bei uns. Wenn ich die anderen Parteien angucke ... die SPD hat 128 Mitglieder ... die äh, die Grünen, das sind Fantasten, {stottert} also im Kreis. Und ... die-die Linken im Kreis, das sind alles Zugezogene, ... und die st-da sind ihnen jetzt zwei weggestorben, die sterben weg. Die kriegen auch kaum Nachwuchs bei uns.“¹²⁸

Verbindungen zu anderen Organisationen hat B3 vor allem zu Naturschutzvereinen und zu frauenpolitischen bzw. Gleichstellungsinstitutionen. **Freundschaften aus**

¹²⁶ Ebd.: S. 19-20

¹²⁷ Ebd.: S. 8

¹²⁸ Ebd.: S. 10

der Partei lebt B3 privat weiter. Es werden mehrere Beispiele angegeben, wo sich die Freundschaften über die Politik ergeben haben. Hier zeigt sich, dass die Einstellung und das Weltbild, welche bei Parteifreunden vorhanden sind, auch privat Einfluss haben.

Das **Sagen in der Partei** hat nach Ansicht von B3 zurzeit niemand. Sie spricht sich für eine starke Führung durch den Landesvorsitzenden aus und kann diese Führung bei dem aktuellen Landesvorsitzenden jedoch nicht erkennen. Eine starke Führungspersönlichkeit ist nach Angaben von B3 in Orts- und Kreisverbänden verwurzelt, geht auf die Parteibasis zu, kennt sehr viele der eigenen Parteimitglieder und hat eine gewisse Ausstrahlung.

„Im Moment in Thüringen gar keiner ... eigentlich der Landesvorsitzende ... äh ..., aber wir haben ja nun äh mit-mit der verlorenen ... äh Landtagswahl und mit Abgang von äh Dieter Althaus ... zurzeit eine Landesvorsitzende, wo ich nicht erkennen kann, dass die führt. [...] Dieter Althaus war äh unwahrscheinlich äh verwurzelt auch in den Ortsverbänden und Kreisverbänden. Er war ja nun ... bevor er Landesvorsitzender war, viele Jahre auch stellvertretender Landesvorsitzender, damals unter Bernhard Vogel ... und hat diese ... Toppel Toppel Tour durch die einzelnen Ortsverbände auch gemacht. Durch die Kreisverbände mit der Basis, wie es so heißt ... äh gesprochen und äh ... äh ... das -das hat ihn schon fest ver-äh äh verwurzelt. Also s-so-d ... ich denke mal die CDU hat 12.000 Mitglieder ... also äh acht kennt er bestimmt persönlich davon. ... Und das ist schon-schon, dass zeichnet schon ein Vorsitzenden auch aus, äh wie ... geht der äh ... ja auf die Basis zu. Wie ist er zwischen den Leuten, ... wie gibt er sich? ... Das... da hat er schon Talent zu gehabt.“¹²⁹

Die offizielle Hierarchie wird also von B3 betont und als Fundament der Partei ein eigenes thüringenspezifisches Grundsatzprogramm sowie eine starke Führung angegeben.

Mitglieder westdeutscher Herkunft sind laut B3 kaum in der Partei vorhanden. Etwa 90 Prozent der Mitglieder stammen sogar aus dem Wahlkreis selbst. Desweiteren wird erwähnt, dass sehr viele der Bürgermeister im Wahlkreis in der CDU tätig sind. Für B3 besteht ein Zusammenhang zwischen der Herkunft und dem Erfolg. Zusätzlich sind erfolgreiche Landes- und Kommunal-Politiker der CDU stets vor Ort kulturell verankert (meistens in der Kirche bzw. in Sport und Schützenvereinen). Als Vergleich wird ein anderer Wahlkreis erwähnt, wo nach der Wende sehr viele Westdeutsche aufgrund der Umstrukturierung in die Verwaltung und Politik gekommen sind und die Partei dort nur schwach verankert und wenig erfolgreich ist. Die Verteilung der **Berufe in der Partei** ist nach Angaben von B3 in Ostdeutschland noch breit gestreut, passt sich jedoch allmählich den Westverhältnissen an. Das besondere für Ostdeutschland war, dass man sich nach der Wende keine Gedanken

¹²⁹ Ebd.: S. 15

über das Leben nach der Amtszeit machte, sondern sich erstmals einbringen wollte. Heute muss sich jedoch zunehmend bewusst gemacht werden, dass nach der Amtszeit kein Rückkehrrecht in seinen Beruf besteht, es sei denn man ist im öffentlichen Dienst angestellt. Aus diesem Grund sieht B3 die zukünftige Entwicklung von zunehmend mehr Verwaltungsbeamten in der Politik in Ostdeutschland und wenigen Quereinsteigern. Wichtig ist es für sie jedoch im Allgemeinen nicht, welcher Beruf erlernt worden ist, sondern dass überhaupt ein Beruf erlernt und Lebenserfahrung gesammelt wurde. Direkt nach der Schule bzw. dem Studium in die Politik zu gehen, wird als nicht sinnvoll erachtet.

„Also man muss ... Berufsausbildung haben, das ist ganz klar. ... Es ist sicher auch hilfreich, wenn man äh äh ... Kenntnisse in der Verwaltung hat oder ... äh ... aus der Wirtschaft kommt und da schon. ... Wichtig ist, ... dass man einen gesunden Menschenverstand hat, eine gute Urteilskraft ... und äh, dass man auch ein paar Jahre Berufserfahrung hat. ... Äh und Lebenserfahrung hat, die (man) dann da einsetzt. So ein bisschen gesunder Menschenverstand ... das ist ... das ist ganz ganz wichtig. [...] Und - und wie gesagt, auch schon mal ... von meinem Chef mal angeschnauzt worden ist. Und ich finde es nicht gut, wenn man ... v-aus-von der Schulbank zum Studium und setzt sich dann gleich in einen äh Land oder Bundestag. [...] man muss auch am eigenen Leib mal äh äh ... schon mal gespürt haben ... dass das Leben nicht nur rosig ist, dass nicht nur alle Leute nett zu einem sind ... und man muss sich auch schon mal ein bisschen durchgeboxt haben. Und äh ... das finde ich einfach, sind die wichtigsten Voraussetzungen.“¹³⁰

B3 berichtete sehr detailliert und direkt über ihre Einstellungen und Motive. Nach dem Abschalten des Tonbandes wurde noch einmal ausführlich über bestimmte Themenbereiche gesprochen, welche lediglich durch ein Gedächtnisprotokoll festgehalten werden konnten. Aus dem Gedächtnisprotokoll sowie aus dem restlichen Text ist noch einmal deutlich die Kritik an der DDR zu erkennen. Vor allem die Gleichmacherei und die Methoden des totalitären Regimes (den Leuten Angst machen usw.) werden angesprochen. Weiterhin wird betont, dass die Menschen in der DDR zum Lügen erzogen wurden, weil die Partei die eigentliche Wahrheit vorgab und jenes, was wirklich gedacht wurde, nur privat geäußert werden durfte. Es werden Vermutungen erörtert, warum Die Linke heute so erfolgreich ist. Nach Ansicht von B3 sind die alten DDR-Generationen anders sozialisiert. Diese vermissen heute die Führung durch die Partei bzw. den Staat und verlangen von Der Linken, diese Führung ähnlich wie die SED damals zu übernehmen. Diese Generationen hätten nach B3 verlernt, die Freiheit und Verantwortung für sich zu übernehmen. Außerdem setze sich Die Linke stets an die Ängste der Menschen, wie es schon die SED machte. Stark kritisiert wird auch der Gleichheitsgedanke der

¹³⁰ Ebd.: S. 22

Linken (dieser spräche exakt das Hartz IV – Klientel an). Für B3 ist der Gleichheitsgedanke unreal und wer mehr leiste, müsse auch mehr bekommen.

Desweiteren wird noch einmal die frühkindliche christliche Sozialisation durch die Eltern und den Umkreis erwähnt. So wurden für B3 wichtige christliche Werte und Normen vermittelt und das Umfeld von der SED und deren Ideologie abgeschottet (das erste Mal erfuhr B3 von der SED in der ersten Klasse). Und auch ihr politischer durch die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (NSDAP) geprägter Vater, hatte großen Einfluss auf die Entwicklung der politischen Einstellungsmuster von B3. Der Leistungsgedanke wird sehr stark expliziert. Auf der Internetseite der Befragten wird für eine starke Region geworben, besonders in den Bereichen Wirtschaft, Bildung und Familie. Außerdem wird dort noch einmal der christliche Glaube besonders hervorgehoben.

5.1.4 Fall 4: „Eine Partei ist ja nur ein Mittel dazu [...] um die eigenen Ziele umzusetzen.“

Als Grund für die Stärke der Linkspartei im Kreis gibt B4 die Schwäche der CDU dort an. Es wird darüber berichtet, dass die Abwahl von CDU-Leistungsträgern und die Spaltung in der CDU dazu führten, dass diese so schwach wurde. Vormalig war der Kreis stark durch die CDU geprägt und B4 gibt an, der erste Abgeordnete der PDS für diesen Kreis gewesen zu sein.

Hauptamtlich wollte B4 nie Politik machen. Politisch aktiv wurde er in einer Partei erst nach der Wende. Zwar wollte er bereits früher in die SED, um kleine Widersprüche zu beseitigen, aber aufgrund der Arbeiter-Quotierung war dies nicht möglich. (Es gab in der SED eine Quote für den Mindest-Anteil von Arbeitern. Da die Eltern nicht zur Arbeiterschicht zählten, war es damals für B4 nicht möglich, in die SED einzutreten). Die Motivation nach der Wende in die PDS einzutreten kam daher, dass B4 Bewährtes (persönlich Wichtiges) aus der DDR bewahren und den Prozess in der DDR kritisch aufarbeiten wollte. Durch Zufall kam er in seinen jetzigen Wahlkreis (Angehörige pflegen) und durch die Strukturprobleme der PDS (junge Menschen fehlten; Experten im Umweltbereich fehlten; ein Landwirtschafts-experte im Landtag fehlte) wurde er nach seinem Studium stark in die Parteiarbeit eingebunden und kam später nach dem Kreisvorstand in den Landtag.

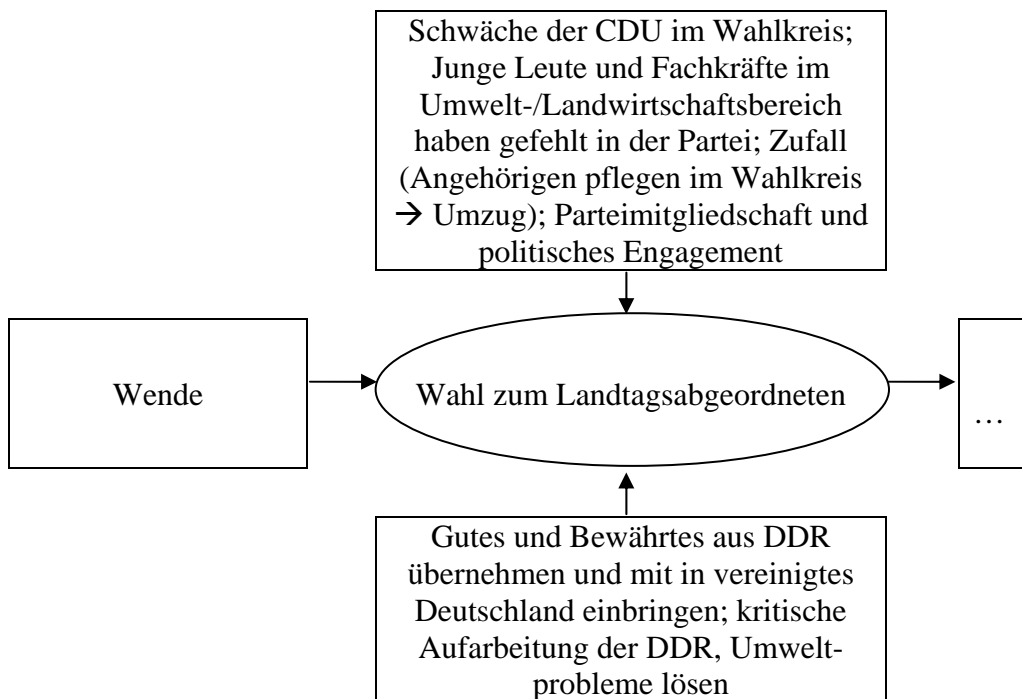


Abbildung 8: Kontext, Bedingungen und Handlungsstrategien von B4 auf dem Weg zum Landtagsabgeordneten

B4 war zu **DDR-Zeiten** stark in den Staatsapparat involviert und übernahm bei der Jugendarbeit Führungsaufgaben (Jungpionierchef, FDJ-Gruppenleiter). Später diente er zur Überbrückung bis zum Studium im Wachregiment der Armee.

„Und ... das war natürlich auch irgendwo eine politische Entscheidung mit, ja. Und ich war bei der Armee dann ... im wie gesagt Wachregiment. ... Das war ja sowieso schon ... auch eine ... besondere Einheit. Und dort war ich ... äh FDJ-Gruppenleiter auch von ... meinem Zug ... also von ... von unserer Einheit. Aber wie gesagt nicht ... mit in der SED ... was nicht daran gelegen hat, dass ich nicht ... äh unbedingt hätte in die SED gewollt, weil ... für mich gab es (kleine) Widersprüche und da dacht ich, die kannst du eigentlich am besten ... bearbeiten, wenn du ... in der SED bist.//1 Ja. Es lag einfach daran, ... dass meine Eltern Intelligenzler waren //2 und ich dementsprechend äh nicht die Quote ... der ... also die Arbeiterquote erfüllt habe. //3 Da wurde mir gesagt, wenn du in die SED willst, dann musst du mir erst zwei Arbeiterkinder beibringen und da hab ich gesagt, ihr könnt mich mal {lachen}. //4 Ja.“¹³¹

B4 sieht die Partei bei der Verwirklichung seiner Ziele eher als Mittel zum Zweck an. Das **wichtigste Problem**, für das er sich in der Partei eingesetzt hat und letztlich auch politisch aktiv geworden ist, war die starke Umweltverschmutzung durch die DDR und nicht die Systemfrage. Und auch heute sieht B4 die Umweltfrage noch als die Entscheidende an.

„Politisch was verändern ja ... also den Wunsch hatte ich ja. Ich sag mal, das hat mich ... diese äh Umweltprobleme, die wir hatten zum Beispiel, das hat mich einfach angestunken und daran wollte ich was ändern ... ja. Und da war die Frage, ich hab ja nicht die Systemfrage gestellt damals. [...] Eine Partei ist ja nur ein Mittel dazu ... ja, kann man

¹³¹ B4 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 10.03.2010. S. 6

sicherlich auswählen, welche Partei ... ist am geeignetsten, um die eigenen Ziele umzusetzen ... aber ... ja ... da muss, ... muss sicherlich jeder selber entscheiden. In der Linken war gerade im Bereich Umwelt ... äh damals {stottern} war ja die PDS noch ... äh ... sehr viel möglich. ...Weil ja eben grade ... auch eine rigorose Aufarbeitung der Fehler ... der SED gemacht wurde, ja.“¹³²

Weiterhin wird der demografische Wandel angegeben. Der Weggang der Menschen ist laut B4 durch strukturelle Missstände begründet. Das Erlebnisangebot wie z.B. Kulturprogramme, Discotheken usw. ist nicht ausreichend, um die jungen Leute in Thüringen zu halten. Weiterhin gibt es in Thüringen zu viel Arbeitslosigkeit und zu niedrige Löhne, die zur Abwanderung führen. Dadurch müssen viele Kindergärten, Schulen, Kneipen und andere Dienstleistungseinrichtungen schließen. Desweiteren stehen dadurch viele Wohnungen leer, Wasserleitungen und Infrastruktur bleiben ungenutzt. Für B4 führt also alles zu der Hauptaufgabe, dass Städte und Regionen neu strukturiert werden müssen (sowohl politisch zusammengelegt als auch tatsächlich neu aufgebaut). Dabei wird von einer nachhaltigen Entwicklung gesprochen, so dass die Regionen langfristig sich selber stärken, wachsen und die Gelder durch regionale Kreisläufe im Land behalten können. B4 spricht sich hier für ein Umdenken aus. Die sozialen Wünsche müssen demnach mit ökonomischen und ökologischen Faktoren verknüpft werden. Neben den kulturellen Aspekten werden somit stets auch die Wirtschaft und Probleme wie Arbeitslosigkeit hervorgehoben.

„Der Energiebereich ist ein ... ganz wichtiger für mich, ... wo ich sage, hier müssen wir in Thüringen ... den Weg finden auch äh von ... dieser Ölabhängigkeit ... ja, Kohlestromabhängigkeit wegzukommen. Das wir ... da ... eine positive Entwicklung nehmen, die uns unabhängig macht und die dafür sorgt, dass Gelder auch in der Region bleiben. ... Also regionale ... Kreisläufe hier entsprechend zu fördern, dafür zu sorgen, ... dass wir uns irgendwo ein Stück weit selber helfen können. ... Nur damit kriegen wir auch die Arbeitslosigkeit ein Stück weit bekämpft, ja. Dann ... kann man daraus auch höhere Löhne ... irgendwo ... gewinnen. ... Das ist dann wieder der Anreiz für Leute, hier zu bleiben. ... Ich meine, da ist Energie jetzt nur ein Beispiel, das geht um andere Rohstoffe genauso, ja. ... Aber ... wie gesagt, die ... die ganze Form des Wirtschaftens muss sich eigentlich ändern. Wir müssen uns zurück besinnen auf unsere eigene Kraft ... und ... sehen, dass wir ... auch die-die {stottern} Wachstumsfrage irgendwo neu definieren, weil dieses ... ewige ressourcengebundene Wachstum, das kann so nicht funktionieren ... und da müssen wir andere Ansätze finden.“¹³³

Die Verbindung zu den Mitgliedern der eigenen Partei empfindet B4 auf der Kreisebene wesentlich stärker als auf der Landesebene. Auf Landesebene ist die Verbindung zu den Fachleuten anderer Fraktionen oftmals größer als zu der eigenen Partei (z.B. in Sachen Umweltbewusstsein oder Wachstumslogik). Im Kreisverband hingegen steht B4 der eigenen Partei sehr nah, da es den Mitgliedern dort um die

¹³² Ebd.: S. 8

¹³³ Ebd.: S. 10-11

Verantwortung für die Stadt und um Sachpolitik geht. Es werden Mehrheiten gesucht sowie Kompromisse eingegangen, um die Ziele für die Stadt voranzubringen.

Auch die **politischen Freundschaften** werden in der eigenen Partei eher auf Kreis- als auf Landesebene persönlich fortgeführt. Dennoch ist die ideologische Bindung im privaten Leben nicht so deutlich verankert wie bei anderen Befragten. B4 gibt an, sich Freunde in fast jeder Partei vorstellen zu können. Ihm geht es nicht um die Einstellung, sondern um die Aufgabe.

Dass zeigt sich auch bei **der Zusammenarbeit mit anderen Parteien**. Diese ist nicht davon geprägt, die Unterschiede der einzelnen Parteien zu verdeutlichen und sich abzugrenzen, sondern es geht um die Hilfe und Unterstützung für die Stadt, den Kreis, deren Einwohner und das Land Thüringen. An dieser Stelle bezieht sich B4 ebenfalls auf den Erfolg der Linken, weil die CDU an dieser Stelle auf ihr Weltbild beharrt anstatt sich auf die eigentlichen Aufgaben zu konzentrieren. (Der CDU im Kreis wäre es in der Vergangenheit darum gegangen, die eigene Weltansicht durchzusetzen und nicht mit bestimmten Parteien zusammenzuarbeiten und Kompromisse für die Bürger einzugehen). **Die Verbindung zu anderen Organisationen** besteht vor allem darin, die Kultur (z.B. Theaterverein) zu fördern oder den Umwelt- und Naturschutz zu unterstützen und somit beispielsweise die Umweltpolitik im Land ein wenig zu beeinflussen. Außerdem sieht B4 die Mitgliedschaften in solchen Vereinen als Symbolfunktion, um Signale in diesen Bereichen an die Bürger zu senden.

Die Frage, wer **das Sagen in der Fraktion** hat, wird mit „Der Bauch der Partei“¹³⁴ beantwortet. Er berichtet von einer hohen Vielfalt in der Partei und langen Aushandlungsprozessen und Streitereien bei Entscheidungen. Dennoch ist dies für B4 sehr wichtig, weil dadurch keinen Fraktionszwang entsteht. Zwar wird Bodo Ramelow als zentrale Figur auf Landesebene angegeben, dennoch hat die Basis großen Einfluss. Weiterhin zeigt sich bei B4 das reflektierte Verhalten über den SED-Untergang und deren Machtgefüge. Auch hier wird sich zur CDU abgegrenzt und über das „System Althaus“¹³⁵ im Vergleich mit der SED berichtet.

„Der Bauch der Partei. {lacht} //1 Naja, äh ... zumindest ist es noch so, dass es ein paar Dinge äh bei uns gibt, ... wo ... eine Mehrheit von Parteimitgliedern ... sagt, das geht oder das geht nicht ... aus der Erfahrung ... SED-Untergang heraus. Und deshalb sage ich, der Bauch der Partei. Also es ist ... wir hatten jetzt erst Diskussionen ... äh Streit. [...] Weil Leute aus ... diesem Gefühl heraus, damit ... sich wieder zu einer äh sehr machtorientierten Parteistruktur

¹³⁴ Ebd.: S. S. 18

¹³⁵ Ebd.: S. 16

hinzubewegen, wie es in der SED üblich war ... ja, mit solchen Entscheidungen sehr schwer tun. Ja, aber ... {seufzen} sonst ist sicherlich Bodo Ramelow schon die zentrale Figur auf, auf Landesebene, ... der ... dort bei vielen Dingen die Richtung vorgibt. ... Hat nur mit diesem "Bauch" ein bisschen seine Schwierigkeiten {lachen}. //2 Ist klar. Er hat diese ... diese Erkenntnisse und diese Erlebnisse von damals nicht, ja. Das, ... wenn man anders geprägt ist, dann ... kann man da auch so manches nicht richtig nachvollziehen. ... Und wenn ich mir Entwicklungen in anderen Parteien angucke äh, sag ich aber ... ist genau ... dieses Bauchgefühl eher ein sehr wichtiges, weil andere Parteien spielen im Moment perfekt nach, wie sich SED damals gab. ... Also ich sag mal, Althaus in der letzten Phase, das war ... perfekte Machtarroganz wie ... zu SED-Zeiten auch. ... Mit dem gleichen Ergebnis.“¹³⁶

An diesem Zitat lässt sich auch die Einstellung zu **Westdeutschen** in der Partei bzw. in der Politik erkennen. Der Ansicht des Interviewten nach fehlt den westdeutschen Politikern die Erfahrung aus der DDR, um Probleme richtig beurteilen zu können und ihre Herkunft hat einen Einfluss auf das Auftreten, den Politikstil und das Politikverständnis. Auf Landes- und Kreisebene sind nach Angaben von B4 kaum westdeutsche Politiker vertreten.

Die Positionen in der Politik im Osten sind nach B4 besetzt durch viele Seiteneinsteiger, die sich nach der Wende einbringen wollten. Dies ergibt eine gute Mischung aus verschiedenen **Berufen und Ausbildungen**. Es wird jedoch bemängelt, dass vor allem die Jugendlichen und jungen Leute in der Partei fehlen. Weiterhin befasst er sich, wie auch B3, mit dem Problem der Berufseinsteiger. Personen in der Politik sollten seiner Meinung nach erst einmal eine feste Ausbildung in dem Bereich haben, in welchem sie sich später engagieren wollen und einige Jahre Berufserfahrung (Lebenserfahrung) mitbringen. Zusammenfassend bringt folgendes Zitat die Einstellung von B4 auf den Punkt.

„Wir bewegen uns ja alle im gleichen Raum, ja. Von der Warte her ... äh sag ich jetzt mal auch ein CDU-Abgeordneter will normalerweise, dass es den Leuten ... bei ihm vor Ort gut geht. ... Ja, also was anderes würde ich ihm nicht unterstellen. //1 ... Sicherlich äh hat man ... unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. ... Ja. Während den CDU-Abgeordneten wahrscheinlich der Sozialhilfeempfänger äh etwas weniger interessiert und der sich mehr um die Belange der Wirtschaft kümmert, ... äh kommen die Sozialhilfeempfänger eben zu uns [...]. Also ich-ich äh ich sag mal, ich bin in weiten Teilen auch äh Dienstleister für Leute, die Probleme haben, wo ihnen kein anderer mehr hilft. ... Und das ... ist auch ein Stück weit, was Die Linke vor Ort ausmacht, ... dass zu uns wirklich jeder mit seinen... mit seinen Problemen kommt. [...] Aber ... so ist klar, da gibt es die ... die gravierenden Unterschiede im Verhalten vor Ort ... nicht unbedingt, weil ... man das auch in den- also das merkt man auch in den kommunalen Parlamenten. Da geht es ja immer um eine konkrete Sache. ... Will ich die konkrete Regionalentwicklung so oder nicht //2 und ... da muss man sich dann einigen. ... Und ich kann ja auch nur ... für soziale Dinge verteilen, wenn ich das Geld irgendwo erwirtschaftet habe. [...] Aber ich denke wirklich, der Unterschied zwischen ... der CDU und äh der Linken ist einfach die Frage, für wen bin ich Dienstleister. ... Und ... da haben wir unsere Rolle ... auch klar zugewiesen bekommen. ... Erschreckend ist, dass im Moment viele Wirtschaftsleute auf mich zukommen {lacht} //4. Zeigt ein bisschen was zum

¹³⁶ Ebd.: S. 18

Zustand der CDU. ... Wobei ich sage, ich kümmere mich auch um die. //5 ... Ja. ... Aber ... das würde ich nicht verallgemeinern. ... Da bin ich auch ein bisschen wirtschaftsnah von der- von der Ausbildung her auch ... daher, dass ich immer mal selbständig war zwischendurch, ... () wo man sicherlich ein anderes- ... ein anderen Zugang dazu auch hat, als ... das vielleicht anderen ... Genossen von mir ... //6 möglich ist. ... Ja. ... Na gut.“¹³⁷

B4 zeigte Interesse an dieser Untersuchung und ermöglichte mir weiteren Zugang zu statistischen Daten für den Wahlkreis. Das Gespräch fand im Thüringer Landtag statt.

5.1.5 Fall 5: „Also ich war ... äh stand schon sehr für diesen ...

Sozialismus.“

B5 gibt an, bereits zu DDR Zeiten (FDJ, K1, SED-Kreisleitung) und im Zeitraum nach der Wende bis zum jetzigen Amt politisch sehr aktiv gewesen zu sein (Wahlkreismitarbeiter, Stadtrat, gescheiterte Wahl zum OB). Bereits in der SED wurde eine verantwortungsvolle Position besetzt und B5 übernimmt für sich persönlich die Verantwortung für das Scheitern des Sozialismusmodells. Heute vertritt sie weiterhin das Ideal des Sozialismus, ist sich aber bewusst, warum das Modell in der DDR gescheitert ist. Der Widerspruch zwischen den Idealen und der Wirklichkeit war zu groß. Kritik an der DDR wird im Gespräch mit B5 jedoch kaum oder nur sehr phrasenhaft geäußert. Stattdessen meint sie, den Sozialismus gelebt zu haben. B5 möchte ihre Ideale weiter einbringen, sich für die Menschen und ihre Interessen einsetzen und „[...] eine andere Politik [...] machen, nämlich eine linke Politik.“¹³⁸

Das Wichtigste nach der Wende war es für B5, den eisernen Ring um die SED.PDS zu sprengen und zur praktischen Politik zu finden. Das bedeutete für die Expertin, dass die Gesellschaft nicht allein in der Partei geändert werden kann. Stattdessen muss die Politik durch die Menschen gewollt und von den Menschen getragen werden. Aus diesem Grund ist es für B5 besonders wichtig, praktische Politik zu machen und stets vor Ort zu sein (mit einem Bein vor Ort verankert). Dabei wird das Ziel, die Gesellschaft zu verändern, nicht aus den Augen verloren. Unter den Befragten lebt B5 am meisten die linke Ideologie.

„Habe ich erlebt, wie sich viele sozusagen über Nacht gedreht und gewendet haben und da habe ich für mich, also das war überhaupt gar keine Frage, entschieden ... das machst du nicht. Du bist ehrlich für was eingetreten {räuspern}, ... zugegeben das ist in der Form gescheitert ... äh, ... aber deswegen ändert sich sozusagen inhaltlich das, also äh na-eine-eine gerechte Gesellschaft, in der niemand sozusagen an den Rand gedrängt wird ... äh äh eine

¹³⁷ Ebd.: S. 25-26

¹³⁸ B5 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 15.03.2010. S. 1

Gesellschaft, die zukunftsorientiert ist, die sich damit auseinander setzt, dass eben nicht das Geld, sondern immer der Mensch, der Maßstab der Dinge sein muss. ... Das war doch deswegen nicht falsch. ... Das ist natürlich ein Prozess gewesen, ja. Das ist nicht in einer Woche abgehandelt, dreimal drüber geschlafen und äh dann war das in Ordnung. Also ich weiß nicht, wie viel Tränen und schlaflose Nächte und ... endlose Diskussionen es auch gegeben hat, um sich da ... neu zu positionieren. ... Aber das ich das nicht verrate, ... das war für mich immer klar.“¹³⁹

Neben der Parteitreue spielte für eine „Altlast“ jedoch auch der Zufall eine gewisse Rolle. Dass B5 nach der Wende politisch aktiv bleiben konnte, hatte sie ihrem Wissen um die Strukturen in der Partei zu verdanken. So konnte B5 als Mitarbeiterin im Wahlkreisbüro wieder Fuß fassen, das Vertrauen zu den Bürgern aufbauen und später für verschiedene Ämter bis hin zur Landtagsabgeordneten kandidieren.

„Das heißt äh Leute wählen mich ja nicht deswegen, sondern die wählen ... mich ja, also das-da bin ich mir ziemlich sicher ... äh trotz dieser Biografie. Weil es offensichtlich andere Gründe gibt, warum sie mir das Vertrauen aussprechen, auch als Person. ... Und das motiviert natürlich auch. ... Da fühlt man sich ja auch und-also nicht nur fühlt, da ist man verpflichtet und so.“¹⁴⁰

In Berichten über den Karriereweg, wird die Vorbildfunktion durch die Mutter verdeutlicht. Diese hatte den Krieg miterlebt und B5 antifaschistisch und als Kriegsgegner erzogen. Über den Vater wird lediglich erwähnt, dass er in den Westen gegangen sei. Nachfrage über Ausbildung und Beruf des Vaters werden folgendermaßen beschrieben:

„Also mein Vater kann man streichen, der ging in den Westen, der steht-stand auch nicht auf meiner Geburtsurkunde. Da war meine Mutter also offensichtlich sehr weitsichtig.“¹⁴¹

B5 gibt an, über ihr Verhalten und die Partei zu DDR-Zeiten nachgedacht zu haben. Heute versteht sie dadurch besser, dass es in der Politik nicht nur um die Opposition und den Kampf gegen den Kapitalismus gehen kann, sondern dass Politik für den Menschen und mit den Menschen gemacht werden muss. Das schließt sowohl den Gedanken ein, nicht über das Volk zu herrschen, sondern durch Abstimmungen ihre Meinungen zu berücksichtigen als auch das Realitätsbewusstsein, unpopuläre Entscheidungen mitzutragen. Um Politik für die Menschen zu machen, muss auch mit der Wirtschaft und allen anderen Aktivisten zusammengearbeitet werden.

¹³⁹ Ebd. S. 2

¹⁴⁰ Ebd. S. 4

¹⁴¹ Ebd. S. 28

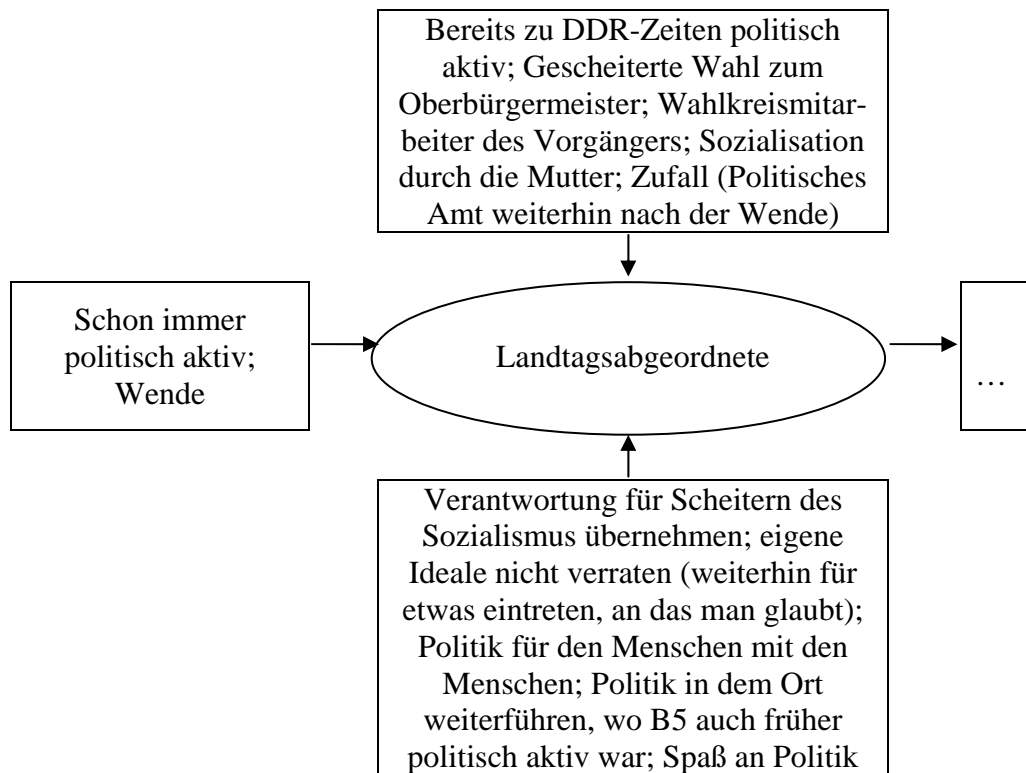


Abbildung 9: Kontext, Bedingungen und Handlungsstrategien von B5 auf dem Weg zur Landtagsabgeordneten

Die Verbindung zu den Mitgliedern der eigenen Partei sieht B5 vor allem im gleichen Hauptziel. Dieses stellt sich nach Angaben von B5 auf der Kommunalebene anders dar als auf gesamtgesellschaftlicher Ebene. Dennoch muss sich jede Entscheidung letztendlich unter dem Gesamtziel einordnen, da jede Entscheidung im Gesamten auf die Veränderung der Gesellschaft zielt (Kapitalismuskritik, Hartz IV, sozialer Gedanke, kein Krieg usw.). Auf der unteren Ebene soll jedoch in erster Linie Politik für die Menschen und die Stadt gemacht werden. Den Bürgern müssen beispielsweise Perspektiven und Arbeit geboten und die Stadt so zurückgebaut werden, damit sie funktionsfähig und lebenswert bleibt. Dabei wird laut B5 von der Linken keine Klientelpolitik betrieben. Mit der Wirtschaft wird im Sinne der Arbeit für die Stadt zusammengearbeitet und Einsparungen werden, wenn nötig, auch im sozialen Bereich verwirklicht. Dies geschieht immer mit dem Hintergedanken Strukturen nezugestalten, um so insgesamt soziale Leistungen erhalten zu können. Das zeigt das Realitätsbewusstsein, für die Stadt auf lange Sicht Politik zu machen und nicht für die Ideologie der Partei kurzfristige Ziele durchzusetzen. Dabei wird stets versucht die Bürger mitzunehmen und deren Meinung zu hören.

B5 sieht das **Problem** der Abwanderung und den daraus resultierenden Prozess des Stadtrückbaus nicht in der Stadtpolitik, sondern in der Gesellschaftspolitik. Sie ist der Meinung, dass den (jungen) Bürgern keine ausreichenden Lebensperspektiven (sowohl durch Arbeit als auch durch kulturelle Einrichtungen) geboten werden. B5 will die Stadt durch Umstrukturierungen und eine soziale Politik funktionsfähig halten und Lebensperspektive bieten.

Die Verbindung zu den anderen Parteien besteht für B5 darin, mit allen beteiligten Parteien im Sinne einer guten Demokratie und der Mehrheitsfindung Kontakt zu haben. Dabei gibt B5 an, mit allen Parteien außer zu den Rechten (Neofaschisten, Rechtsradikale) zu arbeiten. Die Schnittmenge bzw. Nähe zu den Parteien Bündnis 90/ Die Grünen und der SPD wird zwar als besonders groß angegeben, dennoch geht es vor allem um Politik für die Sache. Der Kontakt zu den anderen Parteien wird auf kommunaler Ebene als ausgeprägter beschrieben als auf Landesebene. Außerdem wird hervorgehoben, dass die Unterschiede in der Parteipolitik vor allem darin bestehen, welche Personen in der Partei die Politik tragen. Menschen sind die Träger der Politik und von ihnen hängt auch der Erfolg der Partei ab.

„[...] weil Menschen natürlich auch ein Anrecht drauf haben, sich äh entscheiden zu können ... sowohl was die Partei als- mit ihrer Politik angeht- als auch ... äh äh letztendlich äh sich zu entscheiden für den Menschen, der da als Kandidat antritt. ... Und das ist schon dann äh also ich würde mal sagen, äh äh gerade jetzt mit dem Direktmandat, also ich bin ja nicht bloß von ... Menschen gewählt worden, die also jetzt Die Linke wählen. ... Sondern das war schon deutlich drüber. Also muss es ja auch Unterscheidungen gegeben haben ... (die) sagen B5 ... ja, ... ist eine Linke, das ist ja unteilbar, ... aber die Partei aus welchen Gründen auch immer nicht, ja.“¹⁴²

Die Verantwortung eines Politikers aus Sicht von B5 wird im folgenden Zitat am besten beschrieben: „Also wer antritt zur Wahl ... und wer gewählt wird, der kriegt damit den Auftrag, ... mach was, was du uns gesagt hast ... und verwirkliche deine Ziele.“¹⁴³

Die Verbindung zu außerparteilichen Organisationen besteht vor allem in der Zusammenarbeit mit Vereinen und Verbänden, welche in der Sache für Veränderung stehen (z.B. ökologische und soziale Initiativen, Arbeitsloseninitiativen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbänden usw.). Die Nähe zu bestimmten Auffassungen wird bei der Zusammenarbeit in den Vordergrund gestellt. B5 ist in vielen kulturellen, sozialen und sportlichen Vereinen Mitglied, um vor Ort verankert zu sein und eine gewisse Vorbildfunktion in bestimmten Bereichen zu erfüllen.

¹⁴² Ebd.: S. 12

¹⁴³ Ebd.: S. 13

Auf die Frage nach den **politischen Freunden in der Partei** wird die Unzertrennlichkeit vom Privatleben und der Politik deutlich.

„Also ich will mal sagen, wenn man in der Partei äh ist, äh muss- b-das ist so ein schöner Spruch, muss man sich nicht lieben //1 ... äh, sondern in der Sache zusammenarbeiten. ... Aber dadurch, dass sich das also bei mir zu mindestens, also was mein politischer Anspruch ist-ist und mein ganz persönliches Leben, das sind-das ist natürlich eins, ja. Das ist ja in meiner Person.“¹⁴⁴

Dennoch gibt B5 an, dass die Partei für eine Freundschaft nicht ausschlaggebend ist und in erster Linie der Mensch im Vordergrund steht.

Zur **Hierarchie** in der Partei wird angegeben, dass es zwar keinen alleinigen Entscheidungsträger gibt, aber die Partei dennoch mehr als die Summe der Einzelpersönlichkeiten sein muss. B5 gliedert die Hierarchie in gewählte Gremien, Einzelpersönlichkeiten und die Basis. Dabei wird betont, dass man aus SED-Zeiten gelernt hat und die Entscheidung nicht in die Hände einzelner Personen gelegt wird, sondern in Konferenzen die Mitglieder mitentscheiden können. Dennoch sollten ihrer Ansicht nach die gewählten Gremien als Kompetenzzentren die endgültige Entscheidungsmacht haben. Auch den Einzelpersönlichkeiten (Bodo Ramelow, Oskar Lafontaine, Gregor Gysi) wird eine gewisse Führungsrolle zugesprochen, da diese stets mehr Aufmerksamkeit, Einfluss und Gehör haben als das einfache Mitglied. Zwar sollten sie nicht allein das Recht zum Entscheiden haben, aber im Einzelfall eingreifen können. B5 zählt sich auf Kommunal- und Landesebene selbst zu solch einer Führungsposition. Im Großen und Ganzen wird jedoch immer wieder der demokratische Prozess hervorgehoben, welcher die Entscheidungen aller mit einbezieht.

„Und insofern äh äh äh denke ich, auch wenn das manchmal ... ja das ist nicht so ein einfacher Prozess, da gibt es natürlich auch Auseinandersetzungen, aber das ist ganz normal, aber an-ansonsten haben wir die Lehren aus der SED, wo eben vieles nur ab genickt wurde, ... äh in einem tatsächlichen Diskussionsprozess zu Entscheidungen zu kommen, das ist glaube ich in der Linken ... in vielen Fällen gut ... gewährleistet. ... Und das setzt natürlich auch voraus, eine-eine mündige informierte Parteibasis, die sich auch ... äußert, w-w- äh wenn ... mal was nicht so läuft.“¹⁴⁵

Zur Herkunft der Mitglieder wird angegeben, dass auf den unteren Ebenen keine bis sehr wenige **Westdeutsche** in der Partei zu finden sind. Falls doch, dann streben diese meist Führungspositionen (z.B. Bodo Ramelow) oder die Bundesebene an, da die Westdeutschen als selbst- und karrierebewusster charakterisiert werden. Weiterhin wird von B5 über die Öffnung der Partei nach Westdeutschland durch die

¹⁴⁴ Ebd.: S. 15

¹⁴⁵ Ebd.: S. 20-21

Gründung bzw. der Vereinigung Der Linken gesprochen. Durch die Öffnung der Wähler-Liste auch für Nicht-Mitglieder der Partei können zusätzlich Personen in den Stadtrat, welche nicht Mitglied der Partei sind und somit aus anderen sozialen Zusammenhängen oder Motivationen politisch aktiv werden wollen.

Die **Struktur der Berufe** ist laut B5 in der Partei breit gefächert und es gibt kein Übergewicht bei bestimmten Berufen. Gerade die Vielfalt aus Rentnern, Gymnasialisten, arbeitslosen Auszubildenden, Rechtsanwälten usw. wird als Chance für Die Linke gesehen. Bei der Ausbildung wird erwähnt, dass eventuell die gesellschaftswissenschaftlichen Abschlüsse als auch die in der DDR Gebildeten in der Partei häufiger vertreten sind.

Aus dem Interview als Ganzes geht ein innerer Konflikt bei der Befragten zwischen der Ideologie und der Parteiarbeit im aktuellen System hervor. B5 ist sich bewusst, dass der Sozialismus in der Form, wie er in der DDR stattfand, zu Recht gescheitert ist und jeder der etwas erreichen will, sich mit dem jetzigen System engagieren muss, um für die Menschen Politik zu machen. Es besteht auch ein klares Realitätsbewusstsein darüber, dass bestimmte Forderungen und Vorstellungen, die aus der eigenen Ideologie kommen, auf der aktuellen Ebene nicht eins zu eins umgesetzt werden könne. Trotzdem lebt B5 die Ideale des Sozialismus. In vielen Aussagen zeigt sich, dass die Funktionsweise des aktuellen Systems und die Vorstellung der Demokratie (mit vielen Parteien und den verschiedenen Ansichten) als gut empfunden werden, aber dennoch die Kritik am heutigen kapitalistischen System und der Wunsch nach einem funktionsfähigen demokratischen Sozialismus bestehen bleiben.

„Und dann haben die Leute erzählt ... in der Stadt haben sich welche unterhalten, ... jetzt wo die Linken die Stärksten sind, werden die die Mieten senken //1. ... Da habe ich gedacht, um Gottes Willen ... also wenn die solche Erwartungen haben, das können wir doch nie - also weil-weil da haben wir gar keinen Einfluss rein. Das -das geht gar nicht und ich sage mal und je tiefer man in diese Gesellschaft eindringt, das ist ... das Netz ist wirklich so gestrickt und dazu kommt noch Teile und Herrsche, also Jeder gegen Jeden ... in einer gewissen, sage ich mal, ich will es gar nicht abwertend sagen ... Konkurrenzsituation, ... dass es eigentlich phänomenal ist, ja. Wie die ... also auch äh also auch durch diese ... Instabilität und durch die unterschiedlichsten Interessen ... genau daraus ihre Stabilität gewinnt. ... Also d- das - das ist äh ... und äh das hätte der Sozialismus nie ... weil-weil-weil das äh also so zentralistisch, wie es angelegt war, ja, ich mein es hieß Demokratischer Zentralismus ... ich habe lange gesagt, wenn der Demokratische Zentralismus halt demokratisch gewesen wäre, wäre es richtig gewesen, weil ich glaube auch, dass es ein gewisses Maß an Verbindlichkeiten geben muss, also auch bei Linken. Also ich mein ... nur alles in Selbstorganisation so, das ist glaube ich illusionär. ... Also es muss schon ... Verbindlichkeiten geben. ... Aber das ist einfach viel zu starr gewesen, das hat kein systemischen Charakter gehabt, während-während diese Gesellschaft ... wirklich systemisch organisiert ist, ... in-in Widerspruch, in Konkurrenz und ... und ich meine, die Strippen werden ganz wo anders gezogen {lacht}, das ist äh, //2 also und da entscheidet wirklich das Geld und die Ressourcen ... und das ist ... also das ist

eigentlich ... also ich-ich mein, ich bewunder das jetzt nicht, ich sage nur, ... dass es unwahrscheinlich schwer sein wird, das irgendwie aufzubrechen.“¹⁴⁶

Beim Internetauftritt werden als politische Ziele mehr Gerechtigkeit, Freiheit und Emanzipation sowie Arbeit, Bildung und Chancengleichheit als Fundament der Demokratie angegeben. B5 war von Anfang an bereit, diese Studie zu unterstützen. Das Gespräch fand im Wahlkreisbüro statt. Die Mitarbeiterin von B5 war während des Gespräches anwesend und nahm teilweise auch am Gespräch teil. Mit fast zwei Stunden war dies das längste und ausführlichste Interview. B5 wirkte in ihren Aussagen ehrlich und reflektiert, jedoch auch immer „hin und her gerissen“ zwischen dem aktuellen Verständnis für eine praktische Politik in den heutigen Verhältnissen und den tief verankerten sozialistischen Idealen aus der DDR.

5.1.6 Fall 6: „[...] wenn es mal die ... Geschichte erlaubt ... bringe ich mich für meine Heimatstadt [...] ein.“

B6 gibt an, dass er sich schon immer für seine Heimatstadt politisch engagieren wollte, dies aber erst möglich war, als es die gesellschaftlichen Verhältnisse zuließen (nach der Wende). Er wurde 1990 im Rahmen der gesellschaftlichen Veränderungen von Parteimitgliedern der CDU in der Stadtverordnetenversammlung zum Bürgermeister vorgeschlagen und gewählt. Hauptziel war es, sich im Bereich der Bildung einzubringen und als ehemaliger Lehrer den Unterricht zu entideologisieren. Dabei ist er in politische Verantwortung gekommen, mit der festen Überzeugung sich einzubringen, ohne zu wissen, was auf ihn zukommt.

„Also äh ja äh ... ich hatte natürlich kein Programm und kein () ... äh also als Lehrer, der ich äh bis dahin war oder zu mindestens während der Kandidatur ... äh war, wollte ich letztendlich mithelfen an den gesellschaftlichen Veränderungen, besonders auf dem Gebiet ... letztendlich der-der- der Bildung ... äh und äh ... puh, ja wie soll ich das sagen ... halt so diese-diese-diese (Absicht) so ein bisschen entideologisieren, ... äh den Unterricht als solches, wobei es ja in Mathematik und Physik, ... die beiden Fächer, die ich vertrete ... äh sicherlich ein bisschen anders zu sehen ist als äh in den Geisteswissenschaft- in den Naturwissen- nein in den Geisteswissenschaften, so muss ich das sagen. ... Aber ... habe immer scherzhaft äh gesagt äh zwei mal zwei ist vier und wir hätten es gerne f-fünf gehabt //, manchmal.“¹⁴⁷

¹⁴⁶ Ebd.: S. 31

¹⁴⁷ B6 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 16.03.2010. S. 3

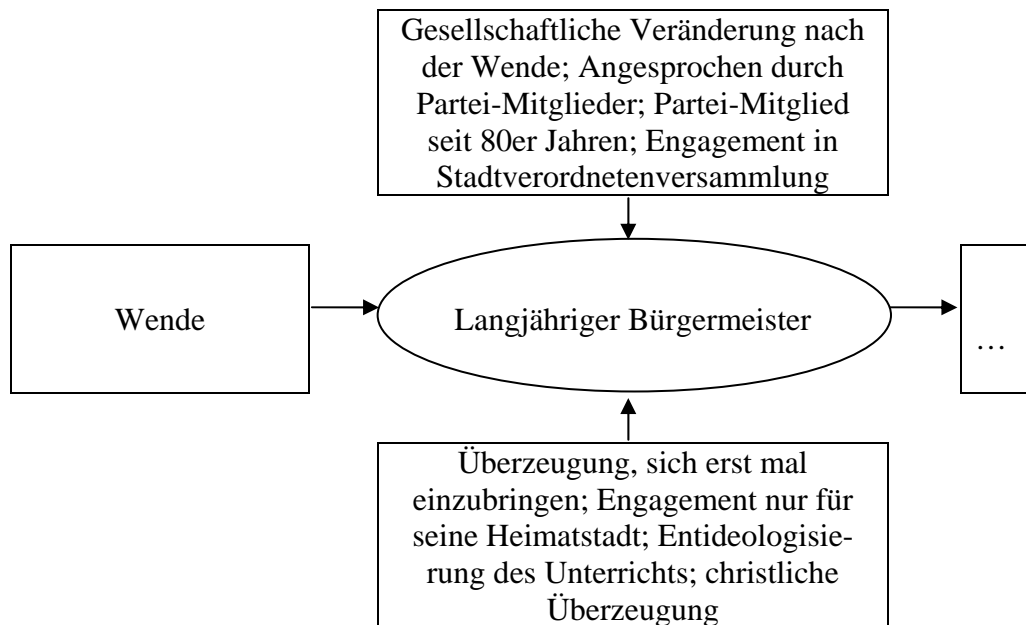


Abbildung 10: Kontext, Bedingungen und Handlungsstrategien von B6 auf dem Weg zum langjährigen Bürgermeister

B6 gibt an, sich zu **DDR-Zeiten politische** im System nicht eingebracht zu haben. Dennoch ist er bereits seit den 80er Jahren CDU-Mitglied. Dies war nach seinen Angaben zur Ausübung des Lehrerberufs notwendig, da Lehrer in einer Partei sein mussten. Er wollte der SED zuvorkommen, (d.h. er ging nicht in die SED, damit er nicht von oben über sich verfügen lassen musste) und wählte die CDU aufgrund seines christlichen Standpunktes.

B6 äußert bei seinen Aussagen moderate Kritik am System der DDR (keine Meinungsfreiheit, von oben regiert, Vorteile für Parteimitglieder usw.). Das Hauptanliegen von B6 war es in der DDR und ist es auch heute, gesellschaftspolitisches Engagement für den Menschen zu leisten und nicht für eine Ideologie. Dabei betont er den Glauben an das Gute im Menschen und die Gesellschaft. Er sah sich nach der Wende als geeignete Person für das Bürgermeisteramt, da die alten Personen aus der Verwaltung ersetzt werden mussten und er sich selbst nicht als „Altlast“ sah. Nur so konnte sich der gesellschaftliche Umbau vollziehen. Er war also nie vorbelastet durch eine Parteimitgliedschaft in der SED oder andere Verwaltungsarbeiten in irgendeiner Art.

Die **Hauptaufgabe** als Bürgermeister sieht B6 darin, Entscheidungen zu treffen und Wege zu gehen. Gerade der Umbau nach der Wende hat es verlangt, neue Wege zu gehen. Bei seiner Arbeit vertritt B6 die dogmatische Auffassung, dass es nur

Falsches oder Richtiges gibt (Halbrichtiges ist für ihn Falsch). Dennoch ist es besser, falsche Wege zu gehen und zu revidieren als garkeinen Weg zu gehen. Bei allem, was er macht, geht es auch darum, den Menschen mitzunehmen, ihm beizustehen und Orientierung zu bieten („Geteiltes Leid ist halbes Leid“). Christliche Gedanken kommen bei diesem Interview oft zur Sprache. Außerdem ist sein Denken stark geprägt von naturwissenschaftlichen Vorstellungen (Mathe- und Physiklehrer), womit er seine Aufgabe als Bürgermeister oft vergleicht. Für ihn war das politische Vorgehen in der DDR definitiv falsch und der Erfolg entscheidet darüber, ob richtig vorgegangen wurde.

„Und wenn sie davon ableiten ... oder wenn man davon ausgeht, dann kann man ableiten, ... äh mein gesellschaftspolitisches Engagement ... nach der Wende ... äh war eben genau auf das gerichtet, ... nämlich ... die Persönlichkeit ... des Schülers, die Persönlichkeit ... aller Menschen im Grunde ... etwas stärker äh herauszustellen, es zu stärken ... und letztendlich ... äh zu erreichen, dass am gesellschaftlichen Umbau ... äh alle äh gewissermaßen etwas einbringen können. ... Der Glaube an das Gute. [...] Und ... an den Anfängen der 90er Jahre, äh war bis weilen schon noch zu beobachten, ... dass viele verharren haben ... auf das, was da kommen mag. ... Aber es kam nichts. ... Selbst ist der Mann oder selbst ist die Stadt. ... Und äh da es keine Rezepte für die Entwicklung unserer äh Gebietskörperschaft dieser Stadt, dieser typische äh sozialistische Stadttyp ... mit großer Industrie und vielen jungen Menschen, ... äh der hat es erst Recht schwer, einer der schwierigsten Ausgangssituationen, die es überhaupt in den neuen Ländern gegeben hat. ... Äh, da es keine Rezepte gab ... musste man versuchen, ... selbst welche zu entwickeln, ... um ... falls sie nicht erfolgreich waren, das hat man natürlich nicht gehofft, aber trotzdem, aber selbst für den Fall, dass sie nicht erfolgreich sind, ... sich wenigstens nicht den Vorwurf machen lassen muss, es nicht versucht zu haben. [...] Wenn es gelingt, die Menschen mit zu nehmen, ihnen Zukunfts- ... Perspektiven aufzuzeigen ... ihnen das Selbstwertgefühl st- äh ... helfen zu steigern, ... glaube, dass war das Wichtigste. Wir sind wer ... und wir kriegen (was/das) hin. ... Denke, das ist schon so. ... Ja das sind so ein bisschen so die ... so meine be-umrundeten Beweggründe.“¹⁴⁸

Die **wichtigste Aufgabe** für B6 nach der Wende war es, von der Planwirtschaft und dem Prinzip Arbeiten und Wohnen der DDR auf ein für ihn lebenswerteres Prinzip und Wirtschaften umzustellen. Vor allem die Wohnverhältnisse in der DDR werden stark kritisiert und als unnatürlich deklariert. Heute ist der demografische Wandel das wichtigste Problem und die Hauptaufgabe, die daraus folgt, die Stadtentwicklung. Die Stadt muss zurückgebaut werden, um so das Leben für die restlichen zurückbleibenden Menschen weiterhin vernünftig gestalten und finanzieren zu können. Dafür werden Netzwerke zwischen engagierten Bürgern und Institutionen aufgebaut und versucht die Wirtschaft anzukurbeln. Konkret bedeutet das für B6, dass die Region als Wirtschaftsstandort gestärkt und ein ausgeglichenes Verhältnis zwischen Wohnen und Arbeiten erhalten werden muss. Bei seinen Ausführungen

¹⁴⁸ Ebd.: S. 4-6

verdeutlicht sich oft der christliche Standpunkt. Außerdem wird der Leistungsgedanke deutlich gemacht (Hartz IV-Kritik, Leistung muss sich lohnen und unterscheiden usw.).

„Äh wir sind auf einem- äh wir sind auf einem Wege äh, dass sich eine Stadt gesund schrumpft ... unter den gesellschaft-äh unter den - den Bedingungen ... der demografischen ... Veränderungen. ... Wir haben ... diesen ... äh diesen Prozess angenommen, ... um ihn für uns, für die Entwicklung unserer Stadt zu nutzen. Wir betrachten ... diese demografische Veränderung, sprich die immer älter werdende Generation, immer weniger ... äh nachrückende junge Menschen nicht als eine äh Art Geisel Gottes, ... sondern wir betrachten sie als Chance ... für eine nachhaltige Entwicklung. ... Und viele Beispiele ... äh äh zeigen ... äh, dass dieser Prozess zweifellos ... äh erfolgreich sein kann ... äh, dass er die Menschen mit nimmt, dass er das Selbstwertgefühl der Menschen ... steigert. ... Stolz auf die Stadt und damit Stolz auf sich selber. [...] Nicht ... unnützes Festhalten ... an Überkommenen ... denke, das ist eine wichtige Größe ... äh das Erkennen ... und Aussprechen ... und darauf reagieren von Unvermeidlichen. ... Für unsere Stadt bedeutete das, ... die Wirtschaftspotentiale der Stadt ... reichen nicht aus, ... um die künstlich geschaffen- um das künstlich geschaffene Gleichgewicht ... von Arbeiten und Wohnen bei 16 - über 16.000 Einwohnern ... aufrecht zu erhalten. ... Und wenn diese Erkenntnis belegt ... werden kann, ... dann heißt das automatisch ... wir müssen uns trennen, wir müssen eine andere Strategie entwickeln, wir müssen uns trennen, von dieser künstlich aufgeblähten ... Stadt. ... Nicht ... das was heute ... sich durch diesen V-Veränderungsprozess auftut ist das Unnormale. Unnormal ... ist ... der Zustand ... unmittelbar nach der Wende. ... Das war das Unnormale, ... nämlich auf engsten Raum ... die Menschen zusammengepfercht, ... zwar ausreichend Arbeitsplätze, ... aber ein insgesamtes ... äh Klima, ... äh dass doch mehr ... im Zusammenhang mit Mangelverwaltung mit ... äh engen äh begrenzten Ressourcen zu tun hatte. [...] Mit uns und für uns. ... Fast wie in der Kirche. //2 ... Bitte für uns, ja? //3 ... Also mit uns und für uns. ... Wir sind es selber, ... wir selber ... kein anderer, ... der ... die Verantwortung hat, ein Leitbild zu entwickeln ... für ... diese Stadt ... aus der dann Schritt für Schritt ... aus der dann Schritt für Schritt äh weitere ... Veränderungen ... hervor gegangen sind [...].“¹⁴⁹

B6 geht es bei seiner Aufgabe nicht um Parteipolitik, sondern darum, die Verantwortung für alle in der Stadt zu tragen und auf Grundlage der Bedürfnisse der Menschen zu handeln. Dies verwirklicht er auf der Grundüberzeugung christlicher Politik, welche in besonderer Weise von der CDU getragen wird.

Als **Verbindung zu den eigenen Parteimitgliedern** wird das christliche Menschenbild mit den traditionellen Werten, der christlichen Überzeugung und dem sozialen Engagement angegeben. Dabei sieht er die Schwerpunkte in der Bildung und Wirtschaft. Im Grunde richtet sich diese Verbindung nach dem großen Parteiprogramm, wobei auf kommunaler Ebene als Vollziehender agiert wird und ein gewisser Spielraum besteht.

Die Verbindung zu anderen Parteien besteht in einer Zusammenarbeit mit allen Parteien, um die Stadt voranzubringen (Bewusstsein, für die Menschen etwas zu tun). Dabei wird das Verständnis von B6 deutlich, dass er gewählt wurde, um eine

¹⁴⁹ Ebd.: S. 9-10

Richtung vorzugeben. Der Erfolg gäbe ihm Recht, dass seine Richtung die richtige ist.

„[...] die Aufgabe, eine Stadt voranzubringen ... ist eine Aufgabe, die am besten gelingt, wenn man möglichst viele hinter sich schrauben kann und ... gleiche ... äh ... möglichst i-in die gleiche Richtung marschiert. ... Äh ... ich denke sagen zu können, dass über all die Jahre, wir ein ... zweifellos ... äh gutes Miteinander gehabt haben im-in dem Bewusstsein für unsere Menschen etwas zu tun. ... Mal ganz unabhängig davon, ... äh ob aus schwarzer roter oder-oder ... hellroter oder grüner Richtung oder wie auch immer um jetzt mal die Hemdfarbe zu betrachten. [...] Wir haben uns nie als Feinde oder-oder ähnliches ... äh betrachtet, sondern bestenfalls als Gegner, ... aber Gegner in-in-in Einzelpositionen, nicht so sehr- ... nicht so sehr in der grundsätzlichen Annahme ... äh also Leute hier, in die Richtung geht es. ... Ja? ... Erfolgreich auch parteipolitisch waren die, ... die mit in die Richtung gegangen sind, nicht die, ... die Konfrontation ... geübt haben. Der Bürger hat ein Gespür. ... ob für ihn etwas geschieht oder ob man sich da nur tummelt auf irgendwelchen ... äh Kampfplätzen ... äh von- von parteiichen Inhalten.“¹⁵⁰

Dennoch grenzt er sich klar zu den Parteien ab, welche die Gesellschaft und Menschenwürde in Frage stellen.

Bei der Frage nach den **politischen Freundschaften** wird von Freundschaften zu Mitgliedern der eigenen Partei und Personen, die der CDU und deren Inhalten nahe stehen, berichtet. Im Prinzip wird jedoch versucht, Freundschaften und das beruflich gesellschaftliche Engagement zu trennen (Freundschaften ergeben sich nicht zwangsläufig aus der Parteimitgliedschaft).

Die Hierarchie in der Partei wird folgendermaßen erläutert: B6 bezeichnet die Parteiarbeit als Kollektivarbeit, bei der die Rückkopplung der Basis benötigt wird, um die Arbeit vor Ort ausüben zu können. Nur so kann der Meinung nach ein Gespür für die Sorgen und Nöte der Bürger entwickelt werden. Dennoch braucht es seiner Meinung nach Personen, welche die Lenkung- und Leitungsverantwortung übernehmen und die Entscheidungen nach außen tragen. Er sieht sich in seiner Position als solch eine verantwortliche Persönlichkeit.

„Naja äh äh es liegt in der Natur der Sache, dass Menschen, die ... die in-in bestimmten Gremien äh sich befinden aufgrund ihrer beruflichen äh ... äh Gegebenheiten oder äh Vernetzungen äh, dass diese Personen, die dann wiederum ... äh häufig äh spezielle Funktionen ausüben äh Fraktionsvorsitzende, äh ... äh oder äh Ausschussvorsitzende, etc. ... dass die natürlich schon ein höheres Gewicht ... äh an den Tag legen können, als Andere. ... Es gibt überall Indianer und Häuptlinge.“¹⁵¹

Westdeutsche sind nach B6 in der Partei nur sehr wenige zu finden und wenn, dann in unauffälligen Positionen. Er persönlich kennt keine in der CDU. Die **Berufe** in der Partei sind laut B6 breit gestreut, so dass keine Berufsgruppe dominiert. Die überwiegenden Mitglieder kommen seiner Meinung nach aus dem Mittelstand. Es

¹⁵⁰ Ebd.: S. 13-14

¹⁵¹ Ebd.: S. 18

wird angegeben, dass die Berufe und Abschlüsse nicht von Bedeutung sind, um in die Partei einzutreten, sondern das Engagement und die innere Einstellung.

„E-es ist jeder willkommen. ... Es ist jeder willkommen, so er sich den Grundsätzen unterwirft und - und äh ... äh den parteilichen Inhalten, wenn Sie wollen, den programmatischen Inhalten. ... Und ansonsten einfach engagiert mitmacht. ... Wir sind auch in einem gewissen Sinne Gesellschaftsverein. ... Wenn man es so nimmt. ... Das Wort Partei () nicht überbewerten.“¹⁵²

B6 wirkte bei dem Interview sehr selbstsicher und überzeugt von seiner Arbeit. Der Erfolg würde ihm Recht geben. Zum Teil müssen die Bürger laut B6 auch zu ihrem Glück gezwungen. B6 ist sich bewusst, dass viele Wähler nicht die Partei, sondern die Person wählen. Er hat große Verantwortung übernommen nach der Wende und weiß, dass er versuchen muss, so viele Menschen wie möglich zu überzeugen und mitzunehmen und am besten funktioniert das über Erfolg.

„Wissen Sie, als Bürgermeister werden sie gewählt ... wenn den Wählern deutlich wird, ... dass mit Ihnen wirklich etwas ... erreicht werden kann. ... Deswegen hat es ja Bürgermeister B6 ... durchaus ... äh relativ leicht. ... Das ist schon so, das hat ja die- haben ja die letzten Wahlen gezeigt. Und ich ... ich mein in vier Wochen ist ja wieder Wahl oder i-in sechs Wochen ... ich -ich hoffe mal- , man muss ja auch selbstbewusst sein, ... ich hoffe mal, dass ich gewählt werde ... und weil durchaus doch nicht wenige Wähler äh wissen, also wenn ich den wähle, da weiß ich genau, da machen wir da und das und da wird was durchgesetzt und das nicht und man guckt natürlich auf das, ... was schon da ist, was sich schon verändert hat. Also ... mit veränderter ... Stadt ... äußerlich und innerlich. ... Damit ... machen sie Politik und damit werden sie gewählt. ... Nicht mit den Sprüchen, ich will alles besser machen und anders machen. [...] ich habe ... sehr schnell gespürt, wie ungeheuer hoch die Verantwortung ... für einen Bürgermeister ist, der gerade in den Anfangsjahren die Richtung vorgeben musste. ... Und ja schnell ... auch ... eine Fehl ... in ein-ein- ... in eine äh- ... auf ein Weg ... äh hätte sich begeben können, der sich im Nachgass äh Nachgang als Sackgasse erweist. [...] fast jeder, der ein Leserbrief, in dem er mich schlecht macht, ... was ich ihm gar nicht übel nehme, aus seiner Position heraus, ... aber fast jeder erwähnt mindestens einen Satz: ... Da die unbestrittenen Leistungen und-und die der Bürgermeister erreicht hat. ... Was ja was Schönes ist, zeigt ja Anerkennung, auch Außerhalb.“¹⁵³

Zur letzten Wahl bekam B6 eine volle Zustimmung bei der Wahl mit fast 100 Prozent. Dabei muss jedoch beachtet werden, dass sich kein Gegenkandidat aufstellen ließ und die Wahlbeteiligung bei ca. 23 Prozent lag.¹⁵⁴

Auf seiner Internetseite spricht sich B6 vor allem für geordnete Finanzen, eine geringe Verschuldung, eine starke Wirtschaft, sichere Beschäftigungen und die soziale Verantwortung aus. Ziel ist es, kleine Orte zu einem starken Wirtschaftszentrum zusammen zu schließen und Städte zu schaffen, aus denen die Menschen nicht mehr abwandern.

¹⁵² Ebd.: S. 19

¹⁵³ Ebd.: S. 22-23

¹⁵⁴ Vgl.: Thüringer Landesamt für Statistik (2010): Wahlen im Freistaat Thüringen. URL: <http://www.wahlen.thueringen.de/WahlSeite.asp> (Zugriff am: 04.06.2010)

5.2 Deskriptive Analyse (Feldanalyse)

Am Ende der Phase B, der Dimensionalisierung und Feincodierung, haben sich Codes zum gesamten Feld herausgebildet, welche im deskriptiven Teil beschrieben werden. Zuvor soll jedoch noch einmal kurz das Feld bzw. deren demografische Angaben vorgestellt werden.

Die Befragten wurden zwischen 1945 und 1960 geboren, darunter befanden sich zwei Frauen und vier Männer. Zwei der Befragten waren katholisch und der Rest konfessionslos. Alle Befragten haben eine höhere Ausbildung absolviert. Als höchste Ausbildung geben zwei der Befragten ein Ingenieurstudium, zwei eine Lehrerausbildung, einer eine Hochschulausbildung zum Verwaltungsfachwirt und einer die Ausbildung zum Wirtschaftskaufmann an. Alle bis auf ein Experte geben an, Mitglieder in Vereinen und anderen Organisationen zu sein. Die Ausbildung der Eltern der Experten reicht von der Volksschule bis hin zum Gymnasium. Die zuletzt ausgeübten Berufe der Eltern lassen sich von einfachen Arbeitertätigkeiten bis hin zu höheren Positionen als Dozent, Verwaltungsarbeiter oder Leiter einer Aufsichtsbehörde einordnen. Der Frauenanteil in der eigenen Partei wird von den Befragten der Linkspartei 10 bis 20 Prozentpunkte höher eingeschätzt als von den CDU-Politikern. Die Aussagen der Politiker lassen sich in drei Bereiche gliedern. Es wurde über die Wege in die aktuelle Position, über politische Grundprobleme und Aufgabenfelder im jetzigen Amt sowie über die Verhältnisse zu den Bürgern berichtet.

5.2.1 Wege der Abgeordneten in die aktuelle Position

DDR-Kritik

Bei der Frage nach dem Weg in die aktuelle Position ist die Wende ein zentrales Thema bei den Befragten. Aus diesem Grund ist die **Einstellung zur DDR** und besonders die **Kritik an der DDR** ein bedeutender Punkt, um differenzierte Einstellungsmuster zu verdeutlichen. Insgesamt wurde als Summe von allen Befragten Kritik über die SED bzw. das Partei- und Wahlsystem, den Staat, die Umweltpolitik, die Wirtschaft und Arbeit sowie die Bildungspolitik in der DDR geäußert. Im Detail ergeben sich folgende Kritikpunkte:

- SED/ Wahlsystem (Bevormundung durch die Partei, fehlende politische Vielfalt, beeinflusste Wahlen, Vorteile für Parteimitglieder, Ungleichheit, Arbeiterquote in der Partei)

- Staat (Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit, Staat erzieht zum Lügen, Terror durch die DDR, Gleichmacherei, Lenkung durch den Staat, keine Selbstverantwortung, keine Entfaltungsmöglichkeiten, totalitäres Regime, übergeordnete Ziele, keine Meinungsfreiheit, Überwachung, keine Reisefreiheit)
- Umweltpolitik (Umweltverschmutzung, Raubbau)
- Wirtschaft und Arbeit (Versteckte Arbeitslosigkeit, fehlende Produktivität, Mangelverwaltung, Monokultur/ -industrie)
- Bildungspolitik (Ideologisierung, vorgezeichnete Bildungswege)

Die Kritik wird bei der Linken eher schwach (B1, B2) oder nur auf wenige Themenpunkte beschränkt (B5) geäußert. Die linken Bürgermeister kritisieren sowohl die fehlende Meinungsfreiheit als auch die Partei bzw. die Wahlen. Die linken Landtagsabgeordneten konzentrieren sich eher auf das gesamte System in der DDR (z.B. das Scheitern des Sozialismus) oder aber kritisieren Schwerpunkte, welche die eigenen Interessen (z.B. Umweltpolitik) abdecken. Bei den Mitgliedern der CDU ist die Kritik stärker ausgeprägt. Besonders das Interview mit der Landtagsabgeordneten B3 ist geprägt von DDR-Kritik und betrifft alle oben aufgeführten Punkte.

Die differenzierte Einstellung gegenüber der DDR könnte in vielen Teilen Thüringens von den Wählern zunehmend negativ interpretiert werden. Gerade in den befragten Regionen gab es zu DDR-Zeiten Strukturen, welche für Arbeitsplätze, ein anderes Wohnumfeld und andere Lebensbedingungen gesorgt hatten. Wähler, bei denen heute in unsicheren Zeiten beispielsweise durch die Wirtschaftskrise positive Erinnerungen an die DDR aufkommen, stehen der scharfen Kritik der CDU-Abgeordneten eventuell unstimmig gegenüber. Kritik an dem Leben damals wird in schlechten Situationen heute zum Teil nicht mehr so negativ interpretiert bzw. als ungerechtfertigt empfunden. Daraus ergibt sich die These, dass die kritische Einstellung der CDU-Politiker 20 Jahre nach der Wende nicht mehr im selben Maße geteilt wird wie damals.

- Eher schwach ausgeprägte DDR-Kritik: B1, B2, B4, B5 (Die Linke)
- Eher stark ausgeprägte DDR-Kritik: B3, B6 (CDU)

Dennoch sind und waren auch die Linken nicht ohne Kritik. B1, B2 (Bgm. Die Linke) erwähnen genauso wie B3 (MdL CDU) jeweils ein Beispiel, wo sie sich

bereits zu DDR-Zeiten gegen gewisse Missstände „aufgelehnt“ haben und dadurch mit dem System bzw. der Partei in Konflikt geraten sind. B1 schrieb offene Briefe an Erich Honecker bezüglich des Verbotes der Zeitschrift „Sputnik“ und dem Wunsch der Beseitigung der alten Kader auf Landesebene. B2 stellte kritische Fragen seiner Schüler bei einer großen Parteiversammlung und B3 verkündete öffentlich zu Silvester vor dem Fenster des damaligen Bürgermeisters, dass sie allen Christen ein Frohes neues Jahr wünsche nur den Kommunisten nicht.

„Und dann hat ich mal ... auf einer größeren Parteiveranstaltung [...] die ganzen Fragen, die sich bei- im Herbst angestaut hatten, auf einer Parteiversammlung, großen Parteiversammlung gesagt ... und da bin ich dann rausgeflogen //1 aus dem Saal. Rausgeschmissen worden. Die Hälfte hat geklatscht und die Hälfte hat ... schweigend zu Boden geguckt. Und das hat mir aber in der Nachwendezeit, obwohl ich von der Kreisleitung komme, ... geholfen ... sowohl im Großbetrieb der Stadt selbst, also im Betrieb, mich haben dann Leute angesprochen, die ich überhaupt nicht kannte: was hast du gemacht, toll und wie-wie das so ist. {flüsternd gesagt} ... und das hat mich dann auch, sozusagen über die Wendezeit, das war ja im Oktober, ... im Mai waren dann die ersten Kommunalwahlen, die freien, ... hat mich bis dahin sozusagen...gehalten, dass die Leute einfach gewusst haben, da ist einer ... der macht auch mal den Mund auf und der redet auch mal. ... Ja un-un-un-un-un-und die-diese Grundhaltung, die wird offensichtlich ... an mir geschätzt. Also selbst politische Gegner ... akzeptieren das, was ich mache. ... Weil ich äh wie gesagt nicht, nicht dogmatisch bin, sondern ich hab meine Position, ... aber ich versuche immer zu verstehen [...]“¹⁵⁵

- Öffentliche Kritik: B1, B2, B3
- Keine öffentliche Kritik erwähnt: B4, B5, B6

Unabhängig davon, wie stark oder in welcher Form die Kritik geäußert wurde, gibt es eine Trennung zwischen den Politikern, die sich ihres Erachtens erst nach der Wende richtig einbringen konnten (die die Wende als Befreiung erlebt haben und bei der gesellschaftlichen Veränderung mithelfen wollten) und den Politikern, welche die DDR unter anderen Umständen behalten und lediglich die Missstände abändern wollten. Gerade B3 und B6 (CDU) konnten sich ein politisches Engagement erst nach der Wende vorstellen und wollten bei der gesellschaftlichen Veränderung mithelfen bzw. sich einbringen, um etwas zu verändern. Dabei wird beispielsweise die Entideologisierung der Bildung und des Unterrichtes betont. Zwar hatten sich diese Befragten bereits in der Partei bzw. in der Kirche einbringen können, aber ohne konkret etwas zu beeinflussen oder zu verändern.

„[...] was wir ja vorher nicht konnten, das erste Mal sich auch ... frei einzubringen. ... Ich meine ... politisch konnte man sich äh in der DDR auch einbringen, so ein bisschen auf kommunaler Ebene. ... Aber äh so-so äh frei zu gestalten, seine Meinung einzubringen ... äh ... das war ja erst 1990 möglich. ... Und ich wollte was bewegen, ich wollte was verändern [...]“¹⁵⁶

¹⁵⁵ B2 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 22.02.2010. S. 30

¹⁵⁶ B3 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 06.03.2010. S. 2

Auch der linke Bürgermeister B1 gibt an, dass er erst nach der Wende richtig politisch aktiv werden konnte und die Wende als eine Befreiung erlebt hatte. B1 und B3 setzten sich für eine Abschaffung der alten Kader auf der Kreis- und Bezirksebene ein. B2, B4 und B5 (Die Linke) hingegen erwähnen keine Kritik, die sich direkt auf die Systemfrage bzw. die Abschaffung der DDR bezieht. B5 gibt an, sehr für den Sozialismus gestanden zu haben. B4 wollte Bewährtes aus der DDR übernehmen und die Widersprüche der DDR mithilfe der SED abändern und auch B2 wollte die DDR unter anderen Aspekten beibehalten.

„Politisch was verändern ja ... also den Wunsch hatte ich, ja. Ich sag mal, das hat mich ... diese äh Umweltprobleme, die wir hatten zum Beispiel, das hat mich einfach angestunken und daran wollte ich was ändern ... ja. Und da war die Frage, ich hab ja nicht die Systemfrage gestellt damals, //1 ja. [...] Ich hab gedacht, dass kann man im System ändern, ... ja. ...Und ... de-den Wunsch zur Veränderung gabs schon, freilich. ... Aber ... wie gesagt, das-der hat sich erhalten bis heute und immer noch äh an den gleichen Zielen //3 {lacht}.“¹⁵⁷

- DDR abschaffen: B1, B3, B6
- DDR abändern/ beibehalten: B2, B4, B5 (Die Linke)

Bei der geäußerten DDR-Kritik geben B2, B5 (Die Linke, selber Wahlkreis) und B6 (Bgm. CDU) explizit an, keine Widerständler bzw. Freiheitskämpfer gewesen zu sein, sondern lediglich nicht alles widerspruchslos hingenommen zu haben. Nur aus den Aussagen von B3 (MdL CDU) lässt sich die Einstellung erkennen, dass dieser Politiker nicht bloß aufstiegsorientiert war, sondern offensiv Widerstand geübt und in gewisser Art und Weise für die Freiheit „gekämpft“ hat.

Bezüglich des Weges in die aktuelle Position äußern sich die Befragten zu den politischen Tätigkeiten, die vor der jetzigen Position ausgeübt wurden und besonders zu den **politischen Tätigkeiten vor der Wende**. Damals beschränkte sich das Engagement von B3 auf umweltpolitisches und soziales Engagement in der Kirche. In den 80er Jahren wurden B3 und B6 Mitglied der CDU, um ihren christlichen Standpunkt zu untermauern. B6 erwähnt zusätzlich die Notwendigkeit dieser Parteimitgliedschaft, damit der Beruf des Lehrers ausgeübt werden konnte. Er wollte so der SED zuvorzukommen, um nicht dort eintreten zu müssen. Die Mitglieder der Linkspartei waren hingegen staatsnah bzw. in der SED tätig. Auch hier lässt sich, wie schon bei der DDR-Kritik, ein Unterschied zwischen den Bürgermeistern und den Landtagsabgeordneten der Linken erkennen. Die Bürgermeister geben zwar an, in der SED Mitglied (z.B. Mitarbeiter der Kreisleitung, APO Sekretär) oder Mitarbeiter in der Gewerkschaft (FDGB) gewesen zu sein, dies aber nur in

¹⁵⁷ B4 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 10.03.2010. S. 7-8

untergeordneten Positionen und lediglich für kurze Zeit, da ihnen diese Arbeit nicht zusagte bzw. sie sich nicht frei einbringen konnte. Die Landtagsabgeordneten erwähnen hingegen bereits in früheren Phasen die Nähe zum Staat und geben verantwortungsvolle Positionen an (FDJ-Gruppenleiter, Jungpionierchef, Mitglied bei der Volkspolizei, Wachregiment der Armee). B5 war bis zuletzt Sekretär in der SED-Kreisleitung gewesen. B4 gibt an, dass er aufgrund der Quotenregelung für Arbeiter nicht in die Partei eintreten konnte, obwohl er wollte.

- Politisch „alternativ“ tätig (CDU, Kirche): B3, B6 (CDU)
- Politisch indifferent in der DDR (Arbeit für die DDR, aber nur schwache Verankerung im System): B1, B2 (Bgm. Die Linke)
- Politisch gefestigt in den Strukturen der DDR: B4, B5 (MdL Die Linke)

Die linken Landtagsabgeordneten betonen eher ihre politische Verbindung zur DDR, wohingegen die Bürgermeister versuchen, diese herunterzuspielen. Dies könnte auf eine schwächere Verankerung der Bürgermeister hinweisen, da es ihnen weniger um das System oder die Ideologie ging als mehr um die Sache und die Aufgabe für die Menschen aktiv zu werden. Die Verankerung in der Struktur der DDR und die dementsprechende starke Sozialisation im DDR-System der Landtagsabgeordneten könnte auf eine starke Ideologieverbundenheit hinweisen. Die Befragten der CDU zeigen durch ihren Parteieintritt in den 80er Jahren eine gegensätzliche Einstellung zum System und zugleich eine politische Aufstiegsorientierung sowie eine christliche Überzeugung.

Bei den **politischen Tätigkeiten nach der Wende** geben alle Befragten an, dass sie sich im Kreis-, Stadt- oder Gemeinderat eingebracht haben, um später darüber weiter in die aktuelle Position zu kommen. Die Einen kandidierten anschließend als Bürgermeister und die Anderen brachten sich auf der Landesebene ein. Der beigeordnete Bürgermeister B2 und die Landtagsabgeordnete B5 (selber Wahlkreis) berichten dabei beide von einer gescheiterten Wahl zum Oberbürgermeister.¹⁵⁸ Die Landtagsabgeordnete B3 (CDU) weist darauf hin, dass sie sich in ihrem Geburtsort weiterhin ehrenamtlich als Bürgermeisterin engagiert.

Aus den kritischen Angaben zur DDR und den politischen Aktivitäten ergibt sich eine Dreiteilung mit folgenden Merkmalen.

¹⁵⁸ Der aktuelle Oberbürgermeister ist parteilos.

Verurteilen – DDR abschaffen	Kritik – DDR abändern von außen	Zugeständnis – DDR abändern im System
<ul style="list-style-type: none"> • Starke öffentliche Kritik an der DDR • Abschaffen der DDR • Kein Bezug zur DDR • Politisch aufstiegsorientiert • B3 (MdL CDU) 	<ul style="list-style-type: none"> • Moderate bis starke Kritik an der DDR (zum Teil öffentlich) • Abändern der Missstände durch Engagement bzw. Abschaffung der DDR • Politisch aufstiegsorientiert • Mäßig aktiv im System der DDR • B1, B2, B6 (Bgm.) 	<ul style="list-style-type: none"> • Schwache Kritik an der DDR • Abändern der Missstände mit den gegebenen Möglichkeiten der DDR (z.B. in der SED) • Konform mit DDR System • B4, B5 (MdL Die Linke)

Abbildung 11: Merkmalskombination „DDR-Kritik“

Heimatbewusstsein

Neben der Kritik an der DDR und den politischen Tätigkeiten vor der aktuellen Position wird die **Herkunft** der Politiker als wichtiges Merkmal gewertet und die **Heimatverbundenheit** thematisiert. Alle Befragten geben an, dass die Anzahl der Westdeutschen in der Partei in ihrem Wahlkreis marginal ist und, falls Westdeutsche vorhanden sind, diese sich auf kommunaler Ebene nicht in Führungspositionen befinden. Auf Landesebene hingegen werden von der Linkspartei einige Westdeutsche benannt, unter anderem Bodo Ramelow als Fraktionsvorsitzender im Thüringer Landtag. Die Politiker B1, B4 und B5 (Die Linke) thematisieren, dass die Westdeutschen eine andere Sozialisation besitzen. Soziale und kulturelle Unterschiede würden sich demnach im Selbstbewusstsein, Politikstil oder Umgang mit Frauen und Familie niederschlagen. Außerdem wird angegeben, dass eine Sozialisation in Ostdeutschland Voraussetzung dafür ist, um die Probleme vor Ort verstehen und bewerten zu können.

„Naja nun ich mein, wer aus dem Westen kommt, äh das ist aber nicht nur in der Partei, das ist auch in ... sonstigen. Die sind anders sozialisiert. ... Also das merkt man schon, da merkt man schon ein Unterschied äh zu äh einem {sucht nach Worten} der im Osten aufgewachsen ist. ... Aber das ist jetzt nicht parteispezifisch, das ist äh ... grundsätzlich merkt man das. Ich mein, das verwächst sich heut viel mehr als äh in meiner Generation, ... aber äh ... äh wir

merken es teilweise noch sehr deutlich. Ich mein, ... es gibt ... einige, die sich anpassen und äh versuchen da ... äh ... das auch nicht raushängen zu lassen. Andere wollen es halt raushängen lassen, ... aber man merkt schon diese andere Sozialisation. [...] also ein anderes Aufwachsen, ein anderes Erleben eigen- eigentlich. ... Und das ist eigentlich äh ... unabhängig von politischen Parteien. ... Und deswegen sag ich auch immer, ich mein äh, wer das Leben in der DDR beurteilen will äh, der sollte hier gelebt haben und nicht ... äh im Westen gesessen haben und dann äh versuchen uns gute Ratschläge zu geben. //3 ...Weil das funktioniert so nicht.“¹⁵⁹

Dieses Heimatverständnis bezieht sich bei den Befragten der Linken auf das gesamte Ostdeutschland und bei denen der CDU konkret auf den eigenen Wahlkreis. Bei B3 und B6 (CDU) ist das Heimatbewusstsein für die eigene Region bzw. den eigenen Ort stark verinnerlicht. Der Bürgermeister B6 wollte sich ausschließlich für seine Heimatstadt einbringen und die Landtagsabgeordnete grenzt ihren Wahlkreis stark vom restlichen Thüringen ab. Diese Abgrenzung ist über das gesamte Interview sehr ausgeprägt, was bei B3 zum Teil durch das eigene Glaubensverständnis begründet wird.

„Also von der- ... von der - von der Geschichte her sind wir auch keine Thüringer, weil wir ein eigenes Volk sind. Ja? Aber äh äh ... wir haben eine andere Lebensart. ... Das merkt man gar nicht, wenn man immer zu Hause ist, ... aber wenn man mal weg geht, merkt man das einfach. Ja? [...] Und das habe ich in Erfurt äh eine Woche drauf wieder beim Frühstück erzählt, da hab ich gesagt, also hier, das ist doch hier, ist doch wie bei den Hottentotten ist doch das ... in diesem ungläubigen Thüringen. Da sitzen sie sonntags {lacht} und streichen den Gartenzaun. ... Da haben alle anderen zu mir gesagt: Das werdet ihr auch machen. [...] Ich sag, nein das machen wir nicht.“¹⁶⁰

Die Befragten der Linken sind im Vergleich zu den Befragten der CDU-Hochburg größtenteils Zugereiste in ihrem Wahlkreis. Dennoch sind sie dort seit vielen Jahren tätig, in Vereinen verankert und durch Engagement bei den Bürgern bekannt. Die zugereisten Abgeordneten der Linken geben an, dass sich Politiker vor Ort anpassen müssen, um erfolgreich sein zu können. Im Allgemeinen wird von allen Befragten angegeben, dass eine geringe Fluktuation in den Parteien herrscht und viele der Mitglieder aus Thüringen bzw. den jeweiligen Kreisen kommen. Als zusätzlichen Vergleich gibt es von den Kreisverbänden eine Schätzung bezüglich der Herkunft der Mitglieder. Bei dem Kreisverband der Linken (Wahlkreis von B1 und B4) wird angegeben, dass ca. 60 Prozent in Thüringen und 45 Prozent der Mitglieder in der Kreisstadt des Wahlkreises geboren sind. Die CDU hat 1660 Mitglieder im Wahlkreis, wovon gerade einmal 30-50 Mitglieder aus anderen Kreisen bzw. Bundesländern kommen (das entspricht 1,8 bis 3,0 Prozent). Auch hier zeigt sich die stärkere Heimatverbundenheit der CDU-Mitglieder in diesem Wahlkreis.

¹⁵⁹ B1 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 17.02.2010. S. 9

¹⁶⁰ B3 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 06.03.2010. S. 20

Die Befragten der CDU und die Struktur in der Partei zeigen, dass dort ein stark ausgeprägter Bezug zur eigenen Heimat besteht. Die Linke hingegen hat ein weiteres (Heimat-) Bewusstsein für das gesamte Ostdeutschland und betont auch die Notwendigkeit in Ostdeutschland aufgewachsen zu sein, um die Verhältnisse vor Ort verstehen zu können. Aufgrund der Tätigkeit außerhalb der Heimat könnte bei den Befragten der Linkspartei ein höheres Verständnis zur Anpassung bestehen als bei den Befragten der CDU. Zusätzlich befindet sich an der Spitze der linken Fraktion eine Führungskraft mit westdeutscher Herkunft und die Öffnung nach Westdeutschland wird erwähnt. Bei den Befragten der Linkspartei zeigt sich dadurch ein Bewusstsein für die Anpassung an die Verhältnisse, aber auch für die Vertretung ostdeutscher Wurzeln bei gleichzeitiger Öffnung nach Westdeutschland.

Daraus ergibt sich folgende Einteilung:

Starkes Heimatbewusstsein	Mäßiges Heimatbewusstsein (gesamt Ostdeutschland)
<ul style="list-style-type: none"> • Abgrenzung zum restlichen Thüringen • Vertretung der eigenen Heimat • B3, B6 (CDU) 	<ul style="list-style-type: none"> • ostdeutsche Herkunft • Bewusstmachen der Unterschiede zu Westdeutschland • B1, B2, B4, B5 (Die Linke)

Abbildung 12: Merkmalskombination „Heimatbewusstsein“

Sozialisation und Ziele

Weiterhin wurde sich von den Befragten zu Themen geäußert, die sich unter der Überschrift „Sozialisation und Ziele“ zusammenfassen lässt. Bis auf B2 thematisieren alle Befragten, dass die Laufbahn in dem entsprechenden Wahlkreis durch **Zufälle** oder **Glück** beeinflusst wurde bzw. dass sie unbewusst in die Position **hineingerutscht** sind. Konkret gaben B3 und B5 (CDU) an, sich nicht bewusst gewesen zu sein, was auf sie zu kam und sich einfach einbringen wollten. B5 (MDL Die Linke) gibt an, dass sie durch mehrere Zufälle bezüglich ihrer Biografie überhaupt erst wieder die Möglichkeit bekommen hat, politisch aktiv zu werden. Und B4 (MdL Die Linke) meint, aufgrund eines Zufalls (Krankheit eines Familienmitgliedes) in den aktuellen Wahlkreis nach Thüringen gekommen zu sein. Dort hatte es an jungen Mitgliedern in der Partei gefehlt. Gleichzeitig war die Position für den Bereich Umwelt im Landtag zu besetzen, welche er aufgrund seines Studiengangs besetzen sollte.

„Ich kam als ... junger Mann ... in ... eine ... ja, das waren so die ehemaligen ... äh Wohngebietsparteiorganisationen. Da waren also nur die Rentner ... organisiert. [...] Die aus den Betrieben waren zum großen Teil schon weggelaufen ... in-in diesen Wendewirren und ... die Rentner wollten mich dann gleich in den Landtag schicken in Sachsen-Anhalt 1990 //3 , wo ich gesagt hab, Leute...{lacht}//4, lasst mich in Ruhe, ich will in Ruhe-ich will in Ruhe {stottern} studieren. Das war wirklich mein Ziel ... und ich hatte dann auch schon ein Jobangebot nach dem Studium. Da ist der Betrieb aber Pleite gegangen ... ja ... und dann hat sich die Oma die Wirbelsäule gebrochen. Das war der Grund, warum ich gesagt hab, ok ich gehe nach Thüringen und pflege die Oma [...] also ... da war ... überhaupt nicht an ... hauptamtliche Politik gedacht, ja.“¹⁶¹

Dieses Zitat zeigt gleichzeitig, dass B4 eigentlich nie hauptamtlich Politik machen wollte, wohingegen die restlichen Befragten angeben, schon immer bzw. seit der frühen Kindheit **Interesse für Politik** gehabt zu haben.

„Ja ... Also ich wollt schon immer in die Politik. Aber äh, ... dass das dann ... so gekommen ist und dann auch so schnell gekommen ist, nach der Wende ... ich mein äh, das war dann schon so ein bisschen ... Glück, Zufall, aber ... das Glück hat halt nur der Tüchtige.“¹⁶²

- Schon immer Interesse an Politik: B1, B5 B3, (B2, B6)¹⁶³
- Wollte nicht in die Politik: B4 (MdL Die Linke)

Daraus kann die These abgeleitet werden, dass Personen, die schon immer in die Politik wollten, ein anderes Verständnis für ihre Aufgabe haben als die, die es nie wollten. Diese fühlen sich möglicherweise mehr dazu berufen, etwas zu verändern oder sich einzubringen. Jemand, der eigentlich nicht in die Politik wollte, könnte dieses Amt eher wie einen Job bzw. eine „ungeliebte“ Arbeit als eine Berufung verstehen.

Ein Unterschied zwischen den Befragten ergibt sich auch bei den Aussagen über die **Sozialisation**. Lediglich die beiden Landtagsabgeordneten B3 und B5 thematisieren den Einfluss durch die Familie als einen entscheidenden Faktor bei der Bildung von Weltanschauungen. B4 und B5 (MdL Die Linke) erwähnen die Positionen, welche sie in der Jugend bei den Jungpionieren bzw. der FDJ hatten.

B3: „Muss ich sagen äh mein Vater war schon sehr politisch interessiert und auch schon in der CDU. ... Und auch mein Opa war äh von 29 bis 33 im Gemeinderat über das Zentrum. Also ... komme ich doch aus einer politisch interessierten Familie. ... Und wie es im [Kreis] doch a- ... n-n {stottert, sucht nach Worten} üblich äh, mehrheitlich, wenn man sich politisch ... engagiert in der CDU oder auch äh davor. ... Vor äh 33 im Zentrum. ... So wa-bin ich eben sehr politisch äh aufgewachsen, interessiert. Hab als Kind als Jugendlicher ... im Westfernsehen schon immer die Debatten verfolgt, Bundestagsdebatten.“¹⁶⁴

B5: „Meine Mutter ... hatte also den Bombenangriff in Dresden überlebt, als 21 jährige junge Frau. [...] Und meine Mutter hat immer gesagt: nie wieder ... äh Krieg, Faschismus äh und

¹⁶¹ B4 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 10.03.2010. S. 4

¹⁶² B1 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 17.02.2010. S. 2

¹⁶³ Befragte werden in Klammern geschrieben, wenn sie einem Fakt nicht im vollen Umfang zugeordnet werden können, aber die Haupttendenz in diese Richtung geht.

¹⁶⁴ B3 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 06.03.2010. S.1

hat sich immer eingesetzt. Und da gab es natürlich auch eine Vorbildwirkung, insofern habe ich dann auch über ... Pionierorganisation, FDJ und ich war immer glaub ein aufgeschlossener und-und-und-u-also hatte viele Ideen und die haben mich auch gelassen.“¹⁶⁵

Die Aussagen sind ein Anhaltspunkt für die tief verankerten ideologischen Einstellungen der Landtagsabgeordneten im Vergleich zu den Bürgermeistern. Bei B3 zeigt sich zusätzlich die Herkunft der tieferen Parteiverankerung.

- Politische Tradition in Familie thematisiert: B3, B5 (MdL)
- Politische Tradition in DDR (z.B. FDJ) thematisiert: B4, B5 (MdL Die Linke)
- Glück / Zufall thematisiert: B1, B6 (Bgm.)

Die Beeinflussung in der Kindheit und Jugend sowie das daraus entstandene Zielbewusstsein kann folgendermaßen eingeteilt werden.

Keine bis wenig Beeinflussung durch Familie und Partei	Moderate ideologiebasierte Sozialisation ohne Ziel Politik zu machen	Starke ideologiebasierte Sozialisation mit dem Ziel der Politik
<ul style="list-style-type: none"> • Sozialisation durch Familie bzw. in Jugendarbeit wird nicht thematisiert • Frühes Interesse an Politik wird wenig bis gar nicht angesprochen • Mitarbeit in prägenden Einrichtungen vor der Wende (FDJ, SED, CDU, Kirche, usw.) sind nur gering vorhanden • B1, B2, B6 (Bgm.) 	<ul style="list-style-type: none"> • Zufälle auf dem Weg in die Position werden stark thematisiert • Frühes Interesse an Politik/ Ziel Politik zu machen wird verneint • Ideologiebasierte Sozialisation durch Jugendarbeit wird angesprochen • B4 (MdL Die Linke) 	<ul style="list-style-type: none"> • Familie, Jugend oder Parteiarbeit prägend • Tradition in der Familie bzw. starke Jugendarbeit wird thematisiert • B3, (B5) (MdL)

Abbildung 13: Merkmalskombination „Sozialisation und Ziele“

¹⁶⁵ B5 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 15.03.2010. S.5

5.2.2 Politische Grundprobleme und Aufgabenfelder

Problemverständnis

Neben diesen Merkmalen, welche die Befragten auf dem Weg in die aktuelle Position angegeben haben, wurden auch aktuelle Probleme und Aufgabenfelder thematisiert. Als **Hauptproblem** wird vom Großteil der Befragten die demografische Entwicklung mit ihren Folgen genannt. Lediglich B1 (Bgm. Die Linke) äußert sich nicht zu diesem Thema. Hauptsächlich verstehen die Befragten darunter den Rückgang der Bevölkerung durch Abwanderungen und das Absinken der Geburtenrate sowie die daraus resultierenden Probleme für die Städte und Regionen (Infrastruktur und Leistungen für die Bewohner erhalten usw.).

„Heute gibt es den ... demografischen Wandel, ... es werden weniger Kinder geboren, äh die Leute sind natürlich aus dem Osten weg gezogen, [...] ich weiß nicht wie viel das heute noch sind, wenn man das alles mal hochrechnet, ... sind in die alten Länder gezogen, wo die Arbeit eben ... äh da war. Und dann stehen wir heute vor ganz anderen Voraussetzungen.“¹⁶⁶

Als weiteres entscheidendes Problem werden von B1, B2 und B5 (Die Linke) die Kommunalfinanzen angegeben, welche sich über die Jahre zunehmend verschlimmert haben. Besonders B1 übt in dieser Hinsicht Kritik an der Politik von Bund und Land (die Finanzpolitik sei nicht auf die Kommunen bezogen, Kommunen müssen falsche Finanzpolitik und Fehlplanungen wie Steuersenkungen ausgleichen usw.). Es werden finanzielle Entlastungen gefordert und Lösungen gesucht, welche „jenseits von Geld“ liegen. Außerdem wird betont, dass die Finanzen für grundlegende Dinge wie Kultur und die Erhaltung des Lebensstandards in den Kommunen notwendig sind und nicht für unnütze Ausgaben verwendet werden.

„[...] die Kommunen brauchen ihr Geld für ihre Aufgaben, die sie machen. Wir bauen hier keine ... äh Marmor - Straßen oder äh goldene Wasserhähne ein, ... wie es der Innenminister letztens gemeint hat. Äh ... sondern wir erfüllen Aufgaben ... für die Bürger, die hier wohnen ... und die müssen auch bezahlt werden.“¹⁶⁷

Gerade die Bürgermeister der Linkspartei rücken den Finanzhorizont in den Vordergrund und nicht die CDU-Politiker. Eine Erklärungsmöglichkeit wäre, dass die Finanzprobleme in den Kommunen der linken Befragten größer sind als in der CDU-Hochburg. Andererseits deuten viele Aussagen darauf hin, dass eine gewisse Mentalität dahinter steckt. Die Linken möchten bestimmte Leistungen erhalten, um so allen Bürgern einen gewissen Lebensstandard gewährleisten zu können. Diese Einstellung soll den Befragten der CDU nicht abgesprochen werden. Dennoch gibt der Bürgermeister der CDU vorrangig den Umbau von Wohnungen und die

¹⁶⁶ B3 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 06.03.2010. S.6-7

¹⁶⁷ B1 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 17.02.2010. S. 4

Ansiedlung von Arbeitsplätzen als Strategie an, um den Rückgang der Bevölkerung zu stoppen und Die Linke den Erhalt von Leistungen. Das Finanzproblem ist zudem konkreter auf die Kommunen bezogen und weist auf ein realeres Verständnis für die Probleme und Anforderungen vor Ort bei den Befragten der Linken hin.

- Demografischer Wandel – allgemeineres Problemverständnis: B2, B3, B4, B5, B6
- Finanzprobleme – konkreteres Problemverständnis: B1, B2, B5 (Die Linke)

Die Ursache für dieses Problem bzw. die daraus resultierenden **Hauptaufgaben** werden unterschiedlich bewertet. Jedoch geben alle Befragten, außer B1, die Entwicklung bzw. den Rückbau der eigenen Städte und Regionen als eine der Hauptaufgabe an. Besonders B2 und B3 sprechen sich dafür aus. Es wird gesagt, dass durch den Rückgang der Einwohnerzahl die Infrastruktur, das Wasserleitungsnetz, das Schul- und Kindergartennetz, die Wohnungen usw. betroffen sind und zurückgebaut werden müssen. Ein Unterschied besteht dabei zwischen den Politikern der Linkspartei und der CDU. Besonders der Bürgermeister der CDU betont die Wichtigkeit, Industrie anzusiedeln und Wirtschaftspotentiale zu entwickeln, um ein Gleichgewicht zwischen Arbeiten und Wohnen wieder herzustellen. Und auch die Landtagsabgeordnete der CDU gibt die Strukturschwäche durch die fehlende Industrie und das Problem der Arbeitslosigkeit an.

Bei den Linken wird hingegen die Erhaltung und Verbesserung der gesamten Lebensverhältnisse thematisiert. Die Lebensbedingungen müssen nicht nur durch Arbeit, sondern auch durch kulturelle Dinge (Kino, Theater, usw.) positiv beeinflusst werden. Dennoch ist auch den linken Landtagsabgeordneten (B4, B5) sehr bewusst, dass Arbeitsplätze geschaffen werden müssen, damit das Leben in Thüringen lebenswert bleibt. B4 gibt sogar wie die CDU-Politiker an, dass sich die Form des Wirtschaftens ändern muss. B5 setzt sich für eine andere Gesellschaftspolitik ein, die es ermöglicht, eine lebenswerte Stadt zu schaffen, die finanzierbar bleibt, aber Leistungen bereit stellt (z.B. eine Umgebung schaffen, wo es jungen Frauen ermöglicht wird, Kinder zu bekommen). Besonders der Bürgermeister B2 (Die Linke) spricht sich dafür aus, trotz knapper Gelder Leistungen zu sichern, indem die Strukturen umgestaltet werden.

„Auf der einen Seite ... äh gehen junge Leute sicherlich weg, weil sie Schwierigkeiten Arbeit-Schwierigkeiten {stottern} haben Arbeit zu finden. Auf der anderen Seite ... sind ... auch für die, die Arbeit haben, die Lebensverhältnisse nicht so beglückend, ... dass sie nun sagen, ich gehe hier nie wieder weg, das liegt daran, dass die Löhne zu niedrig sind ... und das liegt aber auch an ... Strukturen, die ... nicht ausreichend sind, um ... die Bedürfnisse der

Leute ... eben zu-zu decken, ja. ... Ob das die Frage ist, was ... hab ich für Erlebnisangebote abends, ja, gerade bei jungen Leuten, wie weit ist es zur nächsten Disco ... oder wo ist das nächste Kino?, kann ich abends irgendwo noch was machen oder werden in der Stadt die ... Fußwege hochgeklappt?“¹⁶⁸

Zwar thematisieren auch die Befragten der CDU den Erhalt von Freizeiteinrichtungen, Sport, Kultur usw., aber die Schwerpunkte liegen auf dem Wohn-Arbeitsverhältnis, wohingegen bei den Linken der wirtschaftliche Aspekt eher als „notwendiges Übel“ erscheint und der eigentliche Schwerpunkt auf der Sozial- und Kulturpolitik liegt. Lediglich B4 zeigt ein gleich starkes Verständnis für beide Schwerpunkte (Soziales stets mit Ökologie und Ökonomie verknüpfen), was auf seine geringe Verbundenheit zur Ideologie schließen lässt.

- Schwerpunkt Wohn-, Arbeit- und Wirtschaftspolitik: B3, B4, B6
- Schwerpunkt Sozial- und Kulturpolitik: B2, B4, B5 (B1) (Die Linke)

Konkret haben sich die Befragten zu folgenden Aufgabenfeldern geäußert. Die Befragten der CDU (B3, B6) und die Landtagsabgeordneten der Linken (B4, B5) sprachen sich über die Verbesserung der Arbeitsbedingungen und höhere Löhne aus. Die Befragten der CDU und zum Teil auch der linke Landtagsabgeordnete B4 fordern die Stärkung der Region als Wirtschaftsstandort, in dem beispielsweise die Infrastruktur angepasst (Autobahnen, Schienen usw.) oder Unternehmen angesiedelt werden. Weiterhin verdeutlichen die Befragten der CDU-Hochburg, dass Wirtschaftspolitik nach wie vor eine wichtige Aufgabe ist, da aufgrund der Monostrukturen in der DDR nach der Wende viel zusammengebrochen war, was heute noch „behoben“ werden muss.

B1 (Bgm. Die Linke) sieht hingegen die Leistungen wie z.B. Theater und Museen als die eigentlichen Aufgaben in den Kommunen an. Weiterhin wird von den linken Befragten erwähnt, dass es wichtig ist Kultur zu erhalten, soziale Dinge (z.B. Wohlfahrt) zu stützen aber auch Kinder- und Jugendarbeit zu fördern. B2 (Bgm. Die Linke) bemerkt in diesem Zusammenhang, dass die Unterschiede zwischen den Parteien auf kommunaler Ebene normalerweise eher gering sind, sich aber im Bereich der sozialen Fragen stärker herauskristallisieren.

Als weiteres Aufgabenfeld wird von allen Landtagsabgeordneten der Bereich „Umwelt und Naturschutz“ genannt. Die Bürgermeister erwähnen diesen Bereich, wenn überhaupt, nur nebensächlich. Der Bereich „Bildung“ und das lebenslange Lernen aufgrund der Entwicklung zur Wissensgesellschaft wird ausschließlich von

¹⁶⁸ B4 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 10.03.2010. S. 8-9

B3 (MdL CDU) erwähnt. Die beiden Landtagsabgeordneten B3 und B5 setzen sich außerdem für die Frauen- bzw. Gleichstellungspolitik ein.

- Arbeitsbedingungen/ Lohn: B3, B4, B5, B6
- Wirtschaft fördern: B3, B4, B6
- Sozial- / Kulturleistungen: B1, B2, B4, B5 (Die Linke)
- Umwelt- / Naturschutz: B3, B4, B5
- Bildung: B3 (Bgm. CDU)
- Frauen-/ Gleichstellungspolitik: B3, B5

„Sicherlich äh hat man ... unterschiedliche Schwerpunktsetzungen. ... Ja. Während den CDU-Abgeordneten wahrscheinlich der Sozialhilfeempfänger äh etwas weniger interessiert und der sich mehr um die Belange der Wirtschaft kümmert ... äh kommen die Sozialhilfeempfänger eben zu uns. [...] Also ich-ich äh ich sag mal ich bin in weiten Teilen auch äh Dienstleister für Leute, die Probleme haben, wo ihn kein anderer mehr hilft. ... Und das ... ist auch ein Stück weit, was Die Linke vor Ort ausmacht, ... dass zu uns wirklich jeder mit seinen ... mit seinen Problemen kommt. ... Ja die ... Wirtschaftsleute gehen sicherlich eher zur CDU und sagen hier hilf mir mal. [...] Aber ich denke wirklich, der Unterschied zwischen ... der CDU und äh der Linken ist einfach die Frage, für wen bin ich Dienstleister? ... Und ... da haben wir unsere Rolle ... auch klar zugewiesen bekommen.“¹⁶⁹

Ein weiterer Unterschied zwischen den Parteien und Befragten ergibt sich auch in den Einstellungsmustern, aus welchen Gründen die entsprechenden Aufgaben als wichtig erachtet werden. Dabei ergibt sich der Unterschied zwischen den **sozialen Gedanken** im Vergleich zum **Leistungsgedanken**. B2 und B5 (Die Linke, selber Wahlkreis) stellen den sozialen Gedanken bei der Bewältigung ihrer Arbeit in den Vordergrund. Dabei geht es B5 konkret darum, eine linke Politik aus Sicht der Betroffenen zu machen. Schwerpunkte sind beispielsweise der Umbau zu einer sozialeren Wirtschaft, eine gerechtere Verteilung von Reichtum, eine Grundsicherung und die Kritik am Leistungsgedanken (Wachstum, Kapitalismus). B2 verdeutlicht, dass er seine Funktion darin sieht zu helfen bzw. zu unterstützen.

„Das heißt also ich muss ... wenn ich sage ich muss organisieren, mein ich das natürlich immer im Zusammenhang mit- mit Anderen. Also nicht ich kanns tun //1, ... aber vermitteln, Netzwerke knüpfen und Ähnliches, dass das Leute, die sich engagieren wollen, das können und die entsprechenden Bedingungen dafür finden. ... Aber auch, dass Menschen, die es nicht können ... Möglichkeiten haben ... äh ich sag jetzt mal ins Theater zu gehen, ... an Sportveranstaltungen teilzunehmen, ... am gesellschaftlichen Leben teilzunehmen.“¹⁷⁰

Die Befragten der CDU hingegen geben die Notwendigkeit des Leistungsgedanken an. „Gleichmacherei“ gibt es demnach auf der Welt nicht, jeder soll seinen Leistungen entsprechend entlohnt werden und es wird Kritik an Hartz IV geäußert. Dieser Leistungsgedanke besteht zum gewissen Teil bei den linken Landtagsabge-

¹⁶⁹ Ebd.: S. 23-24

¹⁷⁰ B2 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 22.02.2010. S. 3-4

ordneten auch, wird aber bei den CDU-Befragten wesentlich deutlicher und extremer formuliert.

„Muss deutlich werden, dass Leistung ... das Leistung anerkannt wird, das Leistung gefördert wird, das Leistung ... auch ... in Anführungsstrichen vergolten wird ... und im Umkehrschluss heißt das automatisch, dass nicht Leistung ... so sie ... nicht ... wollen wir es mal so formulieren, gesundheitlich bedingt oder so ist ... natürlich gleichermaßen äh ... gegen vorgegangen werden muss ... durch vielfältige Konzepte. ... Da scheint mir ... äh vieles im Argen und die Diskussionen der letzten Wochen hat ja gezeigt, im Zusammenhang mit Hartz IV und-und äh ... mit äh Arbeits- äh lösen und so weiter, hat ja gezeigt äh, ... dass das Ganze ja durchaus im Bewusstsein der Menschen vorhanden ist. ... Also ... Arbeit muss sich lohnen. ... Das, denke ich, ist schon so ein ganz wesentlicher Punkt.“¹⁷¹

- Sozialer Gedanke: B2, B5 (Die Linke, selber Wahlkreis)
- Leistungsgedanke: B3, B6 (CDU)

Daraus ergibt sich die Gliederung des Problemverständnisses in drei Ausprägungen:

Allgemeines wirtschaftliches leistungsorientiertes Problemverständnis	Allgemeines soziales und wirtschaftliches Problemverständnis	Konkretes soziales Problemverständnis
<ul style="list-style-type: none"> • Ausgeprägtes Wirtschaftsbewusstsein: Wirtschaft und Industrie ansiedeln sowie das Verhältnis von Wohnen und Arbeiten stehen im Vordergrund • allgemeines Problemverständnis • Finanzen nicht thematisiert • Leistungsgedanke • B3, B6 (CDU) 	<ul style="list-style-type: none"> • Starke Verknüpfung von Wirtschafts-, Sozial- und Kulturbewusstsein • B4 (MdL Die Linke) 	<ul style="list-style-type: none"> • Ausgeprägtes Bewusstsein für soziale und kulturelle Probleme • Insgesamt bessere und sozialere Lebensbedingungen schaffen (Leistungen sichern usw.) • Finanzprobleme thematisiert • B1, B2, B5 (Die Linke)

Abbildung 14: Merkmalskombination „Problemverständnis“

Auch hier zeigt sich wieder ein Unterschied zwischen den Landtagsabgeordneten und den Bürgermeistern. Die Bürgermeister sehen die Aufgabe stärker in der konkreten Stadtentwicklung mit Sozial- bzw. Wirtschaftsleistungen und die

¹⁷¹ B6 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 16.03.2010. S. 8

Landtagsabgeordneten thematisieren stark ihre Schwerpunkte (Umwelt, Gleichstellungspolitik usw.). Dies wird in den folgenden Abschnitten noch deutlicher.

Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Organisationen

Bei der Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Organisationen geben fast alle Befragten an, dass diese nicht von der Partei bzw. einer Ideologie abhängt, sondern es bei der Zusammenarbeit um die Aufgabe an sich geht. Lediglich B3 (MdL CDU) bemerkt, dass sie kaum Verbindungen zu anderen Parteien hat. Ein Kontakt findet bei ihr nur statt, wenn beispielsweise im selben Ausschuss zusammengearbeitet werden muss. Auch B6 (Bgm. CDU) gibt an, dass sich ein Großteil der Zusammenarbeit aus der Facharbeit ergibt. Im Allgemeinen geht es auf der Parteebene für die Befragten jedoch um Kompromissfähigkeit, Mehrheitsfindung und Sachpolitik für die Menschen und nicht um Weltbilder oder Parteipolitik. B6 (Bgm. CDU) betont in diesem Zusammenhang noch, dass diejenigen Parteien erfolgreich sind, welche dem Gesamtziel folgen und dass Parteikämpfe von den Bürgern nicht honoriert werden. Die Zusammenarbeit mit anderen Parteien wird von B5 (Die Linke) auf kommunaler Ebene als ausgeprägter gewertet als auf Landesebene. B5 (MdL Die Linke) erwähnt im Vergleich zu B3, dass bereits die Nähe zur selben Auffassung (in der Gesellschaft was zu verändern) ausreicht, um Anknüpfungspunkte für eine Zusammenarbeit zu finden.

Bei der Zusammenarbeit mit den Organisationen erwähnen alle bis auf B3 (MdL CDU) explizit, keine Klientelpolitik zu machen und für die Sache mit allen zusammenzuarbeiten, die sich einbringen wollen. B2, B4 und B5 (Die Linke) erwähnen dabei die Zusammenarbeit mit der Wirtschaft für selbstverständlich, genauso wie B2 und B5 (Die Linke, selber Wahlkreis) die Zusammenarbeit mit der Kirche ansprechen. Diese ausgeprägte Form von „Zusammenarbeit für die Aufgabe“ (z.B. Entwicklung der Stadt) und die Vernachlässigung der Parteipolitik ist nach den Aussagen von B4 und B5 in dem Maße auch nur auf der Kommunalebene möglich.

Insgesamt geben die Befragten der Linken und der Bürgermeister der CDU an, dass es nicht sinnvoll ist, nur auf den eigenen Zielen zu beharren, sondern dass Kompromisse eingegangen werden müssen, um Politik für die Menschen praktizieren zu können. Nur so können dieser Meinung nach, zumindest auf Kreisebene, auch die eigenen Vorstellungen soweit wie möglich mit eingebracht werden.

„Gibt es eine ... recht große Übereinstimmung. Das ist aber ... äh auch mit ein Ergebnis, ... dass ... der Kreisverband ... geprägt wurde durch ... die Verantwortung für die Kreisstadt. ...

Ja, also dadurch, dass ... wir relativ früh hier einen Bürgermeister hatten und dementsprechend ... innerhalb ... des jetzigen Systems ... Verantwortung übernehmen mussten ... hat dieser Kreisverband eine andere Entwicklung genommen, als andere linke Kreisverbände. Also mehr an äh Sachpolitik ... orientiert ... ja, ... weil man eben relativ schnell gemerkt hat, es hilft nicht die ... () Ziele vor sich herzutragen. Man muss sich ganz konkret an bestimmten ... Fragen verhalten und Mehrheiten für seine ... für seine Ziele suchen und dann auch Kompromisse eingehen. ... Gerade diese ... Kompromissfähigkeit ... hat uns dort, meiner Ansicht nach, gut getan.“¹⁷²

Ein besonders starkes **Problembewusstsein** für die Aufgaben vor Ort und die Bürger ist bei den Bürgermeistern zu erkennen. Entweder resultiert dieses aus dem Aufgabenbereich, den sie erfüllen müssen oder aber ausgeprägtes Problembewusstsein ist die Voraussetzung, um in die Position des Bürgermeisters gewählt zu werden. Die Landtagsabgeordneten geben zwar auch an, mit einem Bein praktische Politik vor Ort zu machen bzw. schildern ihr Problemverständnis für konkrete Ortschaften, dennoch ist der Fokus bei den Bürgermeistern bezüglich der konkreten Aufgaben viel ausgeprägter als bei den Landtagsabgeordneten. Die Abgeordneten der Landesebene versuchen stärker fachliche (persönliche und parteipolitische) Ansichten einzubringen, wohingegen die Bürgermeister mehr das konkrete Stadtproblem und die Menschen hervorheben.

B2: „Ich mein, ich bin als Bürgermeister staatlich Organisat - O-O-O- staatliches Organ oder äh ... und ich muss die Gesetze umsetzen. Und ich versuche das natürlich im Interesse der Menschen so gut wie möglich zu machen. ... Dass ich Hartz IV natürlich als Gesamtsystem für problematisch halte, ... hat aber mit der Aufgabe, die ich hier zu erfüllen habe, nichts zu tun.“¹⁷³

B6: „Aber ich verstehe Kommunalpolitik ... nicht allein parteipolitisch, ... sondern ... den Bedürfnissen der Menschen ... äh zugeordnet ... und unterworfen ... die Menschen ernst nehmend ... ihn bisweilen auch mal zu seinem Glück zu zwingen ... und mit Hilfe von Mehrheiten, ... die nicht nur parteipolitische Mehrheiten sein müssen, ... sondern mit Mehrheiten ... äh einen ... äh allseits akzeptierten Entwicklungsgang zu erreichen. ... Ich glaube, das macht die Stärke auch aus, ... macht die Stärke auch unserer Stadt aus. Die Leute ... können sehr wohl, Persönliches, ... Privates ... äh trennen von ... äh gesellschaftlich Notwendigen und das (wird/Wort) gesellschaftlich Notwendigen einfach für die Stadt notwendig ist.“¹⁷⁴

- Starkes Bewusstsein für die Probleme und Aufgaben vor Ort: B1, B2, B6 (Bgm.)
- Schwaches bis moderates Bewusstsein für die Probleme vor Ort: B3, B4, B5 (MdL)

Ein weiterer Indikator für diese Tendenz ergibt sich aus dem zugeordneten Code „**Abgrenzung zu anderen Parteien**“. Die Bürgermeister thematisieren nur

¹⁷² B4 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 10.03.2010. S. 12

¹⁷³ B2 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 22.02.2010. S. 18

¹⁷⁴ B6 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 16.03.2010. S. 13

schwache Kritik an bzw. Abgrenzungen zu anderen Parteien. Die linken Bürgermeister grenzen sich entweder nach ganz links zur Totalopposition ab oder aber thematisieren die Schwäche und das Scheitern der CDU im Wahlkreis und eine misslungene Zusammenarbeit im Stadtrat mit anderen Parteien. Die Landtagsabgeordnete B5 (Die Linke) grenzt sich lediglich nach rechts zu Rechtsradikalen und Neofaschisten ab und gibt eine besondere Nähe zu den Grünen und der SPD an. Starke Kritik, vor allem an der CDU, wird von dem Landtagsabgeordneten B4 (Die Linke) geäußert. Ähnlich wie der Bürgermeister aus demselben Kreis wird auch hier die Schwäche der CDU und die misslungene Zusammenarbeit im Stadtrat angegeben. Besonders starke Kritik äußert B3 (MdL CDU) an den Linken, aber auch Kritik und Abgrenzung zur SPD und zu den Grünen werden thematisiert. Verbindungen zu den Bürgermeistern im Wahlkreis gibt es bei B3 lediglich zu denen der CDU, FDP oder den Parteilosen.

- Keine bis wenig Kritik bzw. Abgrenzung: B1, B2, B6 (Bgm.)
- Mäßige Kritik bzw. Abgrenzung: B5 (MdL Die Linke)
- Starke Kritik bzw. Abgrenzung: B3, B4 (MdL)

Aus diesen Aussagen ergibt sich eine Unterscheidung in zwei Gruppen, in Bezug auf die Zusammenarbeit.

Bürger- und Aufgabenorientiert	Politik- und Bereichsorientiert
<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit für die Aufgabe • Parteipolitik und Ideologien sind bei Mehrheitsfindung zweitrangig (auf Kommunalebene) • Keine bis wenig Kritik bzw. Abgrenzung zu anderen Parteien und Organisationen • Starkes Bewusstsein für die Probleme und Aufgaben vor Ort • B1, B2, B6 (Bgm.) 	<ul style="list-style-type: none"> • Zusammenarbeit mit Organisationen und anderen Parteien, welche die selben Interessen vertreten oder im selben Fachbereich arbeiten • Mäßige bis starke Kritik bzw. Abgrenzung zu anderen Parteien und Organisationen • Schwaches bis moderates Bewusstsein für konkrete Probleme vor Ort • B3, B4, B5 (MdL)

Abbildung 15: Merkmalskombination „Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Organisationen“

Bewusstsein bei der Verwirklichung der politischen Ziele

Bei der Frage nach den Hauptaufgaben und politischen Grundproblemen kristallisierten sich in den Aussagen weitere Einstellungsmuster der Politiker heraus. B1 (Bgm. Die Linke) äußert sich zu keinem der folgenden Codes und B4 (MdL Die Linke) lediglich zum Punkt „Realitätsbewusstsein“ (beide im selben Wahlkreis).

Unter dem Begriff „**Realitätsbewusstsein**“ werden die reflektierten Aussagen der Befragten gefasst mit dem Bewusstsein, in der Regierungsverantwortung zu sein und die eigenen Ziele teilweise hinter der Realität (z.B. Geldmangel) zurücklassen zu müssen. B5 betont, dass die Ebene, auf der Politik gemacht wird, mit berücksichtigt und das Ziel daran angepasst werden muss. Diese Form von Aussagen wird nur bei den Linken B2, B4 und B5 geäußert.

„Und das wir auch unpopuläre Dinge mitmachen. ... Zum Beispiel der Abriss des Hauses Philharmonie oder des Umbaus, das war schon keine einfache oder ... äh äh Philharmonie äh Gelder streichen, ich mein da haben-hat meine Fraktion ... zum Glück nicht alle dafür gestimmt, aber ... manche haben sich auch der Stimme enthalten, weil sie einfach ... jawohl äh eigentlich - eigentlich dürfen wir es nicht machen, aber der Haushalt oder s-di-di-die Situation zwingt uns. Also ... sehr sehr realistisch, sehr nah und auch immer mit- mit unseren eigenen Leuten das zu kommunizieren.“¹⁷⁵

Der Bürgermeister der CDU hingegen berichtet davon, dass es für ihn nur Richtiges oder Falsches gibt und alles, was nicht richtig automatisch falsch ist. Diese dogmatische Sichtweise wird zum Teil auch auf die politischen Ziele gerichtet. Parteien beispielsweise, die diesem Ziel nicht folgen, „verlieren“ seiner Ansicht nach. Weiter meint er, dass die Bürger teilweise zu ihrem Glück gezwungen werden müssen und der Erfolg ihm in seinem Tun Recht gibt. Diese Ansichtsweise ist als Gegensatz zum Realitätsbewusstsein einzustufen, da sich mehr auf die selbst gesteckten Ziele fixiert wird. Weiterhin geht von B3 und B6 (CDU) ein erhöhtes **Erfolgsbewusstsein** aus. Sie verdeutlichen mehr als die anderen Befragten, dass es ihnen bewusst ist durch ihre, für sie „richtigen“ Vorgehensweisen und Ansichten, in die Position gekommen zu sein. Man ist sich also seiner erfolgreichen Politik bewusst. Die beiden Befragten verdeutlichen eine gewisse Sicherheit, die sie in ihrer Position sehen und sind stark überzeugt von der eigenen Arbeit.

„(Ja) da gibt es schon spannende ... und dank dazu- da habe ich mal- ... kann man sich natürlich schon äußern, wenn man 20 Jahre ... ein solches Geschäft ... äh betrieben hat, ja. Und mit leidlich- ... und mit leidlich Erfolg. Das ist ja nun mal so. Das ist ja kan- kann ja keiner kli- werde ja öfters kritisiert, [...]. ... Merkwürdigerweise, ich musste immer schon schmunzeln //7. ... Mit den Gründen setzt man sich nicht auseinander, aber man erwähnt ... fast jeder der ein Leserbrief, in dem er mich schlecht macht, ... was ich ihm gar nicht übel nehme, aus seiner Position heraus ... aber fast jeder, erwähnt mindestens einen Satz: ... Da

¹⁷⁵ B2 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 22.02.2010. S. 20

die unbestrittenen Leistungen und-und die der Bürgermeister erreicht hat. ... Was ja was Schönes ist, zeigt ja Anerkennung, auch Außerhalb.“¹⁷⁶

- Realitätsbewusstsein: B2, B4, B5 (Die Linke)
- Zielverwirklichung und Erfolgsbewusstsein: B3, B6 (CDU)

Die Sicherheit und Überzeugung bei den eigenen Zielen und das Erfolgsbewusstsein rühren vermutlich daher, dass die beiden Befragten und ihre Partei in dem entsprechenden Wahlkreis seit der Wende unangefochten waren und bisher kaum Rückschläge hingenommen werden mussten. Das dogmatische Denken zwischen richtig und falsch so klar zu trennen könnte aus dem christlichen Glaubensverständnis stammen, wo ebenfalls an das „Richtige“ geglaubt wird. Dem gegenüber stehen die realen Ansichten der Linken. Durch diese Änderungen der Ansicht (nicht jede Idee um jeden Preis als Opposition durchsetzen zu wollen) ist es überhaupt erst möglich geworden, in Verantwortungspositionen zu kommen (und nicht lediglich in der Opposition zu bleiben). Eine mögliche These ist, dass das reflektierte Nachdenken über das Scheitern der SED und die DDR dieses Bewusstsein hervorgebracht hat. Es wird angegeben, pragmatische im Sinne der Entscheidungsfindung zu handeln und nicht zwanghaft bis zum Ende hinter bestimmten Meinungen zu stehen. Dieses selbstreflektierte Verhalten der Linken zeigt sich beispielsweise an folgendem Zitat:

„Und ich hab aber ä-eben sehr spät erst gemerkt, ... dass so über die Jahre ... äh doch äh äh der Widerspruch zwischen Ideal und Wirklichkeit so wie es die Menschen erlebt haben, ... äh also dass die Schere immer weiter auseinander geht. ... Und daraus habe ich ja natürlich später geschöpft, dass darf nie wieder sein. Also äh wir sind nichts elitäres, wir sind nichts abgehobenes, wir machen nicht etwas für Menschen sozusagen als Geschenk, ... sondern wenn dann {lacht} geht es nur mit den Menschen und die müssen ... auch dran beteiligt sein, tatsächlich ... im-im besten demokratischen Sinn das mit zu gestalten. ... Und das war glaub ich äh, das war das große Defizit, äh ... des realen Sozialismus. ... sage ich heute.“¹⁷⁷

Das Realitätsbewusstsein ist bei den Befragten der CDU ebenfalls vorhanden, wird jedoch nicht so reflektiert angegeben und von den eigenen Zielen und dem Erfolgsbewusstsein überlagert.

Zusätzlich wurden von einigen Befragten noch Aussagen getroffen, welche sich unter der Rubrik **Spaß bei der Arbeit** und **Toleranz** einordnen lassen. B2, B5 und B6 betonen oft den Spaß bei der Arbeit, an der Aufgabe bzw. an der Politik. Daraus kann geschlossen werden, dass diese Befragten ihre Aufgabe als Berufung und nicht lediglich als Job ansehen. Bei den Interviews von B2 und B5 (Die Linke, selber Wahlkreis) zeigt sich zusätzlich sehr ausgeprägt der Toleranzgedanke. Es wird

¹⁷⁶ B6 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 16.03.2010.. S. 23

¹⁷⁷ B5 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 15.03.2010. S. 6

versucht, stets andere Ansichten und Positionen zu verstehen und zu akzeptieren. Dies ist ein Aspekt, welcher dem Gedanken der eigenen Zielverwirklichung gegenübersteht. Man beharrt nicht dogmatisch auf seinen Zielen, sondern versucht, die anderen Ansichten mit einzubeziehen und sich überzeugen zu lassen.

- Spaß bei der Arbeit: B2, B5, B6
- Toleranz: B2, B5 (Die Linke, selber Wahlkreis)

Aus den genannten Punkten ergibt sich eine Einteilung in zwei Merkmalsausprägungen zur Zielverwirklichung.

Realitätsbewusstsein und Toleranz	Erfolgsbewusstsein und eigene Zielverwirklichung
<ul style="list-style-type: none"> • Pragmatisches Bewusstsein für die Aufgaben an sich • Eigene Ziele bleiben eher hinter allgemeinen Anforderungen zurück • Andere Ansichten versuchen zu verstehen und zu akzeptieren • B2, (B4), B5 (Die Linke) 	<ul style="list-style-type: none"> • Eigene Ziele werden als richtig empfunden; Durchsetzung der eigenen Ziele • Sicherheitsbewusstsein der eigenen Position • Überzeugt vom Erfolg der eigenen Ansichten • B3, B6 (CDU)

Abbildung 16: Merkmalskombination „Bewusstsein bei der Zielverwirklichung“

Im dritten Punkt der deskriptiven Analyse geht es um die Beschreibungen der Befragten zu den Verhältnissen in der Partei und zu den Bürgern.

5.2.3 Parteiarbeit und Verhältnis zu den Bürgern

Parteiverbundenheit

Die **Verbindung zu den Parteimitgliedern** wird von den beiden Landtagsabgeordneten B5 (Die Linke) und B3 (CDU) deutlich ausführlicher behandelt als von den restlichen Befragten. Inhaltlich gibt es einen Unterschied zwischen den Befragten der CDU und denen der Linkspartei. Die CDU-Politiker betonen ihren christlichen Standpunkt bzw. ihren Glauben und sehen besonders das daraus entstehende Weltbild (beispielsweise mit den traditionellen konservativen Werten und der Sonntagskultur) als wichtigen Verbindungspunkt zwischen den Mitgliedern. B6 (Bgm. CDU) betont in diesem Zusammenhang noch zusätzlich die Schwerpunkte „Wirtschaft und Bildung“ und B3 (MdL CDU), dass es den Mitgliedern darum geht,

sich einzubringen (z.B. für ihre Region). Besonderen Wert legt B3 darauf, dass jeder Mensch auf der Erde ist, um etwas zu leisten. Weiterhin wird der Gedanke der Freiheit als Bindeglied zwischen den Mitgliedern angegeben.

„Und ich wollte was bewegen, ich wollte was verändern. ... Deswegen äh ... und äh CDU [...] das hat sicher auch was mit der Kirche zu tun, mit dem Glauben, ... äh dass wir hier als-als-Katholik doch äh konservativ sind, was ja ... gelegentlich immer als was ... altmodisches hingestellt wird, was aber in meinen Augen gar nicht so stimmt, ... sondern äh ... auch aus ver-aus-aus christlicher Verantwortung heraus, weil ich bin, ... bin wirklich der Überzeugung, ... wenn man sein Glauben ernst nimmt ... äh ist man ja auch auf dieser Welt, um was zu bewegen. Jeder nach seinen Möglichkeiten, die er hat. ... Und äh ... wenn man eben ... diese Möglichkeiten hat, sich auf politischer Seite ... was zu verändern, sei es im Dorf, im Kreistag, [...] dann-dann-dann ist man auch irgendwo äh verpflichtet, ... äh hinaus das zu machen und ... deswegen CDU, weil ... wie gesagt, aus meinem - aus meinem Glauben auch raus.“¹⁷⁸

B3 (MdL CDU) bemerkt weiterhin, dass sie fast alle Bürgermeister im Wahlkreis kennt und dass die Thüringer CDU als einzige ein eigenes Grundsatzprogramm hat, welches sich von dem großen bundesweiten Parteiprogramm unterscheidet. B6, der Bürgermeister der CDU, ist hingegen weniger in der Partei verankert, erwähnt aber, dass er durch sie getragen und unterstützt wird.

Bei den Befragten der Linken werden Verbindungspunkte zwischen den Mitgliedern im Bereich des sozialen Sektors angegeben. Alle Befragten der Linken sprechen sich gegen Krieg (und Bundeswehreinsätze in Afghanistan) aus. Weiterhin geht es darum, einen sozialeren Staat zu schaffen. Hartz IV wird als ungerecht empfunden. B2 und B5 (Die Linke, selber Wahlkreis) kritisieren die Bankenherrschaft und den Kapitalismus. Alle Linken außer B4 (MdL Die Linke) erwähnen, dass sie eine gewisse Überzeugung (linke Gesinnung, politische Heimat) aus der DDR mit übernommen haben.

„Da ich aber halt eine linke Überzeugung hab, bin ich dann halt auch in dieser Partei geblieben und //2 bin nicht wie andere ausgetreten. Oder hab ganz die Seiten gewechselt. Sind ja viele ... nicht nur SPD, sondern ... CDU und dann gibts ja auch ... mittlerweile Nazis, die da //3 ... mal in der SED waren.“¹⁷⁹

B5 (MdL Die Linke) spricht sich weiter für die Vertretung der Ideale und Interessen der Menschen aus (der Mensch und nicht das Geld ist der Maßstab der Dinge). Von den Bürgermeistern der Linkspartei wird ein aktives Engagement in der Partei erwähnt. D. h., obwohl die linken Bürgermeister angeben, der Stadt verpflichtet zu sein, versuchen sie sich trotzdem in der Partei einzubringen. B2 ist dabei nur mäßig mit der Partei verbunden und spricht von einem schwierigen Spagat zwischen Loyalität zur Stadt und Parteiarbeit. B1 erwähnt hingegen zusätzlich, dass er

¹⁷⁸ B3 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 06.03.2010. S. 2

¹⁷⁹ B1 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 17.02.2010. S. 11

persönlichen Kontakt zur Parteiführung hat und fast alle Politiker in gewissen Positionen in der Partei in Thüringen kennt.

- Christlicher Standpunkt / Glaube (Konservativ): B3, B6 (CDU)
- Solidarität/ Schwache mitnehmen: B2, B3, (B5), B6
- Sozialeren Staat schaffen: B1, B2, B4, B5 (Die Linke)
- Banken- / Kapitalismuskritik: B2, B5 (selber Wahlkreis, Die Linke)
- Politische (linke) Gesinnung aus DDR mit übernommen: B1, B2, B5 (Die Linke)

Aus den Aussagen zur Verbindung innerhalb der Partei geht folgende Einteilung hervor:

Starke bis mäßige Parteiverbundenheit	Eher schwache Parteiverbundenheit
<ul style="list-style-type: none"> • Parteimitgliedschaft aus der Überzeugung heraus • Mäßig bis starkes Engagement in der Partei • Parteivorstellungen haben Einfluss auf tägliche Arbeit • Befragte selber haben Einfluss auf die Parteiarbeit • B1, B2, B3, B5 	<ul style="list-style-type: none"> • Parteimitgliedschaft aus einer Zweckrationalität heraus • Grundüberzeugung der Partei wird geteilt, Parteimitgliedschaft entstand jedoch aus der Verfolgung eigener Ziele (Bsp.: Lehrerberuf ausüben zu können, sich für Umwelt einzusetzen) • Parteiliches Engagement kaum erwähnt • Mit Fachleuten anderer Parteien teilweise eher verbunden als mit der eigenen Partei • Gewisse Trennung zwischen Amt/ Facharbeit und Partei • B6, B4

Abbildung 17: Merkmalskombination „Parteiverbundenheit“

Freundschaften

Eine weitere Möglichkeit, eine Abgrenzung zwischen dem Verantwortungsbewusstsein für die eigentlichen Aufgaben und dem **Bewusstsein für eine Ideologie/ ein Weltbild** bzw. der Parteiverbundenheit zu erkennen, sind die Aussagen zu der Frage,

ob politische Freundschaften privat weitergelebt werden. B6 (Bgm. CDU) berichtet davon, dass die Steigerungsform „Freund, Feind, Parteifreund“ durchaus zutrifft und dass Politiker in der eigenen Partei nicht automatisch Freunde haben, was z.B. aus den unterschiedlichen Interessen des Bürgermeisteramtes und der Partei hervorgeht. Dies lässt weiterhin auf eine schwache Parteiverbundenheit schließen, zeigt aber auch noch einmal die unterschiedliche Stellung der Bürgermeister und der Landtagsabgeordneten, wobei auch B4 (MdL Die Linke) von diesem Fakt auf der Landesebene berichtet. Er relativiert dies aber für die Zusammenarbeit auf der Kreisebene.

„Nein //1, wir feiern ... wir feiern auch zusammen Geburtstag. Also //2 ... sicherlich jetzt nicht äh alle 200 Mitglieder zusammen //3, aber ... so in ... weiten Teilen würde ich schon sagen. Also es gibt jetzt keinen ... äh im Kreisverband, wo ich sagen könnte, der Spruch ... eine Steigerungsform von Feind, ja //4 Feind, Erzfeind, Parteifreund //5, der würde zu treffen. {lachen} Das ist auf Landesebene anders.“¹⁸⁰

B1 und B4 (Die Linke, selber Wahlkreis) geben an, Freundschaften quer durch die politischen Lager bzw. auch in anderen Parteien zu haben. Diese Äußerung trifft zwar in einem gewissen Maß auch auf die Bürgermeister B2 und B6 zu, wird aber dort relativiert. D.h., eine Parteimitgliedschaft ist kein ursächliches Kriterium für eine Freundschaft und privates wird vom politischen Engagement getrennt. Dennoch wird angegeben, dass die privaten Freunde den Inhalten der Partei durchaus nahe stehen. B2 betont beispielsweise die zerbrochene Freundschaft zu einem CDU-Mitglied aufgrund der Stellung in der Partei.

„Ich habe aber auch schon mal, also nach der Wende war ich ... mit jemand befreundet, der heute eine relativ große Funktion in der CDU hat. ... Das ist zerbrochen, als Freundschaft. [...], das ist einfach an den, na gut auch an der Zeit, wo CDU und PDS ja doch sehr konträr standen. [...] Äh also aber ... für mich muss das politisch schon ein bisschen zusammenstehen. ... Ja das würd ich so sagen. ... Aber nich-nicht jeder Linke ist mein Freund.“¹⁸¹

Die Landtagsabgeordneten B3 und B5 betonen die Bedeutung der politischen Einstellung bei einer Freundschaft noch stärker. B5 (MdL Die Linke) erwähnt beispielsweise, dass eine politische Grundeinstellung und gleiche Auffassungen Grundlagen in einer Freundschaft sind, damit kein ständiger Streit entsteht. Und B3 (MdL CDU) berichtet ausschließlich über enge Freundschaften zu bekannten Politikern der eigenen Partei und die Verbundenheit aufgrund der gleichen Einstellung.

Im Zusammenhang bezüglich der Freundschaftsfrage wird von den Bürgermeistern B2 und B6 noch einmal verdeutlicht, dass auch bei Freundschaften in der Partei

¹⁸⁰ B4 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 10.03.2010. S. 12-13

¹⁸¹ B2 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 22.02.2010. S. 19

versucht wird, das Amt und die Parteiarbeit zu trennen. B2 berichtet davon, dass er mit vielen Parteimitgliedern befreundet sein könnte, dies aber nicht will, da er „den Geruch der Bestechung“ vermeiden will (aktuelle Freundschaften bestanden bereits vor der Amtszeit). Und B6 berichtet von Anfeindungen innerhalb der eigenen Partei, welche aus seinem Amt heraus entstehen, da er nicht nur die Parteiinteressen vertritt, sondern auch gegen diese im Sinne seines Amtes handeln muss. Die Landtagsabgeordneten hingegen berichten über eine enge Zusammenarbeit und große Vertrautheit innerhalb der Partei, welche für eine Freundschaft notwendig sind. B1 und B5 vermitteln dabei den Eindruck, ständig (auch privat) Politiker zu sein, wohingegen die anderen (B2, B3, B6) eine schärfere Grenze zwischen den allgemeinen privaten Fragen und der Aufgabe als Politiker ziehen. Dennoch sieht sich gerade B3 aufgrund ihres Engagements und ihrer Einstellung als Vollblutpolitiker.

„Der Eine auf dem Dorf ... sagt, ich b-... beschränke mich damit hier äh ... für meine Gemeinde was zu machen. Der Andere sagt, ich kandidiere auch für den Kreistag, will mich da noch ein bisschen, weil wir f- das eine oder andere Thema, was eben [...] über mein Dorf hinaus ... mich äh interessiert. ... Ja und der Dritte geht eben in den Landtag oder in Bundestag, weil er ... Vollblutpolitiker ist.“¹⁸²

Aufgrund der Aussagen zu den Freundschaften können die Befragten folgendermaßen eingeteilt werden:

Freundschaften politikunabhängig	Freundschaften politisch/ideologisch leicht beeinflusst	Freundschaften politisch geprägt
<ul style="list-style-type: none"> • Freundschaften sind von der Partei unabhängig • Vollzeitpolitiker • B1 (Bgm. Die Linke) 	<ul style="list-style-type: none"> • Freunde stehen der eigenen Partei bzw. deren Inhalte nahe • (Politische Freunde sind auch persönliche Freunde) • B2, B4, B6 	<ul style="list-style-type: none"> • Freundschaften sind stark durch Parteizugehörigkeit bzw. politische Inhalte/Ansichten geprägt • Vollblutpolitiker • Enge Vertrautheiten in der Partei • B3, B5 (MdL)

Abbildung 18: Merkmalskombination „Freundschaften“

¹⁸² B3 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 06.03.2010. S. 8

Führungs- und Hierarchiebewusstsein

Im Allgemeinen wird von einer offiziellen Hierarchie „wie in jeder anderen Partei“ gesprochen, mit Personen, die aufgrund ihres Amtes (Landtagsabgeordnete, Fraktionsvorsitzende, Bürgermeister usw.) eine gewisse übergeordnete Position mit mehr Einfluss besitzen. B2, B5 und B6 berichten in diesem Zusammenhang davon, dass es Personen gibt, die aufgrund ihrer Persönlichkeit die Partei prägen. Alle Befragten bis auf B4 (MdL Die Linke) geben an, sich selbst zu dieser Führungsebene bzw. zu den Politikern, welche die Partei beeinflussen, zu zählen. B3 sieht bei sich selbst ein hohes Bewusstsein dafür zu haben, die Menschen zu den „richtigen“ Zielen zu leiten und B6 (Bgm. CDU) spricht sich genauso wie B3 (MdL CDU) für eine starke Führung aus, welche leiten und die Richtung vorgeben soll.

„Alle machen da mit, aber sch- ein Vorsitzender, das ist in jedem Verein so, ... ja? der muss sagen äh ... wollen wir das so machen? ... Und dann ne-äh eine ordentliche, eine starke Führung äh Person, die ist schon was wert.“¹⁸³

Der Unterschied zwischen den Befragten der CDU und der Linkspartei besteht also in der Stärke der Wahrnehmung zwischen Führung und kollektiver Zusammenarbeit. Von Befragten der Linken wird die kollektive Zusammenarbeit in der Partei teilweise als spezifisches Merkmal für Die Linke in der entsprechenden Hochburg gewertet. Sie sprechen von vertrauensvoller Zusammenarbeit, Aushandeln von Entscheidungen und Basiskonferenzen, an denen alle Mitglieder teilnehmen können. Die Landtagsabgeordneten der Linken (B4, B5) betonen noch einmal die Lehren, die in Bezug auf „Führung und Hierarchie“ aus der SED und dem Machtapparat der DDR gezogen wurden. Zu erwähnen ist dabei auch, dass sich B6 (Bgm. CDU) trotz seiner Zustimmung zu einer starken Führung zum Teil für eine kollektive Parteiarbeit und die Rückkopplung über das Volk (die Basis) ausspricht. Die Grenzen sind dort fließend und Führung wird von der Linken zum Teil genauso verlangt wie kollektive Zusammenarbeit von der CDU. Dennoch wird die Richtungsvorgabe durch eine starke Führung besonders von den Befragten der CDU und die demokratische Zusammenarbeit mit der Basis von den Befragten der Linken betont.

„[...] aber an-ansonsten haben wir die Lehren aus der SED, wo eben vieles nur ab genickt wurde, ... äh in einem tatsächlichen Diskussionsprozess zu Entscheidungen zu kommen, das ist glaube ich in der Linken ... in vielen Fällen gut ... gewährleistet.“¹⁸⁴

Diesen Punkten zufolge entsteht eine Gliederung in drei Arten des Führungsbewusstseins:

¹⁸³ B3 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 06.03.2010. S. 16

¹⁸⁴ B5 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 15.03.2010. S. 20-21

Ausgeprägtes Kollektiv- verständnis bei Partei- arbeit	Kollektives Verständnis mit mäßigem Führungsbewusstsein	Starkes Führungs- bewusstsein
<ul style="list-style-type: none"> • Führungsbewusstsein wird nur schwach thematisiert • Man sieht sich als Dienstleister • Reflektiertes Demokratie- und Hierarchieverständnis aus SED-Diktatur • B4 (MdL Die Linke) 	<ul style="list-style-type: none"> • Führungsbewusstsein wird thematisiert und verdeutlicht, dass man eine selbst eine Führungsrolle inne hat • Hierarchie in Partei wird erwähnt aber relativiert • Kollektivarbeit in der Partei als wichtig herausgehoben • B1, B2, B5, (B6) 	<ul style="list-style-type: none"> • Wunsch nach starker Führung überwiegt in den Aussagen • Führung hat gewisse Ausstrahlung und Fähigkeiten, die Mitglieder zu leiten • B3 (MdL CDU)

Abbildung 19: Merkmalskombination „Führungsbewusstsein“

Ausbildung und Beruf

Desweiteren wurde sich zur **Struktur der Ausbildungen bzw. Berufe** bei den Parteimitgliedern geäußert. Die Befragten geben an, die Verteilung der Berufe nicht genau zu kennen. Dennoch erwähnen die meisten, dass keine Berufsgruppe dominiert und die Verteilung breit gestreut ist. Alle Befragten geben außerdem an, dass der Beruf bzw. die Ausbildung nicht ausschlaggebend für die Mitgliedschaft in der Partei ist bzw. die Möglichkeit erhöht, in bestimmte Positionen (z.B. Landtag, Bürgermeister usw.) zu kommen. Viel mehr spielen andere Faktoren eine Rolle: B2 und B6 (Bgm.) geben an, dass es ihnen lediglich wichtig ist, Engagement für die Aufgabe bzw. die Stadt zu zeigen und B6 (Bgm. CDU) betont, dass man sich den Grundsätzen und Parteiinhalten unterordnen muss. Die Landtagsabgeordneten B3 und B4 erwähnen besonders die Notwendigkeit von Berufs- und Lebenserfahrung. Nicht der Beruf an sich ist für sie wichtig, sondern dass die Personen bereits abhängig beschäftigt waren und Lebenserfahrung sammeln konnten, damit diese in der Politik eingebracht werden können (Urteilkraft und Menschenverstand entwickeln).

„In einem Gemeinderat ist das was anderes und im Kreistag. ... Aber dort, wo hauptamtlich Politik gemacht wird, braucht man ein bisschen Lebenserfahrung, ... man muss auch am eigenen Leib mal äh äh ... schon mal gespürt haben, ... dass das Leben nicht nur rosig ist,

dass nicht nur alle Leute nett zu einem sind ... und man muss sich auch schon mal ein bisschen durchgeboxt haben. Und äh ... das finde ich einfach die wichtigsten Voraussetzungen: Lebenserfahrung und ein bisschen Berufserfahrung. Egal wo. ... Ob ich das jetzt als Lehrer mache oder als ... Tischler oder wie auch immer.“¹⁸⁵

B5 erwähnt zusätzlich, dass Die Linke viele Mitglieder aus gesellschaftswissenschaftlichen Bereichen hat und zudem viele in der DDR gebildet wurden. B4 geht von vielen Seiteneinsteigern in der Partei aus, welche nicht, wie seiner Meinung nach in anderen Parteien üblich, aus Karriere Zwecken in der Partei sind, sondern aus der Überzeugung und weil sie was verändern wollen.

Bewusstsein für die Bürger

Bei dem **Umgang mit den Bürgern** erwähnen alle Befragten bis auf B1 und B4 (Die Linke, selber Wahlkreis), dass es wichtig ist, bei allen Entscheidungen die Menschen „mitzunehmen“, zu überzeugen und für die Sache zu motivieren. B4, B5 und B6 sprechen davon, eine Vorbildfunktion für die Menschen zu erfüllen, indem man sich beispielsweise in bestimmten Vereinen einsetzt. Von B5 und B6 werden besonders der demokratische Gedanke und die Rolle der Personen in einer Partei angesprochen. B6 möchte beispielsweise emanzipierte politische Mitbürger für eine demokratische Gesellschaft erziehen und B5 betont die Notwendigkeit einer demokratischen Parteilandschaft. Weiterhin wird von ihnen berichtet, dass Politik nur funktioniert, wenn es von den Wählern/ Bürgern gewollt und getragen wird. Die beiden Befragten sind sich bewusst, dass das Wählerverhalten auf kommunaler Ebene sich weniger nach der Partei, sondern mehr nach den eigentlichen Persönlichkeiten richtet.

B6: „Da gibt es nicht wenige. ... Ja sicherlich. ... //2 Das ist dann immer spannende- das ist dann immer spannend, wenn- ... wenn äh Wahlen äh oder Bürgermeisterwahlen so angestanden haben und jetzt von verschiedenen Parteien, ... welche mit angetreten sind, dass es eben auch welche gab, die einem das ganze weg gesagt haben und eben auch gemacht haben, man kennt ja manche Leute auch, gesagt haben: Du ... ich bin zwar SPD irgendwo, ... aber meine Stimme hast du. ... Und nicht der eigene CDU äh SPD-Mann, also ... dieses Wahlverhalten so ... mit-mit äh wie soll ich sagen ... äh so mit Parteivorgabe, das ist doch weniger ausgeprägt. Das glaube ich schon. //3 () ... Auf der unteren Ebene. Auf der unteren Ebene.“¹⁸⁶

Und B5 meint: „Aber letztendlich sind natürlich Menschen die Träger von Politik. Das ist schon so.“¹⁸⁷

B1 und B5 (Die Linke) geben an, von den Bürgern angesprochen worden zu sein, sich als Kandidat für die Position aufstellen zu lassen und die anderen Befragten wurden von der eigenen Partei bzw. deren Mitgliedern dazu aufgefordert bzw. gefragt.

¹⁸⁵ B3 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 06.03.2010. S. 22

¹⁸⁶ B6 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 16.03.2010. S. 21

¹⁸⁷ B5 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 15.03.2010. S. 12

„Ja und irgendwann bin ich dann auch mal von Bürgern gefragt wurden, ob ich denn nicht kandidieren will? Und da sag ich: Nö eigentlich nich. Ja wieso nicht? ... Sie sind doch der einzige der was f-für {stotternd} einer der wenigen, der was Vernünftiges sagt i-im - im {zögernd stotternd} Stadtrat.“¹⁸⁸

Aus dem unterschiedlichen Bewusstsein für die Bürger könnten sich unterschiedliche Vorgehensweisen und Wahrnehmungen bei der Aufgabenerledigung und dem Politikstil entwickeln. Beispielsweise könnten die Politiker, die angeben, von den Bürgern und nicht von der eigenen Partei angesprochen worden zu sein, einen anderen Verpflichtungsdruck bei der Aufgabenerfüllung gegenüber den Bürgern verspüren als diejenigen, welche von der eigenen Partei aus bestimmten Parteiinteressen in die Position „geordert“ wurden. Die Forderungen, welche die Politiker vertreten, erhalten für sich selbst somit eine andere Legitimität.

Wie im Methodenabschnitt beschrieben, befindet sich aufgrund der erhöhten Transparenz, der intersubjektiven Nachvollziehbarkeit und der besseren Übersichtlichkeit die Materialzusammenschau über die Zuordnung der Codes und Merkmale zu den entsprechenden Befragten im Anhang (Anhang 2 – Materialzusammenschau und Überblick).

5.3 Typologien

Die Phase C der Analyse führte zu zwei Typologien (Politikertypen und Handlungstypen). Im folgenden Abschnitt befindet sich die Herleitung, Auflistung und Charakterisierung dieser Typen.

5.3.1 Typologie 1: Entwicklung und Anwendung ideologisch politischer Einstellungsmuster (Politikertypen)

Wie im Methodenteil beschrieben, werden aus den Merkmalsräumen des vorigen Kapitels mittels Kreuztabellierung Typen konstruiert. Dabei werden nicht alle möglichen Ausprägungen der Kreuztabellen berücksichtigt. Es findet die Zusammenführung der Phasen C und D der typologischen Analyse nach Kuckartz statt, in dem nur die Felder berücksichtigt werden, in welchen sich die Befragten auch wiederfinden lassen (vgl. Kapitel Typenbildung und typologische Analyse). Aus den Merkmalsräumen zu den Freundschaftsverhältnissen und der Sozialisation aus dem Kapitel 5.2 ergibt sich eine Aufteilung in folgende Typologie:

¹⁸⁸ B1 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 17.02.2010. S. 1-2

Sozialisation	Keine bis wenig Beeinflussung durch Familie und Partei mit Ziel, Politik zu machen	Moderate ideologiebasierte Sozialisation ohne Ziel Politik zu machen	Starke ideologiebasierte Sozialisation mit Ziel der Politik
Freundschaften			
Freundschaften politikunabhängig	Typ1 (B1)		
Freundschaften politisch/ ideologisch leicht beeinflusst	Typ1 (B2, B6)	Typ2 (B4)	
Freundschaften politisch geprägt			Typ3 (B3, B5)

Abbildung 20: Typologie 1a aus den Merkmalen „Sozialisation und Ziele“ und „Freundschaften“

Ähnlich wie bei der Bildung der Merkmalsräume findet auch hier sofort der Rückgriff auf die Empirie und die Einordnung der Experten statt (vgl. Kapitel 4.3.3: Typenbasierte Fallanalyse). Die Angaben in der Klammer zeigen, welche Befragten zu welchem Typ am ehesten zuzuordnen sind.

Typologie 1a beschreibt den Einfluss der Sozialisation der Befragten vor der Wende auf das Weltbild/ die Ideologie, verbunden mit der Frage, ob dieses Weltbild im privaten Bereich fortgeführt wird. Diese Typologie wird durch das Merkmal „Parteiverbundenheit“ weiter ausdifferenziert, um zu sehen, wie stark dieses ideologische Bewusstsein bzw. das Weltbild mit der Parteiverbundenheit zusammenhängt. Denn es wird davon ausgegangen, dass eine starke Parteiverbundenheit zu einer höheren Affinität zu den dort gelebten ideologischen Einstellungen und Weltbildern führt. Oder anders ausgedrückt: Die Politiker sind stärker ideologisch geprägt, wenn sie eine hohe Verbundenheit zur Partei verspüren.

Parteiverbundenheit Typologie 1a	Starke bis mäßige Parteiverbundenheit	Eher schwache Parteiver- bundenheit
Typ1	Typ1 (B1, B2)	Typ2 (,B6)
Typ2		Typ3 (B4)
Typ3	Typ4 (B3, B5)	

Abbildung 21: Typologie 1b aus den Merkmalen „Typologie 1a“ und „Parteiverbundenheit“

Wenn man diese Typologie mit dem Merkmal der „Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Organisationen“ kreuzt, zeigt sich, inwieweit die Stärke des ideologischen Grunddenkens bzw. das Weltbild die tägliche Arbeit beeinflusst. Daraus ergibt sich die Typologie, welche den Grad der ideologischen Prägung und den Einfluss dieser auf die eigentliche politische Aufgabe angibt.

Zusammenarbeit Typologie 1b	Bürger- und Aufgabenori- entiert	Politik- und Bereichsorien- tiert
Typ1	Typ1a (B1, B2)	
Typ2	Typ1b (B6)	
Typ3		Typ2a (B4)
Typ4		Typ2b (B3, B5)

Abbildung 22: Typologie 1c aus den Merkmalen „Typologie 1b“ und „Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Organisationen“

Zusätzlich fließt noch der Merkmalsraum der „DDR-Kritik“ mit ein. Daraus entsteht die erste umfassende Typologie zur Entwicklung und Anwendung ideologisch politischer Einstellungsmuster mit folgenden Typen:

DDR-Kritik Typologie 1c	Kritik – DDR abändern von außen	Verurteilen – DDR abschaffen	Zugeständnis – DDR abändern im System
Typ1a	Typ1a (B1, B2)		
Typ1b	Typ1b (B6)		
Typ2a		Typ2a (B4)	
Typ2b		Typ2b (B3,B5)	

Abbildung 23: Typologie 1 – Entwicklung und Anwendung ideologisch politischer Einstellungsmuster aus den Merkmalen „Typologie 1c“ und „DDR-Kritik“

Für eine bessere Übersichtlichkeit wurde die Reihenfolge der DDR-Kritik geändert, da „Verurteilen“ und „Zugeständnis“ in dem Sinne die Ideologie bzw. das Weltbild stärker widerspiegeln als die einfache Kritik. Entweder man spricht sich stark für das DDR-System oder stark dagegen aus. So verdeutlichen sich die beiden Gegenpole. Der einfache Kritiker hingegen äußert zwar Kritik am System der DDR, war aber dennoch in ihr aktiv und engagiert. Es ergeben sich folgende charakteristische Beschreibungen der Typen:

Typ1 – „Bürgervertreter“: Er ist in seiner Kindheit und der DDR nur schwach bis mäßig durch politisch oder weltanschaulich beeinflussende Institutionen geprägt worden. Auch im Privatleben sind die Freundschaften nur sehr schwach bis gar nicht durch die Weltanschauung bzw. die Politik beeinflusst. Das Ziel, sich politisch zu engagieren, bestand teilweise schon sehr früh. Es ist jedoch nicht auf ideologische Grundgedanken zurückzuführen, sondern auf ein Verständnis für praktische Probleme und gesellschaftliche Fehlentwicklungen vor Ort. Dies zeigt sich beispielsweise an der Kritik zur DDR. Diese ist auf konkrete Probleme bezogen, welche sich vor Ort ergeben. Typ1 war in der DDR wenig bis gar nicht politisch für die SED aktiv. Das Verständnis für die Aufgaben vor Ort und die Bürger (und nicht für eine politische Einstellung) setzt sich bis heute fort. Bei der Zusammenarbeit mit anderen Parteien steht nicht die Einstellung im Vordergrund, sondern es geht um eine Zusammenarbeit für die Aufgabe und die Mehrheitsfindung mit allen Parteien.

- Sozialisation durch Familie oder andere prägende Institutionen wenig/ nicht thematisiert
- Frühes Interesse an Politik/ Ziel, Politik zu machen wenig/ nicht angesprochen
- Freundschaften sind politikunabhängig bis leicht beeinflusst dadurch
- Fokus auf die Probleme und Aufgaben vor Ort gerichtet
- Verpflichtungen gegenüber Stadt und Bürger
- Parteipolitik und Ideologien sind zweitrangig
- Wenig/keine Kritik an und Abgrenzung zu anderen Parteien
- moderate bis starke DDR-Kritik auf einzelne konkrete Punkte bezogen
- Abändern der Missstände in der DDR durch Engagement
- Politisch aufstiegsorientiert
- Mäßig aktiv im System der DDR
- Repräsentiert durch die Bürgermeister B1, B2 und B6

Typ1a – „parteiverbundener Bürgervertreter“: Trotz des geringen Einflusses der politischen Einstellung auf das Leben und die Laufbahn ist dieser Typ Mitglied der Partei, weil bis zu einem gewissen Punkten die gleiche Überzeugung geteilt werden und ein Teil der Überzeugungen aus der DDR mit übernommen wurde. Bei amtstätigen Entscheidungen wird versucht, sich mit der Partei in Verbindung zu setzen, um gewisse Entscheidungen zu begründen. Entscheidungen werden dabei aufgrund der Stellung (Loyalität gegenüber der Stadt) und den Einstellungsmustern (Einsatz für die Aufgabe) die man hat, teilweise gegen Parteiinteressen vertreten. Dennoch besteht ein aktives Engagement in der Partei, nicht zuletzt, um auch Gegenstimmen der Parteimitglieder wahrnehmen zu können.

- Mäßige bis starke Parteiverankerung und Engagement in der Partei
- Trennung zwischen Amt und Partei, Partei hat dennoch gewissen Einfluss
- Linke Überzeugung aus DDR übernommen
- Exemplarisches Fallbeispiel für diesen Typ: B1

Typ1b – „parteiungebundener Bürgervertreter“: Die Verbindung zur eigenen Partei ist nur schwach ausgeprägt. Zwar teilen Parteimitglieder dieselbe Grundüberzeugung, aber im gewissen Sinne wird die Partei nur als ein notwendiges Mittel, als ein „Gesellschaftsverein“ mit gleicher grundlegender Ausrichtung gesehen, um die eigenen Ziele verwirklichen zu können. (Partei, um SED zuvor zukommen und später als Bürgermeister gewählt worden zu sein). Eine wirkliche Verankerung bzw. ein Engagement in der Partei ist nicht zu erkennen.

- schwache Parteiverankerung
- Partei als Mittel/Voraussetzung zur Aufgabenbewältigung und mit gleicher Grundüberzeugung
- starke Trennung zwischen Amt/ Facharbeit und Partei
- Exemplarisches Fallbeispiel für diesen Typ: B6

Typ2 – „Interessen-/ Ideologievertreter“: Typ2 gibt eine starke Sozialisation durch politisch oder ideologisch prägende Institutionen in Kindheit bzw. Jugend und somit in der DDR an (FDJ, Jungpioniere, katholisches Internat, Militär usw.). Daraus ergeben sich ideologische Grundvorstellungen bzw. Weltansichten, welche auf dem Weg in die Politik Einfluss hatten. Auch die tägliche Arbeit und das Problemverständnis sind dadurch ein Stück weit geprägt. Eine Zusammenarbeit findet lediglich mit Organisationen und Parteien statt, welche dieselben Interessen vertreten. Zu anderen Organisationen und Parteien wird sich relativ klar abgegrenzt. Das

Problembewusstsein ist somit durch die ideologische Grundeinstellung stärker geprägt als bei Typ1.

- Parteimitgliedschaft aus ideologischer Überzeugung heraus
- Mäßiges bis starkes Engagement in der Partei
- Parteivorstellungen haben Einfluss auf tägliche Arbeit
- Zusammenarbeit mit Organisationen und anderen Parteien, welche dieselben Interessen vertreten/ im selben Fachbereich arbeiten
- Mäßige/ starke Kritik an und Abgrenzung zu anderen Parteien und Organisationen
- Schwaches bis moderates Bewusstsein für die Probleme vor Ort
- Repräsentiert durch die Landtagsabgeordneten B3, B4 und B5

Typ2a – „Partei-Angestellter“ (Facharbeiter): Die Parteiverbundenheit ist im Gegensatz zu Typ2b schwächer ausgeprägt. Es gibt eine starke Trennung zwischen Partei und Facharbeit. Die Partei wird lediglich als Mittel gesehen, die eigenen Ziele durchzusetzen. Politische Einstellungen werden bei Freundschaftsfragen in den Hintergrund gestellt. Dennoch wird die Sozialisation und somit die starke Ideologieprägung betont (z.B. Aspekte der DDR bewahren) und wichtige Verbindungspunkte zwischen Parteimitgliedern benannt. Die Kritik an der DDR ist kaum vorhanden und beschränkt sich auf das eigene Fachthema. Folglich wurden nicht die DDR oder das System in Frage gestellt, sondern lediglich die Umweltverschmutzung (dies entspricht der frühkindlichen und jugendlichen Prägung durch das System). Dies zeigt noch einmal die Konformität mit der DDR und der Ideologie. Besonders für diesen Typen ist, dass er nicht in die Politik wollte, sondern andere Ziele hatte und durch Zufälle und Aufforderung der Partei nun als „Facharbeiter“ (eingesetzt für einen bestimmten Fachbereich) dient. Im Vergleich zu den anderen Typen wollte man sich nicht bewusst politisch engagieren. Die Zusammenarbeit mit anderen Parteien und Organisationen richtet sich im Vergleich zu Typ2b weniger nach ideologischen Gesichtspunkten als nach eigenen Interessen (Fachbereich).

- Freundschaften sind nur leicht beeinflusst durch Parteieinstellung/ Ideologie
- Fokus auf eigene Ziele gerichtet
- Partei als Mittel/Voraussetzung, um Ziele verwirklichen zu können und aufgrund inhaltlicher Nähe
- Exemplarisches Fallbeispiel für diesen Typ: B4

Typ2b – „ideologisch geprägter Vollblutpolitiker“ (treuer Parteiverfechter): Die Sozialisation innerhalb der Familie, der Kindheit (Jungpioniere, katholisches Internat) und das Engagement in der Partei werden stark betont. Auch die Freundschaften sind politisch geprägt. Bei der Kritik an der DDR zeigt sich die Sozialisation deutlich. Dort muss zusätzlich zwischen den Parteien unterschieden werden.

Der Typ2b der **CDU** kritisiert aufgrund seines Weltbildes die komplette DDR und das System in allen Bereichen (Umwelt, Wirtschaft, Arbeit, Partei, Staat usw.) sehr stark und hat keinen Bezug zur DDR. Dennoch setzte man sich alternativ politisch (z.B. mit Hilfe der Kirche) ein.

- Verurteilen der DDR
- Starke öffentliche Kritik an DDR
- Abschaffen der DDR
- Politisch aufstiegsorientiert in der DDR

Der Typ2b innerhalb der **Linkspartei** verdeutlicht seine ideologische Grundhaltung, indem fast keine Kritik geäußert wird. Der Sozialismus ist weiterhin tief verankert bei diesem Typ, wird jedoch leicht reflektiert durch das Scheitern in der Realität neu bewertet. Dennoch bleiben die Grundüberzeugungen in vollem Umfang erhalten und man vertritt die Meinung, dass diese Missstände in der DDR auch innerhalb des Systems hätten abgeschafft werden können.

- Schwache Kritik an der DDR
- Abändern der Missstände mit den gegebenen Möglichkeiten der DDR (z.B. in der SED)
- Konform mit DDR-System

Die Kraft, seine Ideologie/ sein Weltbild weiter zu vertreten, wird heute weiterhin aus der Partei geschöpft. Dieser Typ ist nicht einfach nur Mitglied, sondern wird durch die Partei geprägt. Typ2b lebt beispielsweise den sozialistischen Gedanken oder aber die Weltanschauung des katholischen Milieus (geprägt durch die Familientradition, die Deutsche Zentrumspartei und die CDU) weiter. Diese Überzeugung führt zu einem starken Engagement in der Partei. Eine Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Parteien findet nur statt, wenn die gleichen politischen Grundinteressen vertreten werden bzw. man sich für denselben Fachbereich (z.B. Umwelt) einsetzt. Die Zusammenarbeit ist im Vergleich zu Typ2a viel stärker auf das eigene politische Bild gerichtet.

- Starke Parteiverankerung
- Freundschaften, Privatleben und Arbeit durch Ideologie/ Weltbild geprägt
- Politische Tradition in der Familie bzw. starke Jugendarbeit in DDR wird thematisiert
- Exemplarisches Fallbeispiele für diesen Typ: B3, B5

5.3.2 Typologie 2: Deutungsmuster bei der Aufgabenbewältigung (Handlungstypen)

Ein weiterer Gesichtspunkt, nach dem die Befragten typisiert werden können, sind die Deutungsmuster bei der täglichen Aufgabenbewältigung. Daraus ergeben sich sogenannte Handlungstypen. Als Erstes werden dazu das „Heimatabewusstsein“ mit dem „Führungsbewusstsein“ gekreuzt.

Heimatabewusstsein Führungsbewusstsein	Starkes Heimatabewusstsein	Mäßiges Heimatabewusstsein (gesamtes Ostdeutschland)
Ausgeprägtes Kollektivverständnis bei Parteiarbeit		Typ1 (B4)
Kollektives Verständnis mit mäßigem Führungsbewusstsein	Typ2 (B6)	Typ3 (B1, B2, B5)
Starkes Führungsbewusstsein	Typ2 (B3)	

Abbildung 24: Typologie 2a aus den Merkmalen „Führungsbewusstsein“ und „Heimatabewusstsein“

Typologie 2a teilt sich in den Typ1 mit dem starken Heimatabewusstsein und mäßigem/starkem Führungsbewusstsein und Typ2 mit schwachem Heimatabewusstsein und einem ausgeprägtem Kollektivverständnis. Typ3 besitzt ebenfalls ein schwach ausgeprägtes Heimatabewusstsein, dies ist jedoch verknüpft mit einem mäßigen Führungsbewusstsein. Typ2 wird hier nicht unter Typ3 subsumiert, sondern bildet einen extra Typ, da sein Kollektivverständnis extrem stark ausgeprägt ist. Eine Einteilung in drei Typen ergibt sich auch, wenn man das „Problemverständnis“ und das Merkmal „Bewusstsein bei der Zielverwirklichung“ kreuzt.

Bewusstsein bei der Zielverwirklichung Problemverständnis	Realitätsbewusstsein und Toleranz	Erfolgsbewusstsein und eigene Zielverwirklichung
Allgemeines wirtschaftliches leistungsorientiertes Problemverständnis		Typ1 (B3, B6)
Allgemeines soziales und wirtschaftliches Problemverständnis	Typ2 (B4)	
Konkretes soziales Problemverständnis	Typ3 (B1, B2, B5)	

Abbildung 25: Typologie 2b aus den Merkmalen „Problemverständnis“ und „Bewusstsein bei der Zielverwirklichung“

Hier zeigt sich die Gegensätzlichkeit zwischen Typ1, welcher erfolgsbewusst und leistungsorientiert seine eigenen Ziele verwirklichen will und Typ3, der durch realitätsnahes Aushandeln versucht, soziale Probleme zu lösen. Die Kombination der Typologien 2a und 2b ergibt folgende Tabelle:

Typologie 2a Typologie 2b	Typ1	Typ2	Typ3
Typ1		Typ1 (B3, B6)	
Typ2	Typ2 (B4)		
Typ3			Typ3 (B1, B2, B5)

Abbildung 26: Typologie 2 – Deutungsmuster bei der Aufgabenbewältigung, aus den Typologien 2a und 2b.

Typ1 – „Patriotischer Unternehmer/Führer“: Typ1 besitzt ein stark ausgeprägtes Bewusstsein, sich politisch für die eigene Heimat einzusetzen. Der Stolz auf die eigene Stadt bzw. den Wahlkreis ist deutlich zu spüren und dieser Typ grenzt sich stark gegenüber dem restlichen Thüringen ab. Das Bewusstsein für gesamtostdeutsche (oder thüringische) Verhältnisse ist nicht gleichermaßen ausgeprägt wie bei den anderen Typen und konzentriert sich auf die Heimatregion. Typ1 sieht eine starke Führung und klare Vorgaben von Zielen in der Partei bei politischen Aufgaben und den Bürgern als wesentlichen Bestandteil für den Erfolg der Partei bzw. der Stadt an.

Er selbst sieht sich auch in einer solchen Führungsposition. Dabei vertritt er die Meinung, dass er in seiner Position die Bürger in „die richtige“ Richtung bringen und anleiten muss. Der „patriotische Unternehmer/Führer“ ist sich seiner Position sehr sicher und seiner Wahl bewusst, weil er meint seine Sache richtig gemacht zu haben. (Er ist stark von sich und seinen Zielen überzeugt). Typ1 fühlt sich durch seinen bisherigen Erfolg bestätigt und dadurch für weitere Entscheidungen berechtigt. Er glaubt daran, dass es das Richtige gibt und dass er sich selbst dafür einsetzt. Die eigene Position wird nicht wie bei Typ 2 als Dienstleister gesehen, sondern als Führer bzw. Leiter einer Stadt/ einer Region, die er selbst als Unternehmen betrachtet. Dabei geht es um das Ziel, aus eigener Kraft Wirtschaft anzusiedeln und diese Region unabhängig und stark zu machen. Eine weitere Aufgabe besteht für Typ1 darin, den Bürgern Stolz auf eigene Leistungen und die eigene Stadt bzw. Region zu vermitteln. Das Leistungsbewusstsein ist deutlich ausgeprägt. Jeder soll nach den eigenen Leistungen belohnt werden. Für Typ1 ist der Mensch auf der Welt, um einen Beitrag zu leisten und somit auf sich selber und seine Leistungsfähigkeit angewiesen. Das Stützen auf übergeordnete Institutionen wie den Staat wird abgelehnt.

- Abgrenzung zum restlichen Thüringen
- Vertretung der eigenen Heimat
- Wunsch nach starker Führung
- Stolz auf eigene Leistung und Region entwickeln
- Eigene Ziele werden als richtig empfunden; Durchsetzung der eigenen Ziele
- Sicherheitsbewusstsein der eigenen Position
- Überzeugt vom Erfolg der eigenen Ansichten
- Ausgeprägtes Wirtschaftsbewusstsein
- Leistungsgedanke
- Exemplarisches Fallbeispiel für diesen Typ: B3

Typ2 – „Dienstleister“: Typ2 hat ein umfassendes Verständnis sowohl für soziale und kulturelle Aspekte als auch für die Wirtschaft. Ähnlich wie Typ1 sieht er die Notwendigkeit einer Wirtschaft in Thüringen, welche sich auf die eigenen Kräfte besinnt. Gleichzeitig besitzt er ein ausgeprägtes Verständnis für soziale Probleme. Typ2 geht es dabei hauptsächlich um die Erreichung seiner eigenen Ziele, ungeachtet dessen, von welcher politischen Richtung sie unterstützt werden. Er hat ein mäßiges Heimatbewusstsein und vertritt gesamt(ost)deutsche Probleme (Bewusstsein

ostdeutscher Herkunft). Deshalb richten seine Ziele sich nicht konkret auf den eigenen Wahlkreis, sondern auf größere ihm selbst wichtige Probleme. Dieser Typ betont die Notwendigkeit, in Ostdeutschland aufgewachsen zu sein, um die Probleme richtig verstehen zu können. Das Führungsbewusstsein ist bei Typ2 am schwächsten ausgeprägt. Er beschreibt am deutlichsten die Notwendigkeit einer starken Parteibasis bei demokratischen Entscheidungen. Dabei zeigt sich sein reflektiertes Verhalten in Bezug auf den Machtmissbrauch der SED. Anhand des Scheiterns aufgrund des falschen politischen Vorgehens in der DDR verdeutlicht er die Notwendigkeit eines ausgeprägten Kollektivverständnisses in der Partei als Grundlage für den Erfolg. Im Vergleich zu Typ1 sieht er sich als Dienstleister und Vorbild für die Menschen in einem bestimmten Fachbereich (z.B. Soziales, Umwelt usw.) und nicht als Anführer.

- Realitätsbewusstsein und Zielverwirklichung
- Starke Verknüpfung von Wirtschafts-, Sozial- und Kulturbewusstsein
- Bewusstsein für die eigenen Ziele überwiegt
- Bewusstmachen der Unterschiede zu Westdeutschland
- Schwaches Führungsbewusstsein
- Man sieht sich als Dienstleister
- Reflektiertes Demokratie- und Hierarchieverständnis aus SED-Diktatur übernommen
- Exemplarisches Fallbeispiel für diesen Typ: B4

Typ3 – „reflektierter Ostvertreter“: Typ3 verdeutlicht den Unterschied zwischen Politikern aus Ost- und Westdeutschland. Er vermittelt ein ausgeprägtes Bewusstsein für die spezifischen Probleme in den neuen Bundesländern aufgrund seiner ostdeutschen Herkunft. In Sachen Führungsbewusstsein betont Typ3 die Kollektivarbeit in der Partei (die Parteibasis steht im Vordergrund). Gleichzeitig sieht er jedoch die Notwendigkeit von Personen mit höherem Einfluss und Hierarchien in der Partei. Herausragende Personen müssen der Ansicht nach die Interessen der Parteimitglieder bündeln bzw. vorbringen und die Partei durch ihr Engagement prägen. Er selbst zählt sich zu diesen Persönlichkeiten. Dennoch hebt dieser Typ zusätzlich die Kollektivarbeit in der Partei stark hervor. Er spricht sich für Absicherungen und soziale Grundelemente für die Bürger aus, welche durch höhere Institutionen (z.B. Staat) bereitgestellt werden müssen. Dies ist dem Leistungsgedanken und dem Vertrauen auf die eigenen Kräfte der anderen beiden Typen gegenläufig. Es werden der soziale

Gedanke und die Abstützung durch den Staat hervorgehoben. Es soll allen Bürgern ermöglicht werden, am Leben teilzuhaben. Dabei herrscht ein ausgeprägtes Bewusstsein für kulturelle und soziale Aufgaben und Probleme vor. Insgesamt will man bessere und sozialere Lebensbedingungen für die Bürger schaffen und Leistungen erhalten. Die Vorgehensweise ist von einem gewissen Realitätsbewusstsein begleitet. Es wird sich für Dinge ausgesprochen, die nicht parteitypisch sind, solange dadurch Probleme vor Ort behoben werden können. Dabei wird versucht, Entscheidungen anderer politischer Richtungen zu verstehen und zu tolerieren.

- Bewusstmachen der Unterschiede zu Westdeutschland
- Führungsbewusstsein und Hierarchie in der Partei werden als nötig empfunden, aber im Vergleich zum Kollektivverständnis relativiert
- Ausgeprägtes Bewusstsein für soziale und kulturelle Probleme
- Insgesamt das Ziel, bessere und sozialere Lebensbedingungen schaffen
- Exemplarisches Fallbeispiel für diesen Typ: B2

5.4 Interpretationen und Thesen

Aus den aufgeführten Ergebnissen und dem theoretischen Teil ergeben sich folgende Erkenntnisse und Hypothesen.

5.4.1 Erfolgreiche Politiker

Alle Befragten waren aufstiegsorientiert und bis auf den Typ des „Partei-Angestellten“ haben alle ein hauptamtliches politisches Engagement angestrebt. Die befragten Politiker vermitteln sowohl bei der CDU als auch bei der Linkspartei die Anschauung, dass der Erfolg der Partei, gerade auf kommunaler Ebene, nicht von den Parteien, sondern von den Personen und ihrem Vorgehen abhängt. B5 (MdL Die Linke) äußert beispielsweise, dass immer die Menschen Träger von Politik sind. Und B6 (Bgm. CDU) gibt folgendes an:

„[Dass] manche Leute auch gesagt haben: Du ... ich bin zwar SPD irgendwo, ... aber meine Stimme hast du. ... Und nicht der eigene CDU äh SPD-Mann, also ... dieses Wahlverhalten so ... mit-mit äh, wie soll ich sagen ... äh so mit Parteivorgabe, das ist doch weniger ausgeprägt. Das glaube ich schon. //3 () ... Auf der unteren Ebene.“¹⁸⁹

Dabei lässt sich kein ausschlaggebender Unterschied zwischen Amt, Partei oder Wahlhochburg feststellen. Bei dem Typ des „Bürgervertreters“, welcher in dieser Studie durch die Bürgermeister repräsentiert wird, zeigt sich zusätzlich, dass es in

¹⁸⁹ B6 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 16.03.2010. S.21

den Kommunen weniger um Parteipolitik, sondern um konkrete Probleme geht. Das Bewusstsein und das Engagement dieser Personen hat also dazu geführt, dass man durch die Bürger angesprochen und somit die Partei gewählt wurde (und nicht das Parteiprogramm der entsprechenden Partei). B2 (Bgm. Die Linke) beschreibt beispielsweise sehr deutlich die Schwierigkeiten, welche zwischen dem Amt und der Partei auftreten und der „parteiungebundene Bürgervertreter“ (Typ1b) stellt alle Parteiabsichten hinter die eigenen Ziele. Gerade der „parteiungebundene Bürgervertreter“ mit seiner hohen Zustimmung bei den Bürgern zeigt also, dass es auf die Ziele der einzelnen Personen und nicht auf die der Partei an sich ankommt. Lediglich bei dem „ideologisch geprägten Vollblutpolitiker“ lässt sich feststellen, dass ihre Ansichten stark vom Weltbild bzw. der Ideologie sowie der Parteiarbeit geprägt sind. Dennoch verdeutlicht auch dieser Typ, dass sich die Wahlen auf kommunaler und Landesebene stärker nach den Personen richten als es auf höheren Ebenen der Fall ist.

Der Erfolgsunterschied lässt sich bei den Politikertypen also eher durch die ausgeübten Ämter als durch die zugehörige Partei erklären. Denn der stärkste Unterschied zeigt sich zwischen den Bürgermeistern und den Landtagsabgeordneten. Unterschiede zwischen den Parteien auf Grundlage der Politikertypologie (Typologie 1) zeigen sich auf der Ebene Bürgermeister lediglich in der schwächeren Parteiverbundenheit des CDU-Mitgliedes und auf der Ebene des „ideologisch geprägten Vollblutpolitikers“ bei den Landtagsabgeordneten in der inhaltlichen Ausrichtung. Der Erfolg des Politikers und seiner Partei kann also nicht ausreichend durch den Weg erklärt werden, den man eingeschlagen hat bzw. durch welche ideologische Grundeinstellung man sozialisiert wurde, sondern eher durch den Handlungstyp (Typologie 2).

5.4.2 Vergangenheit und Traditionen

Die These, dass sich die Politiker der Linkspartei von den Altlasten der DDR und dem Denken der SED noch nicht befreit haben, können in dieser Studie so nicht bestätigt werden. Besonders bei den Handlungstypen des „Dienstleisters“ und des „reflektierten Ostvertreters“, welche durch die Mitglieder der Linken repräsentiert werden, zeigen sich ein kritischer Umgang mit der Vergangenheit und ein Bewusstsein des Überdenkens. Mit den Verbrechen des Sozialismus wird sich auseinandergesetzt, wendet sich zur Marktwirtschaft hin und ist um eine demokrati-

sche Konzeption des Sozialismus bemüht (in Abgrenzung zum Stalinismus und Zentralismus, aber dennoch mit Bezug zu den Leistungen und dem Selbstwertgefühl aus der DDR).¹⁹⁰ Der Handlungstyp „Dienstleister“ möchte zwar Dinge der DDR bewahren, aber zugleich auf der Grundlage einer starken Wirtschaft einen sozialen Staat schaffen. Gerade dieser Typ hebt das reflektierte Verhalten der Abgeordneten der Linkspartei hervor. Er besitzt ein Bewusstsein, welches sich aus dem Scheitern der SED aufgrund ihrer Machtherrschaft ergibt und heute zu dem ausgeprägten Kollektivverständnis dieses Typs beiträgt. Die starke Einbeziehung der Parteibasis ist bei diesem Typ deutlich gegeben. Die Strukturen der SED lassen sich nach Aussagen der Befragten in der Partei nicht wiederfinden. Gerade die Politiker der Linkspartei betonen den demokratischen Gedanken, die kollektive Arbeit mit der Parteibasis und das reflektierte Bewusstsein über das Scheitern der SED.

Auch die Kritik an der Linkspartei, sie würde stets aus Sicht der Opposition handeln, trifft auf die Personen der Linken in dieser Studie nicht zu. Gerade auf der kommunalen Ebene besetzen die befragten Experten der Linkspartei Führungspositionen und haben meines Erachtens neue reflektierte Methoden entwickelt, trotz der Kritik am System, mit diesem zurechtzukommen und in ihm zu handeln. Es wird nicht gegen alles agiert, was im Sinne des Kapitalismus ist. Sondern es wird versucht mit Hilfe gesteigerter Kompromissfähigkeit und der Einbeziehung der Parteibasis die eigenen Ziele soweit durchzusetzen wie möglich, aber immer im Sinne der Menschen und ihrer Forderungen sowie mit dem Blick auf eine linke Politik. Der Handlungstyp „reflektierter Ostvertreter“ zeigt schon in seinem Namen dieses reflektierte Verständnis. Zusätzlich hat er auch ein starkes Gespür für die spezifisch ostdeutschen Bedürfnisse. Dieser Typ ist sich seiner Regierungsposition bewusst und agiert stark im Sinne der Wähler. Die beiden Typen, welche sich bei den Befragten der Linkspartei finden lassen, stellen sich also gegen die Totalopposition. Es geht um demokratisches Agieren, Mehrheitsfindung und Aushandeln von Entscheidungen für die Bürger.

Der Typ „Patriotischer Unternehmer/ Führer“, welcher durch die Befragten der CDU vertreten wird, präsentiert sich etwas anders. Die ausgeprägte Abgrenzung des Wahlkreises und die „absolute“ Sicherheit über den eigenen Erfolg könnten dazu führen, dass sich die Abgeordneten aufgrund ihrer Vormachtstellung seit der Wende in den entsprechenden Hochburgen zu sehr gegen andere Parteien und Einflüsse

¹⁹⁰ Vgl. Schnirch, Carina (2008): Die PDS als Kommunalpartei. a.a.O.: S. 86-89

abschotten. Die Kompromissfähigkeit und Einbeziehung der Mitglieder scheint bei diesem Typ weniger ausgeprägt. Dies könnte dazu führen, dass zu sehr auf die eigenen Ziele beharrt wird ohne andere Ansichten ausreichend zu berücksichtigen. Es wäre möglich, dass dieser Typ sich seiner Sache zu sicher und zu wenig kompromissbereit ist.

Festzuhalten bleibt, dass Die Linke in gewissen Bereichen genauso wenig wie die CDU mit ihren Traditionen gebrochen hat. Auch wenn bestimmte Einstellungsmuster weniger stark vertreten werden, wie eventuell auf Bundesebene, prägen sie dennoch die Einstellung der Politiker. Bei der CDU äußert sich das traditionelle Bewusstsein im Bewahren gewisser katholischer Traditionen und es zeigt sich eine traditionelle Verankerung zur eigenen Region (was aber auch speziell an der Hochburg liegen könnte). Diese beruht auf dem Gedanken, dass es eine bestimmte Souveränität gibt, welche die Führungspositionen übernimmt. Außerdem versucht man seine Homogenität im Wahlkreis zu bewahren und sieht sich selbst als eigenen abgrenzenden Wahlkreis mit homogenen Lebensformen, Werttraditionen (christlich) und homogenen politischem Stil, welche sich von dem Rest Thüringens unterscheidet, an. Die Linke hingegen grenzt sich eher zu Westdeutschland ab bzw. betont die kulturelle und gesellschaftlich gewachsene Unterschiedlichkeit im Vergleich mit den Westdeutschen. Das Heimatverständnis ist jedoch im Sinne der DDR auf das gesamte Ostdeutschland verbreitet.

Die Verbindung zu und das Verständnis für ostdeutsche Werte könnte 20 Jahre nach der deutschen Wiedervereinigung Vertrauen und Zustimmung bei den Wählern wecken, welche sich in den aktuellen unsicheren Zeiten zum Teil positiv an solche Werte zurückerinnern und sich in ihrer Herkunft verstanden fühlen. In den Köpfen der Wähler könnte in Krisenzeiten nicht die Unterdrückung durch die DDR und ihren Machtapparat stecken und vermutlich wird in der Linkspartei auch nicht so direkt der Nachfolger der SED gesehen, sondern die Gewissheit, dass sich Die Linke für Sicherheit und soziale Aspekte einsetzt. Die Einstellung der Befragten könnte in thüringischen (und ostdeutschen) Wahlkreisen dazu führen, dass sie so erfolgreich sind. Die politische Kultur in Thüringen wird stärker durch Die Linke bzw. ihre Politiker repräsentiert, aber gleichzeitig öffnen sich die linken Politiker dieser Studie den aktuellen Verhältnissen im Sinne einer regierenden Partei mit Politik für die Menschen. Soziale Gerechtigkeit verknüpft mit Realismus für das System und stark ausgeprägter demokratischer Vorgehensweise könnte die Wähler heute stärker

ansprechen als das Beharren auf Leistung, Traditionen und den eigenen Zielen. Besonders der Typ des „Dienstleisters“ beharrt nicht auf den sozialistischen Gedanken und ist in seiner Einstellung sehr nah am aktuellen System, wenngleich er seine linke Einstellung nicht vergessen hat und Bewährtes aus der DDR mit einbringen möchte.

- Volksvertretung für gesamt Ostdeutschland – Linke (Typen „Dienstleister“ und „reflektierter Ostvertreter“)
- Führer des eigenen Wahlkreises – CDU (Typ „Patriotischer Unternehmer/Führer“)

Dort, wo die CDU scheitert und somit ihr Souverän abgibt, ist für Die Linke eine gute Grundlage geschaffen, Wähler zu finden. Sie können mit Erfahrung und Verständnis für ostdeutsche Verhältnisse „werben“, da sie politisch in der DDR groß geworden sind. Diese linken Befragten besitzen ein reflektiertes Bewusstsein, aus dem Scheitern der SED gelernt zu haben und sich trotzdem für einen sozialeren Staat einzusetzen.

5.4.3 Einschätzung bekannter Befunde

Nachfolgend wird auf drei Thesen von Michael Gerth aus dem Theorieteil Bezug genommen.

Bindungsthese: Zwar geben der Großteil der Befragten der Linkspartei an, Mitglieder der SED gewesen zu sein, dennoch stellen gerade der „partieverbundene Bürgervertreter“ und der „Partei-Angestellte“ die Aufgaben an sich in den Vordergrund und sprechen sich gegen die ausschließliche Vertretung bestimmter Klientel aus. Die Linke sieht sich zwar stark darin verpflichtet, Dienstleister für soziale Probleme zu sein und den Schwachen und Benachteiligten zu helfen, dennoch werden zugleich immer auch die Finanzier- und Durchführbarkeit hervorgehoben und die Probleme aller Interessenten berücksichtigt. Demnach wird das Gemeinwohl vor die Interessen der abgrenzbaren Klientel gestellt. Auch das angeblich programmatische Vertreten rechtlicher, materieller oder ideeller Probleme ehemaliger SED-Mitglieder kann, wie bereits oben beschrieben, nicht bestätigt werden.

Outputthese: Auch das Bewusstsein der Oppositionsrolle wird von den befragten Politikern, wie bereits oben beschrieben, nicht vertreten. Es werden Probleme angesprochen, die sich aus einer Führungsposition heraus ergeben. B5 erwähnt

beispielsweise das andere Verständnis einer Opposition als es Gerth mit dem Begriff „Protestpartei“ nahelegt. Der traditionelle Gedanke bleibt in gewandelter Form erhalten, jedoch mit starkem Realitätsbezug und nicht im Sinne eines ständigen Protestes gegen das System. Die Probleme sind klar formuliert und man bezieht sich auf die konkrete Lösungssuche und nicht auf einen andauernden Protest.

Kulturthese: Der Kulturthese kann insoweit zugestimmt werden, dass die Befragten der Linkspartei zum Teil eine spezifische ostdeutsche politische Kultur verkörpern. Eine Milieupartei im Sinne von Gerth wird von den Einstellungen am ehesten durch die Landtagsabgeordneten vertreten. Dort trifft diese These jedoch gleichermaßen auf die CDU und Die Linke zu. Die befragten Landtagsabgeordneten beider Parteien berichten sozusagen von „politisch mobilisierten Gesinnungsgemeinschaften, in denen sich Konflikte verewigen“. Beide Parteien bzw. deren Befragte auf der Ebene der Landtagsabgeordneten wollen ihre Wertorientierungen und Traditionen innerhalb bestimmter Regionen wahren, die Befragten der CDU innerhalb des Wahlkreises und die Befragten der Linkspartei für gesamt Ostdeutschland. Es ist somit möglich, dass aus SED-Zeiten ein spezifisches Mikromilieu mit speziellen Bindungen entstanden ist, welches sich heute durch die Mitglieder der Linken weiter tradiert. Jedoch hat sich meines Erachtens bei den Befragten diese Milieubindung dahingehend geändert, dass sich dieses Milieu stark geöffnet haben muss und viele Verbindungspunkte fallen gelassen wurden. Im Falle der Wahlhochburg der CDU kann noch eher von einem Mikromilieu gesprochen werden, welches sich ebenfalls zu DDR-Zeiten herausgebildet hat und ihre Bindungen und Netzwerke heute stärker bewahren und ein abgrenzbares Mikromilieu bilden (im Sinne der These von Gerth). Weitere Erkenntnisse ergaben sich aus der **Untersuchung von Schnirch** (siehe Abschnitt 2.2.2 Empirische Befunde zur PDS), auf die im Folgenden Bezug genommen werden soll: Schnirch bezeichnet die Regionalisierung der Wirtschaft, die Beseitigung des Rechtsextremismus und die Beseitigung von Arbeitslosigkeit als zentrale Anliegen der Linken. In dieser Studie hat sich jedoch gezeigt, dass dies nicht spezifische linke Merkmale sind, sondern gerade die Regionalisierung der Wirtschaft und die Beseitigung der Arbeitslosigkeit stark von den CDU-Politikern vertreten wird. Schnirch meint weiter, dass Die Linke auf kommunaler Ebene die unzureichende Finanzausstattung der Kommunen thematisiert und als Lösung ein erhöhter Gestaltungsspielraum für die Einwohner fordert (Private Aufgaben sollen rekommunalisiert werden). Die langjährigen Erfahrungen der Partei in den

kommunalen Vertretungsgesellschaften bedingen dabei eine hohe Kompetenz und Sachorientierung. Dieser Aussage kann teilweise zugestimmt werden. Der Typ „Bürgervertreter“ thematisiert die Kommunalfinanzen zum Teil stark, spricht sich aber eben nicht für eine zunehmende Kommunalisierung aus, sondern spricht von einer Überlastung aufgrund der Übernahme vieler Aufgaben, welche von den Kommunen nicht mehr finanziert werden können. Er fordert deshalb das Gegenteil, mehr Übernahme von Aufgaben durch den Bund. Auch die anderen Befragten der Linkspartei sprechen davon, dass verschiedenste (private) Partner „mit ins Boot geholt“ werden müssen, um Leistungen anbieten und erhalten zu können. Ihnen ist deutlich bewusst, dass private Anbieter gerade aus dem Bereich der Wirtschaft mit einbezogen werden müssen, um die Probleme lösen und eigene Ziele verwirklichen zu können.

Die große Differenz zwischen den inhaltlichen Interessen der Linkspartei und der CDU, wie von Schnirch erwähnt, konnte nur bei dem Typ des „ideologisch geprägten Vollblutpolitiker“ festgestellt werden. Die Zusammenarbeit mit anderen Organisationen und Parteien wird bei Schnirch ähnlich beschrieben wie von den Befragten in dieser Studie. Auf kommunaler Ebene ist die Arbeit mehr durch Kooperationsarbeit zwischen Personen in Bezug auf das Thema geprägt als durch die Parteizugehörigkeit. Die Zusammenarbeit zwischen CDU und Die Linke wird bei den Bürgermeistern als normal angesehen, gestaltet sich bei dem „ideologisch geprägten Vollblutpolitiker“ jedoch schon deutlich schwieriger. Die ideologische Verwurzelung im Alltag und die politische Ausrichtung lässt sich nach Schnirch an der Kontakthäufigkeit der Mandatsträger zu spezifischen Organisationen erkennen. Am häufigsten wurden bei ihrer Studie Kultur- und Sportvereine, Bürgerinitiativen, Frauen- und Jugendverbände und Arbeitslosenverbände angegeben.¹⁹¹ Gerade der Typ „parteigebundener Bürgervertreter“ zeigt jedoch, dass man die Verbindungen nicht nach ideologischen Aspekten wählt, sondern aus der Aufgabe heraus. Ebenso sind die Befragten der CDU auch Mitglieder in kulturellen Einrichtungen, Sportvereinen oder Frauenverbänden. B1 belegt diese Vermutung mit einer Aussage, in der er zustimmt, dass diese Mitgliedschaften sich einfach aus der Arbeit und nur selten aus persönlichem Interesse heraus ergeben. Lediglich der linke „ideologisch geprägte Vollblutpolitiker“ weist eine Hinwendung zu Kultur-, Sozial-, Arbeitslosen- und Sporteinrichtungen auf.

¹⁹¹ Vgl. ebd.: S. 205

Herkunft der Elite/ Rekrutierung: Zu den Ergebnissen zur Berufsstruktur und Rekrutierung der Mandatsträger bei Schnirch lässt sich in dieser Studie sagen, dass drei der vier linken Befragten zuvor in der SED tätig waren. Lediglich ein Befragter war aufgrund der Arbeiterquote nicht in der SED, obwohl er Mitglied werden wollte. Alle linken Befragten haben ein pädagogisches, technisches oder verwaltungsfachliches Studium abgeschlossen. Die Gruppe der Arbeiter ist damit, wie Schnirch bereits erwähnt, wenig vertreten.

Laut Hinck dient die PDS oder Linkspartei als Sammelpunkt, Aktionsbasis, Heimat und Arbeitsplatz für einen Teil der einstigen SED-Nachwuchselite. Der eigentliche Funktionskörper der PDS bestand hauptsächlich aus der um 1950 geborenen Nachwuchsgeneration der SED, welche meist aus der Arbeiterschicht oder aus kleinbürgerlichen Verhältnissen kamen. Die Befragten der Linken dieser Studie sind zwischen 1954 und 1968 geboren (CDU: 1945 und 1959) und die Eltern besitzen Schulabschlüsse von der Volksschule bis zur Erweiterten Oberschule (EOS/ Gymnasium). Die Berufe der Eltern reichen vom Verkäufer und Sachbearbeiter über Kindergärtner, Lehrer, Lehrlingsausbilder bis hin zum Dozent an der Universität oder Leiter einer Bauaufsicht. Erwähnenswert ist, dass die Eltern der Befragten der CDU lediglich die Volksschule besucht haben und als Arbeiter, Wirtschaftskauffrau oder in der Verwaltung der LPG tätig waren.

Weiter bezeichnet Hinck die gesamte ostdeutsche Elite als eine Art Notgemeinschaft, da der Großteil gar nicht in diese Position wollte bzw. es nie angestrebt hatte. Er meint, dass durch Zufall, Glück oder eine günstige Gelegenheit die Personen aufgestiegen waren. Ein Bewusstsein dafür, was die Stellung für die Gesellschaft bedeutet, entwickelte sich nach seinen Angaben jedoch nicht. Einige Aufsteiger deuten ihre Karriere sogar als private Erfolgsgeschichte und beschäftigen sich vorwiegend mit sich selbst und verharren auf ihrer Position anstatt als Elite etwas voranzubringen.¹⁹² Die Befragten hier geben zwar zum Teil auch an, durch Glück und Zufall in die Position gekommen zu sein und das nach der Wende oftmals schneller als zu erwarten war. Gerade der Politikertyp „Partei-Angestellter“ gibt an, nicht hauptamtlich Politik machen gewollt zu haben. Dennoch ist meines Erachtens sehr wohl ein ausgeprägtes Bewusstsein für die Stellung und ihre Bedeutung in der Gesellschaft vorhanden und mit der Zeit gewachsen (sowohl bei der CDU als auch bei den Linken). Viele Befragte geben an, sich schon seit Langem mit der Politik

¹⁹² Vgl. Hinck, Gunnar (2007): Eliten in Ostdeutschland. a.a.O.: S. 34-37

auseinandergesetzt zu haben und vermitteln ein starkes Bewusstsein für die gesellschaftliche Bedeutung ihrer Position.

Erfolgskriterien: „Die Nähe zu den Bürgern mit ihren Problemen, die Vertretung der ostdeutschen Interessen und die Erfahrungen und die Kompetenz im kommunalpolitischen Bereich sind Ursache für den Erfolg.“¹⁹³ Ein Interviewter von Schnirch aus Erfurt sagt: „Der Erfolg resultiert aus der Erfahrung des Sozialismus. Viele alte Genossen haben, zu ihrem Leidwesen, die Erfahrung machen müssen, dass sie eben versucht haben, ohne ‚das Volk‘ dessen Gutes zu wollen und daraus haben sie gelernt, dass man auf die Menschen zugehen muss.“¹⁹⁴ Und auch Danyel spricht von einem SED-Habitus, welcher den Bezug zu den Menschen verdeutlicht und sich gegen die Beamtenmentalität der Politiker richtet.¹⁹⁵ Das sind auch Ergebnisse, die sich in dieser Studie deutlich herausgestellt haben. Das reflektierte Verhalten aufgrund des Scheiterns der SED sowohl im Führungsbewusstsein als auch im Bewusstsein dafür, kommunalpolitisch für die Menschen aktiv zu sein, sind klare Einstellungsmuster der linken Befragten. Gerade die Politikertypen „Dienstleister“ und „reflektierter Ostvertreter“, welche durch die linken Befragten repräsentiert werden, weisen diese Erfolgsmerkmale auf.

¹⁹³ Schnirch, Carina (2008): Die PDS als Kommunalpartei. a.a.O.: S. 218

¹⁹⁴ Ebd.: S. 219

¹⁹⁵ Vgl.: Danyel, Jürgen (1999): Die unbescholtene Macht. a.a.O.: S. 76-77

6. Zusammenfassung und Ausblick

Rekapitulierend ging es in dieser Studie um die Fragen: Gibt es Deutungsmuster bzw. daraus resultierende Vorgehensweisen der Politiker, welche den Erfolg der Partei mit erklären können? Unterscheiden die sich zwischen den unterschiedlichen Ebenen (Landtag, Bürgermeister), Hochburgen oder der Partei? Es lag die Vermutung zugrunde, dass die Einstellungen, wie man Politik ausübt oder wie inhaltliche Fragen bewertet werden, Einfluss auf den Erfolg der entsprechenden Personen und somit auf die Partei haben. Nicht allein das Gefüge der Partei mit seinem Grundsatzprogramm prägt die politische Deutungskultur, sondern gerade auf der Kommunal- und Landesebene sind die Deutungsmuster der einzelnen erfolgreichen Politiker entscheidend. Dabei wurde versucht die Deutungsmuster der linken Befragten von denen der CDU-Politiker abzugrenzen und dies durch die Bildung von Typen zu verdeutlichen.

Dazu wurden drei Wahlhochburgen – zwei der Linkspartei und eine der CDU – gewählt und jeweils ein Landtagsabgeordneter und ein Bürgermeister in dieser Hochburg mittels Leitfadeninterview befragt. Die Fragen im Leitfaden ermitteln, wie die Experten in die aktuelle Position gekommen sind, welche Hauptprobleme politisch gesehen werden, wie die Netzwerke der Politiker aussehen, wie die politische Betätigung in der DDR war und wie die Parteistrukturen eingeschätzt werden. Aussagen über den Einfluss westdeutscher Politiker oder zum Anteil bestimmter Berufsgruppen innerhalb der Partei gaben weitere Rückschlüsse auf die Deutungsmuster. Die Interviews wurden umfangreich transkribiert und mit Hilfe der Software MaxQDA ausgewertet. Der theoretische Hintergrund der qualitativen Auswertungsmethode stützt sich dabei hauptsächlich auf die Auswertung von Experteninterviews nach Meuser und Nagel, nach der Typologischen Analyse mit QDA Software nach Kuckartz und nach der Fallkontrastierung und Typenbildung von Kelle und Kluge.

Daraus ergaben sich im ersten Schritt Fallbeschreibungen zu den einzelnen Experten, in denen das „Was“ der Interviews codiert wurde. Es entstanden Steckbriefe zu den Politikern sowie eine Umschreibung, welche Handlungsstrategien, Kontexte und ursächlichen bzw. intervenierenden Bedingungen nach Ansicht des Befragten Einfluss auf das Phänomen hatten. Im nächsten Schritt kam es zur deskriptiven Feldanalyse, in dem die einzelnen Aussagen von den Befragten getrennt und

inhaltlich neu geordnet wurden. Es ergaben sich drei Themengebiete, welche das Feld inhaltlich beschreiben: „die Wege der Abgeordneten in die aktuelle Position“, „Politische Grundprobleme und Aufgabenfelder“ und „Parteiarbeit und das Verhältnis zu den Bürgern“.

Auf Grundlage dieser Analyse der dort entstandenen Codes zu den Aussagen der Experten und den entwickelten Merkmalsräumen wurden in weiteren Schritten durch das Bilden von Kreuztabellen zwei Typologien gebildet, wo die einzelnen Befragten schließlich wieder als repräsentative Fallbeispiele eingeordnet wurden. Es wird dabei zwischen den Handlungstypen und den Politikertypen unterschieden.

Im letzten Schritt wurden die daraus entstandenen Hypothesen noch einmal verdeutlicht und Aussagen bzw. Thesen aus dem Theorieteil untermauert bzw. in Frage gestellt. Bekannte Befunde anderer Autoren konnten so teilweise bestätigt oder relativiert werden und neue Erkenntnisse zu erfolgreichen regionalen Politikern - auch in Verbindung mit ihrer Vergangenheit und dem Traditionsbewusstsein - gefunden werden.

Die **empirischen Schlussfolgerungen** aus der Typenbildung und Interpretation sind folgend noch einmal kurz aufgeführt. Die erste Typologie der Politikertypen unterscheidet sich in Typ 1, den „Bürgervetreter“ und Typ 2, den „Interessen-/ Ideologievertreter“. Dabei zeigte sich eine Abgrenzung zwischen den Befragten nicht auf der Ebene der Parteien oder den Hochburgen, sondern zwischen den Positionen. Die Bürgermeister lassen sich dem „Bürgervetreter“ und die Landtagsabgeordneten den „Interessen-/ Ideologievertreter“ zuordnen. Der erste Typ kann noch in den „parteiverbundenen“ und den „parteiungebundenen Bürgervetreter“ eingeteilt werden. Der „Interessen-/ Ideologievertreter“ kann in die Untertypen des „Parteiangestellten“ und des „ideologisch geprägten Vollblutpolitiklers“ gegliedert werden.

In der zweiten Typologie (Handlungstypen) lassen sich Unterschiede zwischen den Parteien feststellen. Der erste Typ des „Patriotischen Unternehmers/ Führers“ wird durch die Befragten der CDU vertreten, wohingegen der „reflektierte Ostvertreter“ die Befragten Linken abdeckt. Der dritte Typ „Dienstleister“ ergibt sich zwar auch durch einen Befragten der Linkspartei, stellt vermutlich aber auch durch sein junges Alter ein Sonderfall dar. Eine genaue Herleitung und Charakterisierung der Typen befindet sich im fünften Kapitel.

Allgemein zu den Ergebnissen kann man sagen: Der Wahlerfolg ist auf den unteren politischen Ebenen zu einem relativ großem Teil durch die Motive, Einstellungen

und Vorgehensweisen der Politiker geprägt und viel weniger durch die Parteizugehörigkeit. Dieses Verhältnis ändert sich vermutlich mit steigender Ebene, so dass bereits auf der Landesebene die Parteiprogramme stärkeren Einfluss haben können und auf Bundesebene die Deutungsmuster der eigentlichen Politiker immer weiter in den Hintergrund rücken. Aber nicht nur die Politiker prägen die Partei, sondern die Partei auch ein Stück weit die Einstellungen und Deutungsmuster der Abgeordneten. Diese Beeinflussung ist bei den Typen „Parteiungebundener Bürgervertreter“ und „Partei-Angestellte“ am schwächsten ausgeprägt, aber dennoch spürbar.

Es lässt sich kein klarer Unterschied zwischen den Parteien bzw. den Wahlhochburgen im Bezug auf den ideologischen Einfluss bei der Aufgabenerfüllung sehen. Vielmehr ist dieser bei den „Bürgervertretern“ (Bürgermeistern) schwächer ausgeprägt als bei den „Interessen-/ Ideologievertretern“ (Landtagsabgeordneten). Allen Befragten, unabhängig von der Partei und der Position, ist gleich, dass sie bereits zu Wendezeiten aufstiegsorientiert waren. Bis auf den Typ des „Partei-Angestellten“ wollten sich alle Politikertypen stets bewusst und hauptamtlich politisch engagieren.

Tatsächliche Unterschiede zwischen den Parteien ergeben sich auf der Ebene der Handlungstypen. D.h., der Erfolg der Linkspartei im Vergleich zur CDU kann weniger auf der ideologischen Prägung bzw. auf Grundlage der Laufbahn in die aktuelle Position erklärt werden als vielmehr durch die aktuellen Einstellungsmuster bei der täglichen Arbeit und die Einbeziehung der zurückliegenden Ereignisse bei der Interpretation aktueller Geschehnisse. Der „Patriotische Unternehmer/Führer“ findet sich in der CDU wieder und grenzt sich zu den Typen der „Dienstleister“ und „reflektierten Ostvertreter“ durch sein ausgeprägtes Heimat- und Führungsbewusstsein ab. Die reflektierte Sichtweise der linken Politiker auf der Grundlage des Scheiterns der SED und der DDR ermöglichen neue Ansichten über die Parteiarbeit und das Führungsbewusstsein, welche sich zur CDU unterscheiden.

Zusammenfassend kann festgehalten werden, dass auf Grundlage dieser Studie Typen gebildet wurden, welche Aufschluss über die unterschiedlichen Deutungsmuster der regionalen Elite geben. Dies dient dazu, den Erfolg einer Partei und ihrer Politiker teilweise zu erklären und zu verstehen. Dennoch ist es aus methodologischen Gesichtspunkten sinnvoll, diese Ergebnisse als Ausgangspunkt für vertiefende Untersuchungen zu sehen. Beispielsweise könnte in einem weiteren Schritt über eine quantitative Untersuchung herausgefunden werden, ob sich diese Typen in der Form

in den Parteien wiederfinden lassen bzw. ob diese auch in den anderen Parteien bzw. Positionen zu finden sind und in welchem Ausmaß.

Methodisch ergaben sich folgende **Schlussfolgerungen** aus dem Vorgehen dieser Studie: Die ursprüngliche Forschungsfrage, ob der Wahlerfolg durch die Deutungsmuster der Politiker erklärt werden kann, konnte meines Erachtens nicht im ausreichenden Maß beantwortet werden. Dies ist zum einen der empirischen Tatsache geschuldet, dass während der gesamten Auswertung stets explorativ gearbeitet wurde und so die gegebenen Informationen die Auswertung und rückwirkend die Fragestellung maßgeblich beeinflusst haben. Folglich wurden Fragen beantwortet, die vorher so nicht gestellt wurden und dadurch neue Fragen aufgeworfen, die sich aus dem Material ergaben. Zum anderen hat sich herausgestellt, dass der Leitfaden als Instrument für die ursprüngliche Fragestellung überarbeitet werden muss. Dieser wurde auf der Grundlage von Hypothesen entworfen, die als Antwort von den Befragten erwartet wurden. In dieser Studie wurde zuvor angenommen, dass sich auf die gestellten Fragen klare Unterschiede zwischen den Parteien in den Antworten ergeben. Es musste jedoch festgestellt werden, dass diese Unterschiede zum Teil, wie bei der Politikertypologie zu sehen, weniger zwischen den Parteien als vielmehr zwischen den Positionen der Befragten bestehen. Und auch der Unterschied zwischen den Aussagen aus den verschiedenen Hochburgen wurde als Größe im Vorfeld so nicht beachtet. Die Befragten derselben Hochburg weisen teilweise starke Ähnlichkeiten innerhalb des Wahlkreises und Abgrenzungen nach außen auf. Um die Ergebnisse zu festigen und klarere Aussagen über die Deutungsmuster in den einzelnen Parteien zu erhalten, könnten mehr unterschiedliche Hochburgen befragt werden. Es sollte überprüft werden, ob die Deutungsmuster nicht lediglich hochburgspezifisch sind (beispielsweise bei den Abgeordneten der CDU), sondern sich so auch bei Politikern derselben Partei in anderen Wahlkreisen finden lassen.

Zur Überprüfung der Typen sollten im nächsten Schritt weitere Politiker befragt und zusätzlich quantitative Instrumente angewendet werden. Wie jedoch bereits oben beschrieben, standen die Ressourcen für eine umfangreichere Studie nicht zur Verfügung. Da die Ergebnisse aber den Gütekriterien der qualitativen Sozialforschung unterliegen, sind sie trotz der geringen Fallzahl nicht zu vernachlässigen. Es sind Hypothesen für den Erfolg der Partei und ihrer Politiker entstanden. Das Ziel, explorativ Deutungen und Einstellungsmuster der regionalen Elite in Thüringen zu

beleuchten und dadurch Erklärungsansätze zu bieten, ist deshalb in einem gewissen Ausmaß verwirklicht wurden.

Weiter müsste, wie bereits im Methodenteil zur Fallkontrastierung beschrieben, bei weiteren Untersuchungen und zur Unterstützung bestimmter Thesen bei der zukünftigen Erstellung des Stichprobenplans darauf geachtet werden, die Palette der Kontraste bei den Befragten zu erweitern. Beispielsweise könnte man zugereiste Politiker aus Westdeutschland, Parteiwechsler (z.B. CDU-Mitglieder die früher in der SED waren) oder weniger erfolgreiche Politiker untersuchen. Außerdem wäre die Befragung von CDU-Mitgliedern in linken Wahlhochburgen und Abgeordnete der Linken in CDU-Wahlhochburgen sehr sinnvoll, um zu sehen, warum die Personen dort nicht so erfolgreich sind. Man könnte so überprüfen, ob die Einstellungsmuster ähnlich sind wie bei den Politikern in den Hochburgen anderer Parteien und lediglich die Parteizugehörigkeit dazu führt, dass man nicht gewählt wird oder ob die Personen wirklich andere Motive und Einstellungen haben und deshalb die Partei schlechter abschneidet.

Ferner sollten die verschiedenen Fragestellungen, welche bei der Auswertung im Ergebnisteil auftauchten, weiter untersucht werden. Besonders interessant wären vertiefende Analysen zu folgenden Aspekten: Ist dieses „nationalstaatliche Denken“ (Abgrenzung des eigenen Kreises und das ausgeprägte Heimatbewusstsein), welches von dem Typ des „Patriotischen Unternehmers/ Führers“ und somit von den Befragten der CDU angegeben wurde, stark in der Partei vertreten? Wie sehen die Deutungsmuster der gescheiterten Parteien bzw. deren Personen in den entsprechenden Wahlhochburgen aus? Besonders spannend ist auch die Frage nach der Geschlechterspezifität. Der Typ „ideologisch geprägter Vollblutpolitiker“ wurde durch die weiblichen Befragten vertreten. Da ergibt sich die Frage, ob es einen Zusammenhang zwischen dem Geschlecht und der Intensität der politischen Prägung/ dem gelebten Ideologieverständnis gibt.

Abschließend kann also gesagt werden: Der Erfolg der Linkspartei bleibt weiterhin erklärungsbedürftig, aber die Deutungsmuster der regionalen Elite konnten beleuchtet und somit dem Erfolg auf Grundlage der Einstellungen der Politiker ein Stück näher gekommen werden.

Anhang

Anhang 1 – Interviewleitfaden

Zeit:

Ort:

Teilnehmer:

Begrüßung

Das Interview ist für eine Studie im Bereich einer Lehrforschung an der FSU Jena (Betreuer Prof. Dr. Hofmann vom SFB 580) zur Erreichung meines Master-Abschlusses. Diese Umfrage wird in drei Wahlhochburgen (zweimal Die Linke, einmal CDU) mit je einem Bürgermeister und einem Landtagsabgeordneten geführt. Bei den Landtagswahlen 2009 hat die Partei „Die Linke“ mit 27,4 Prozent bundesweit in Thüringen die meisten Landesstimmen bekommen. Die Wahlforschung versucht dabei meistens die Antwort bei den Wählern zu finden und die öffentliche Wahrnehmung der Politiker beschränkt sich häufig auf Skandale und parteiübergreifende Debatten. Diese Studie soll einen Einblick in die persönlichen Motivationen und parteiinternen Strukturen der Parteien geben. Meines Erachtens, gibt es in den Wählerhochburgen spezielle Strukturmerkmale und Deutungsmuster der regionalen Elite, welche einen Einfluss auf die gewachsene Zustimmung zur Partei haben.

Dauer ca. 1 bis 1 ½ Stunden

Anonymität wird gewährt! **Falls angesprochen:** Das Erzählte wird vertraulich behandelt, Fragen die für unangenehm befunden werden, müssen nicht beantwortet werden!

Bevor wir zu den konkreten Fragen kommen, ein ganz allgemeiner Einstieg:

Narrativer Einstieg

Hypothesen/Erwartungen

1) Wie sind Sie in ihre jetzige Position/in das Abgeordnetenamt gekommen? Erzählen sie einmal!	Ermitteln, wie die Geschichte dargestellt wird. Wie erklärt es die Person selber?
---	---

Problembewusstsein

<p>2) Was ist das wichtigste Problem, dass politisch gelöst werden muss? (auf ein Hauptproblem beschränken)</p> <p>Beschreiben sie das Problem näher!</p> <p>Warum genau dieses Problem?</p> <p>Wie sind die Lösungsmöglichkeiten (Populistisch?)</p>	<p>Regionales vs. gesamtgesellschaftliches Problem; Soziales vs. Ökonomisches Problem; Rechtsextremismus;</p>
--	---

Netzwerke und Parteistruktur

<p>3) Was verbindet Sie mit anderen Personen in Ihrer Partei? Was verbindet Politiker derselben Partei untereinander?</p> <p>Gibt es besondere Gemeinsamkeiten zwischen den Parteimitgliedern?</p>	<p>Politische Ideologie (Antifaschismus-, sozialer Gedanke); Vorlieben bei Konsum; Herkunft; Ziele; Konfession; Werte; Traditionen;</p>
<p>4) Haben Sie Verbindungen zu Personen in anderen Parteien/ zu anderen Organisationen?</p> <p>Wie sehen diese aus?</p> <p>(Wie stark wird deren Einfluss empfunden?)</p>	<p>Abgrenzung zu anderen/linken/rechten/etablierten Parteien; Verbindungen parteiunabhängig; Engagement in Bürgerinitiativen, Vereinen, Verbänden? Verbindungen zu Gewerkschaften, Bürgerinitiativen, Wirtschaftsverbänden, Bürgermeister, Landtagsabgeordnete, Gewerkschaften, Verwaltung, Presse, Kirche; Parteiübergreifende Zusammenarbeit um regionale/ persönliche/ gesamtgesellschaftliche Ziele voran zu bringen</p>

<p>5) Sind die politischen Freunde auch persönliche Freunde?</p> <p>Gibt es Kontakte/Hilfeleistungen/Vertrautheiten die nichts mit der Arbeit/der Partei zu tun haben?</p> <p>(Welche sind das?)</p>	<p>Nur aus eigener Partei; Nur politische Freunde, da keine Verbindungen außerhalb der Arbeit → Ideologie in Partei gelebt, privat jedoch nicht; Politische Freunde auch private Freunde, da gleiche Vorstellungen, Anschauungen, Interessen; Austausch intimer und geheimer Dinge → Basis für persönliche Freundschaft</p>
<p>6) Wer entscheidet/bestimmt in Ihrer Fraktion? Wer hat das Sagen in der Partei?</p> <p>Wer sagt, was wer zu machen hat oder wo jemand hin kommt?</p> <p>Warum hat diese Person das Sagen?</p>	<p>Wer hat offizielle Macht; Informelle Macht/ Kommunikationsstrukturen; Übergeordnete Abgeordnete; Regionale Eliten; Befragter selber; Offizielle Anführer oder inoffizielle Knotenpunkte mit viel Möglichkeiten; Rechtfertigung vor höherer Ebene; Selbstbestimmt; Demokratisch entschieden; Aufträge befolgen</p>

Herkunft/Wege der Abgeordneten

<p>7) Wie viele Westdeutsche gibt es in der Fraktion?</p> <p>Wie viele davon in Führungspositionen?</p> <p>Wie werden diese Westdeutschen in der Partei gesehen?</p> <p>Hat diese Anzahl der Westimportierten Einfluss auf die Partei, ihre Ziele und ideologische Einstellungen (bzw. auf die Struktur)?</p>	<p>Ostetablierte, Seiteneinsteiger, Westimportierte; Alte traditionelle Kultur weitergelebt; Westeinflüsse; Enge Zugangsstrukturen für „Parteifremde“; Traditionelle Elite; alte Werte; Enges schwer zugängliches Netzwerk, wo nur „Genossen mit alter Gesinnung“ Zugang haben; Verständnis für regionale ostspezifische Probleme/Ziele?</p>
--	--

8) Gibt es bei den Abgeordneten Berufe, die überdurchschnittlich häufig auftreten? Gibt es Berufe, welche den Einstieg in die Partei erleichtern bzw. in Ihre Position? Wie ist der Bildungsstandard? Anteil der Frauen?	Lehrämter; Ingenieure; Arbeiter; Beamte; Wirtschaftswissenschaftler; Wenige Arbeiter als Angestellte in der Partei
9) Waren Sie in der DDR (BRD) politisch aktiv? Wie sah das aus? Waren Sie parteiangehörig? Haben Sie daraus Handlungsmuster übernommen, welche in der heutigen Zeit für Ihre Politik hilfreich sind? Wie viel der heutigen regionalen Elite war auch früher in politischen Positionen?	SED; Führungsposition in alten Kadern; Traditionelle Vorstellungen aus alten Partei; Abgrenzung zu Sozialismusidee der DDR; Anlehnung an alte Gedanken; Reste der SED sowohl in CDU als auch in Linkspartei; Orthodoxe (vom Scheitern der SED-Politik nicht überzeugt) vs. Reformier (schonungslose Aufarbeitung der DDR-Geschichte)

Geschlossene Fragen

- 1) Was ist der durchschnittliche Abschluss in der Partei? _____
- 2) Wie hoch ist der Anteil der Frauen (geschätzt)? _____ Prozent.

Demografische Angaben

- 1) Wie ist die genaue Bezeichnung Ihrer Position? _____
- 2) Geschlecht: ☐ männlich ☐ weiblich
- 3) Alter: _____ Jahre.
- 4) Konfession: _____
- 5) Erlerner Beruf/ höchste Ausbildung: _____
- 6) Werden Tätigkeiten in weiteren Bereichen ausgeführt?
☐ Ehrenamt
☐ Vereine (wirtschaftliche, soziale usw.)

- o Gewerkschaften
- o Kirche
- o Sonstiges _____
- o Nein. Hauptaufgabe liegt im aktuellen Bereich.

7) Welchen Schulabschluss besitzen Ihre Eltern?

Vater	Mutter
<ul style="list-style-type: none"> o Keinen Schulabschluss o Hauptschule/ Volksschule (8./9. Klasse) o Realschule/ POS (10. Klasse) o Gymnasium/ EOS (12./13. Klasse) 	<ul style="list-style-type: none"> o Keinen Schulabschluss o Hauptschule/ Volksschule (8./9. Klasse) o Realschule/ POS (10. Klasse) o Gymnasium/ EOS (12./13. Klasse)

8) Welchen Beruf haben die Eltern als letztes ausgeübt?

Mutter: _____

Vater: _____

Zum Schluss: Was möchten Sie von mir wissen? Gibt es Fragen?

Beobachtungen: Störungen, neue Fragen, Kontext, Verweigerungen oder ähnliches?

Interviewbericht

Interview-vereinbarung	Räumliche und zeitliche Besonderheiten	Interview-durchführung	Nach dem Interview

Anhang 2 - Materialzusammenschau und Überblick

Befragter Merkmalsausprägungen	B1	B2	B3	B4	B5	B6
Kritik an der DDR - Stärke	eher schwach	eher schwach	eher stark	eher schwach	eher schwach	eher stark
Kritik an der DDR - öffentlich	x	x	x			
DDR abschaffen vs. Abändern	ab-ändern	ab-ändern	ab-schaffen	ab-ändern	ab-ändern	ab-schaffen
Freiheitskämpfer			x			
Politische Tätigkeit vor der Wende	in-different	in-different	inaktiv	gefestigt	gefestigt	inaktiv
Heimatbewusstsein	schwach	schwach	stark	schwach	schwach	stark
Zufälle/ Glück/ Hineingerutscht	x		x	x	x	x
Interesse an Politik als Beruf	schon immer		schon immer	wollte nicht in Politik	schon immer	
Sozialisation durch Familie/ Politische Tradition			x	x	x	
Demografischer Wandel		x	x	x	x	x
Finanzprobleme	x	x			x	
Schwerpunkt Wirtschaftspolitik			x	x		x
Schwerpunkt Lebensbedingungen (sozial, kulturell)		x		x	x	
Arbeitsbedingungen/ Lohn			x	x	x	x
Wirtschaft fördern			x	x		x
Sozial- / Kulturleistungen	x	x		x	x	
Umwelt- / Naturschutz			x	x	x	
Bildung			x			
Frauen-/ Gleichstellungspolitik			x		x	
Vorgehensweise/ Gedanke		sozial	Leistung		sozial	Leistung
Zusammenarbeit mit Organisationen und Parteien	aufgabenbezogen	aufgabenbezogen	fachbezogen	fachbezogen	fachbezogen	aufgabenbezogen
Bewusstsein für Aufgaben vor Ort	stark	stark	schwach	schwach	schwach	stark
Abgrenzung zu anderen Parteien	schwach	schwach	stark	stark	mäßig	schwach
Realitätsbewusstsein		x		x	x	
Zielverwirklichung und Erfolgsbewusstsein			x			x
Innovation		x				x
Spaß bei der Arbeit		x			x	x

Toleranz		x			x	
Engagement in Partei	x	x				
linke Überzeugung aus DDR übernommen	x	x			x	
christlicher Glaube/ Standpunkt (konservativ)			x			x
Solidarität / Schwache mitnehmen		x	x		x	x
sozialeren Staat schaffen	x	x		x	x	
Banken- /Kapitalismuskritik		x			x	
Freund, Feind, Parteifreund				teilweise		Ja
Trennung zwischen Amt/ Facharbeit und Parteiarbeit		x		x		x
Vollzeitpolitiker	x				x	
Vollblutpolitiker			x		x	
Freundschaften (Beeinflussung durch Politik)	unabhängig	beeinflusst	geprägt	beeinflusst	geprägt	beeinflusst
Verbundenheit zur Partei	stark	stark	stark	schwach	stark	schwach
gibt es Personen, welche Partei prägen und mehr Einfluss haben		x			x	x
sehen sich in einer Führungsposition	x	x	x		x	x
starke Führung			x	Dienstleister		x
reflektiertes Verhalten aus SED-Zeiten				x	x	
Kollektive Zusammenarbeit	x	x		x	x	x
wichtig ist Engagement		x				x
man soll sich Grundsätzen und Parteinhaltungen unterordnen						x
Berufs- und Lebenserfahrung als wichtig erachtet			x	x		
viele Geisteswissenschaftler					x	
viele DDR-Gebildete					x	
viele Seiteneinsteiger				x		
Wahlverhalten richtet sich nach den Personen in der Partei					x	x
demokratischer Gedanke wird betont					x	x
Menschen bei Entscheidungen mitnehmen		x	x		x	x
Vorbildfunktion für Menschen übernehmen				x	x	x

Abbildung 27: Materialzusammenschau und Überblick zu den Merkmalsausprägungen der Befragten

Anhang 3 – vollständig transkribierte Interviews

Die vollständig transkribierten Interviews befinden sich auf der beiliegenden CD und sind nicht zur Veröffentlichung geeignet, da diese nicht anonymisiert wurden. Diese CD befindet sich deshalb nur bei den Prüfungs-Exemplaren. Öffentliche Ausgaben müssen zu Gunsten der Anonymität der Experten ohne vollständige Interviewtexte auskommen.

B1 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 17.02.2010

→Datei: Transkript_B1.docx

B2 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 22.02.2010

→Datei: Transkript_B2.docx

B3 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 06.03.2010

→Datei: Transkript_B3.docx

B4 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 10.03.2010

→Datei: Transkript_B4.docx

B5 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 15.03.2010

→Datei: Transkript_B5.docx

B6 (2010): Persönliches Interview, geführt von Raphael Bernhardt. 16.03.2010

→Datei: Transkript_B6.docx

Literaturverzeichnis

Print

- Bogner, Alexander/ Menz, Wolfgang (2005): Expertenwissen und Forschungspraxis: die modernisierungstheoretische und die methodische Debatte um die Experten. Zur Einführung in ein unübersichtliches Problemfeld. In: Bogner, Alexander/ Littig, Beate/ Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften. S. 7-31
- Danyel, Jürgen (1999): Die unbescholtene Macht. Zum antifaschistischen Selbstverständnis der ostdeutschen Eliten. In: Hübner, Peter (Hrsg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR. Köln u.a.: Böhlau Verlag.
- Fleischhauer, Jan (2009): Unter Linken. Von einem der ausversehen konservativ wurde. Reinbek bei Hamburg : Rowohlt Verlag
- Gerth, Michael (2003): Die PDS und die ostdeutsche Gesellschaft im Transformationsprozess. Wahlerfolge und politisch-kulturelle Kontinuitäten. Hamburg : Kovac
- Gläser, Jochen/ Laudel, Grit (2009):Experteninterviews und qualitative Inhaltsanalyse. Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Greven, Michael Thomas (1987): Parteimitglieder. Ein empirischer Essay über das Alltagsbewußtsein in Parteien. Opladen: Leske + Budrich
- Hinck, Gunnar (2007): Eliten in Ostdeutschland: warum den Managern der Aufbruch nicht gelingt. Berlin : Links Verlag
- Kaina, Viktoria/ Sauer, Martina (1999): Ostdeutsche Eliten und gesamtdeutsche Führungsschicht im gesellschaftlichen Integrationsprozeß. Ergebnisse der „Potsdamer Elitestudie 1995“. In: Hübner, Peter (Hrsg.): Eliten im Sozialismus. Beiträge zur Sozialgeschichte der DDR. Köln u.a. : Böhlau Verlag.
- Kelle, Udo/ Kluge, Susann (2010): Vom Einzelfall zum Typus. Fallvergleich und Fallkontrastierung in der qualitativen Sozialforschung. 2., überarbeitete Auflage. Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Kuckartz, Udo (2007): Einführung in die computergestützte Analyse qualitativer Daten. 2., aktualisierte und erweiterte Auflage. Wiesbaden: VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Kuckartz, Udo/ Dresing, Thorsten/ Rädiker, Stefan/ Stefer, Claus (2008): Qualitative Evaluation. Der Einstieg in die Praxis. 2., aktualisierte Auflage. Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften
- Lamnek, Siegfried (2005): Qualitative Sozialforschung, 4. Auflage. Weinheim, Basel : Beltz Verlag
- Mayring, Philipp (1990): Einführung in die qualitative Sozialforschung : eine Anleitung zu qualitativem Denken. München : Psychologie Verlags Union

Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (2005). ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. In: Bogner, Alexander/ Littig, Beate/ Menz, Wolfgang (Hrsg.), Das Experteninterview – Theorie, Methode, Anwendung. 2. Auflage. Wiesbaden : VS Verlag für Sozialwissenschaften. S.71-93

Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (2002). ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Bogner, Alexander / Littig, Beate / Menz, Wolfgang (Hrsg.): Das Experteninterview. Theorie, Methode, Anwendung. Opladen : Leske + Budrich

Meuser, Michael/ Nagel, Ulrike (1991). ExpertInneninterviews – vielfach erprobt, wenig bedacht. Ein Beitrag zur qualitativen Methodendiskussion. In: Garz, Detlef/ Kraimer, Klaus (Hrsg.): Qualitativ-empirische Sozialforschung: Konzepte, Methoden, Analysen. Opladen : Westdeutscher Verlag. S.441-471

Moureau, Patrick (1992): PDS: Anatomie einer postkommunistischen Partei. Bonn : Bouvier

Oevermann, Ulrich (1973): Zur Analyse der Struktur von sozialen Deutungsmustern, Ders.: Die Struktur sozialer Deutungsmuster – Versuch einer Aktualisierung. In: Sozialer Sinn 1/2001, Band 2, S. 3 - 83

Plaß, Christine / Schetsche, Michael (2001): Grundzüge einer wissenssoziologischen Theorie sozialer Deutungsmuster. In: Sozialer Sinn 3/2001, Band 2, S. 511 - 536

Richards, David (1996). Elite interviewing: Approaches and pitfalls. In: Politics 9/1996, 16 (3), S. 199-204

Seidel, Tina/ Kobarg, Mareike/ Rimmel, Rolf (2003). Aufbereitung der Videodaten. In: Seidel, Tina/ Prenzel, Manfred/ Duit, Reinders/ Lehrke, Manfred (Hrsg.), Technischer Bericht zur Videostudie "Lehr-Lern - Prozesse im Physikunterricht". Kiel : IPN. S. 77 - 98

Schnirch, Carina (2008): Die PDS als Kommunalpartei. Ein ost- westdeutscher Vergleich. Marburg : Tectum Verlag

Internet

Die Linke (2010): Mitgliederzahlen September 2009. Stand: 30. September 2009. URL: http://die-linke.de/partei/fakten/mitgliederzahlen_september_2009 (Zugriff am: 07.07.2010)

Die Linke (2009): Wie „alt“ ist die neue Linke? URL: http://die-linke.de/partei/geschichte/fragen_und_antworten_zur_auseinandersetzung_mit_der_geschichte/7_wie_alt_ist_die_neue_linke/ (Zugriff: 25.11.2009)

Gebhardt, Hans / Matissek, Annika (2006): Auswertung qualitativer Interviews. In: Praktikum qualitative Sozialforschung und demographischer Wandel. URL: http://www.uni-muenster.de/imperia/md/content/geographie_methodenseminar/qualitativemethoden/auswertung_interviews_kurzfassung.pdf (Zugriff am: 16.04.10)

Jesse, Eckhard (2010): Was ist DIE LINKE?. URL: http://www.bpb.de/themen/17GT8Y,0,0,Was_ist_DIE_LINKE.html (Zugriff am: 07.07.2010)

Littig, Beate (2008). Interviews mit Eliten – Interviews mit ExpertInnen: Gibt es Unterschiede? In: Forum Qualitative Sozialforschung / Forum: Qualitative Social Research, 9(3), Art. 16. Berlin: Freie Universität Berlin. URL: <http://www.qualitative-research.net/index.php/fqs/article/view/1000/2184> (Zugriff am: 07.12.09)

Taken, Jens (2009): DIE LINKE – Wählerschaft und Mitglieder. URL: http://www1.bpb.de/themen/FB25SL,0,0,DIE_LINKE_Prozent96_WProzentE4hlerschaft_und_Mitglieder.html (Zugriff am: 17.12.2009)

Taken, Jens (2009): Mitgliederzusammensetzung DIE LINKE. URL: http://www1.bpb.de/themen/NQRYDJ,0,0,DIE_LINKE_Mitgliederzusammensetzung.html (Zugriff am: 17.12.2009)

Taken, Jens/ Simoleit, Julia (2010): Die Geschichte von DIE LINKE. URL: http://www.bpb.de/themen/6RCZIY,0,0,Die_Geschichte_von_DIE_LINKE.html (Zugriff am: 07.07.2010)

Thüringer Landesamt für Statistik (2009): Kreistagswahlen und Stadtratswahlen der kreisfreien Städte 2009 in Thüringen - endgültiges Ergebnis. Landkreise - Stimmenanteile. URL: <http://www.wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=KW&wJahr=2009&zeigeErg=SORTWK> (Zugriff am: 16.11.2009)

Thüringer Landesamt für Statistik (2009): Landtagswahlen 2009 in Thüringen - endgültiges Ergebnis. Landesergebnis. URL: <http://www.wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wJahr=2009&zeigeErg=Land> (Zugriff am: 26.11.2009)

Thüringer Landesamt für Statistik (2009): Landtagswahl 2009 in Thüringen - endgültiges Ergebnis. Landkreise - Landesstimme - Stimmenanteile. URL: <http://www.wahlen.thueringen.de/datenbank/wahl1/wahl.asp?wahlart=LW&wJahr=2009&zeigeErg=Land> (Zugriff am: 16.11.2009)

Thüringer Landesamt für Statistik (2010): Kommunalwahlen in Thüringen – Wahlergebnisse. URL: http://www.wahlen.thueringen.de/wahlseite.asp?aktiv=KW01&startbei=kommunalwahlen/KW_wahlergebnisse.asp (Zugriff am: 20.05.2010)

von der Eltz, Andreas (2009): CRM - Soziale Netzwerke - Spielzeug oder Werkzeug? URL: <http://www.crm-netzwerk.biz/crm/crm/sozialenetzwerke.html> (Zugriff am: 06.12.2009)

Selbstständigkeitserklärung

Ich erkläre hiermit an Eides Statt, dass ich die vorliegende Arbeit selbständig verfasst und keine anderen als die angegebenen Quellen und Hilfsmittel benutzt habe. Die aus fremden Quellen direkt oder indirekt übernommenen Gedanken sind als solche gekennzeichnet. Die Arbeit wurde bisher in gleicher oder ähnlicher Form keiner anderen Prüfungsbehörde vorgelegt und auch nicht veröffentlicht.

Jena, 10.09.2010,



Raphael Bernhardt